

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Nur ein russischer Marxist?

Am 21. Januar 1924 ist Wladimir Iljitsch Uljanow (Lenin) erst 53jährig in Gorki bei Moskau gestorben. Sein früher Tod riß eine nicht zu schließende Lücke in die Reihen der KPR(B), des Sowjetlandes und der internationalen kommunistischen Bewegung. Das Weltproletariat verlor mit dem Führer der Oktoberrevolution seinen bedeutendsten Theoretiker, kühnsten Strategen und klügsten Taktiker seit Marx und Engels. Er steht in einer Reihe mit den beiden Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus, ist ein ihnen ebenbürtiger Klassiker unserer Weltanschauung.

Nicht alle, die sich heutzutage als Marxisten bezeichnen, erkennen dieses Triumvirat des Geistes und der Tat gleichermaßen an. Manche neigen dazu, es um „andere marxistische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen“ zu erweitern. Opportunisten, denen die ganze Richtung nicht paßt, wollen Lenin von den beiden größten Deutschen abkoppeln, ihm das Verdienst streitig machen, den Marxismus in einer neuen historischen Situation eigenständig weiterentwickelt zu haben. Lenin sei zwar ein bedeutender russischer Marxist, aber auch nicht mehr. Einen Leninismus gebe es nicht, meinen einige.

Natürlich bleibt es jeder Abteilung der kommunistischen Weltbewegung überlassen, die allgemeingültige Wissenschaft des Marxismus-Leninismus mit dem Gedankengut herausragender Persönlichkeiten des eigenen Landes in Beziehung zu setzen. Man denke an Gramsci, Mao und andere.

Ohne Zweifel war Lenin Russe, wandte er den Marxismus auf die russischen Verhältnisse, die besonderen Bedingungen eines rückständigen Agrarlandes, an, in dem sich die Widersprüche des Kapitalismus potenziert hatten. Und gerade in der meisterhaften Anwendung der von Marx und Engels entwickelten Lehre auf die russische Praxis besteht ja eines seiner größten Verdienste. Ohne diese Fähigkeit Lenins hätte der Oktober 1917 vermutlich so nie stattgefunden.

Als Verwirklicher der marxistischen Theorie zog sich der bolschewistische Führer den besonderen Haß der Ausbeuter zu. Sie verziehen ihm nicht, daß er an der Spitze von Partei und Massen den großen Umwälzungsplan der beiden Klassiker des 19. Jahrhunderts in die Tat umsetzte. Deshalb ließen sie nach der die DDR liquidierenden Konterrevolution sein Denkmal – und nicht das von Marx und Engels – schleifen, stürmten sie die Schilder der Ostberliner Lenin- und nicht der Karl-Marx-Allee.

Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Das ist eine qualitativ andere gesellschaftliche Ausgangsposition, als sie Marx (gest. 1883) und Engels (gest. 1895) berücksichtigen mußten. Lenin und seine Mitstreiter hatten eine politische Partei zu formieren, die die Arbeiterklasse zur Macht führen konnte. Die klassische Sozialdemokratie, die auf den parlamentarischen Kampf ausgerichtet war, wäre zur Lösung einer Aufgabe dieser Dimension nicht fähig gewesen. Deshalb entwickelte Lenin in seinen drei frühen Arbeiten („Was tun?“, „Ein Schritt vorwärts ...“, „Zwei Taktiken ...“) das Konzept einer Partei neuen Typs. Er fügte ihr zwei entscheidende Gedankenkomplexe hinzu: Sein Werk „Der Imperialismus – das höchste Stadium des Kapitalismus“ bot eine tiefgründige Analyse der monopolistischen Niedergangphase der letzten Ausbeuterordnung. Und er schuf mit „Staat und Revolution“ eine geschlossene Theorie zu dieser Kernthematik marxistischen Denkens. Es ist übrigens ein Trugschluß anzunehmen, Lenins Lehre sei nur für „Berufsrevolutionäre“ illegaler Parteien entwickelt worden. „Revolutionäre, die es nicht verstehen, die illegalen Kampfformen mit allen legalen zu verknüpfen, sind sehr schlechte Revolutionäre“, schrieb er 1920 in „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“. (LW 31/84) Das gelte ganz besonders für „nichtrevolutionäre Situationen“.

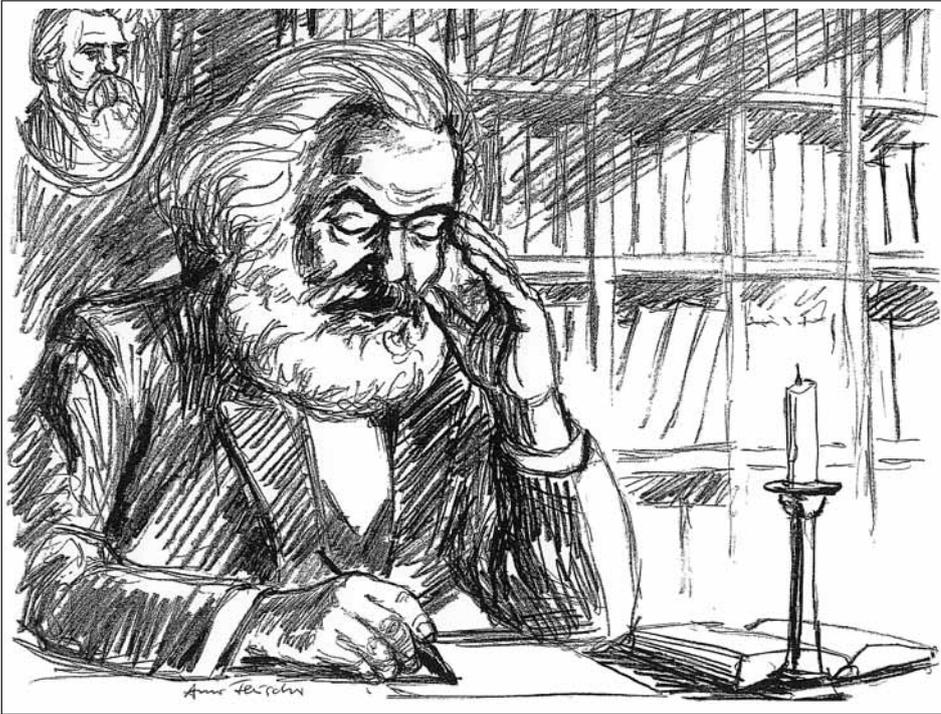
Von hoher aktueller Bedeutung ist auch Lenins Beurteilung jener reaktionären Periode, die auf die Niederlage der russischen Revolution von 1905 folgte. „Der Zarismus hat gesiegt. Alle revolutionären und oppositionellen Parteien sind geschlagen. Niedergang, Demoralisation, Spaltungen, Zerrfahrenheit, Renegatentum, Pornographie anstelle der Politik. Verstärkter Hang zum philosophischen Idealismus; Mystizismus als Hülle konterrevolutionärer Stimmungen. Gleichzeitig aber erteilt gerade die große Niederlage den revolutionären Parteien und der revolutionären Klasse eine wirkliche und überaus nützliche Lektion in geschichtlicher Dialektik ... Geschlagene Armeen lernen gut.“ (LW 31/12)

Am 80. Todestag des großen russischen Marxisten Uljanow erinnern wir uns der kraftvollen Worte Wladimir Majakowskis: „Zeit, heb wieder Lenins Losung in den Wirbelwind, sollten wir an Tränenpfützen trüb erschlaffen? Lenin ist heut lebender als die am Leben sind, er verleiht uns Wissen, Kraft und Waffen!“ **Klaus Steiniger**



INHALT

Osten bleibt bei Marx	S. 2
Hans Heinz Holz über den Marxismus	S. 2
Verteidigt, was er schuf	S. 3
Erich Mühsam: Lenin gestorben	S. 3
Massengestützte marxistische Partei	
historische Notwendigkeit	S. 4
29 Angehörige der Volksmarinedivision	
am 11. März 1918 ermordet	S. 4
Prof. Dr. Prokop im RF-Gespräch	S. 5
Der Streit um die Steuerreform –	
ein makabres Schauspiel	S. 6
Besucht den RF-Stand	S. 7
Nach PISA: Bildungsreform ist	
nicht in Sicht	S. 8
Dr. Theodor Neubauer	S. 9
Wie Harald Wolf & Co. die Berliner	
PDS and den Baum fahren	S. 10
Nullrunde	S. 10
Ist Gewinn gleich Gewinn?	S. 11
Wie private USA-Krankenkassen	
das BRD-Gesundheitswesen stylen	S. 12
Mehrwert und Profit in der BRD	S. 13
Für wen spricht Geisler?	S. 13
Ein Kontinent im Visier	S. 14
Wie der Grafiker SHAHAR die	
„freiheitlich-demokratische	
Grundordnung“ sieht ...	S. 15
Die zehn Gebote (4)	S. 16
Eisenhart und zartbesaitet	S. 17
Nehm Se doch Kaul!	S. 17
Religion und Atheismus	S. 18
Wir waren keine Opposition	S. 19
Über den Schöpfer des „Mamlock“	S. 20
Arbeiterlyrik 1842–1932	S. 20
Post aus Hannover	S. 21
Olga und Wladimir	S. 21
Karl Kleinschmidt: Prediger und	
Sozialist	S. 22
Koloniale Strategie	S. 23
Eindrücke von Reise nach China	S. 24
Obwohl Karl Marx nie Salsa tanzte	S. 25
Paul-Robeson-Gedenkmarke	S. 26
Gerhard Schmidt: Bella figura	S. 26
USA: 401 Mrd. Dollar Militäretat	S. 27
Ein Kumpel sieht dich an	S. 27
Zwei Wessis auf Osttour (3)	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Termine & Anzeigen	S. 32



Osten bleibt bei Marx

Die Erfinder des ZDF-Spiels „Unsere Besten“, das im November Millionen Zuschauer nicht nur in seinen Bann zog, sondern auch zum Mittun veranlaßte, hatten gewiß nicht erwartet, daß ausgerechnet der durch Blüm 1989 für tot erklärte

Marx im gesamten Osten einschließlich Berlins den ersten Platz belegen würde. Das verhalf ihm im Bundesgebiet zum dritten Rang, obwohl die CDU-Geschäftsstellen eifrigst gekurbelt hatten, um eine der übelsten Gestalten imperialistischer

deutscher Politik – Konrad Adenauer – vom Start weg auf Platz 1 zu halten. Doch nicht Adenauers „Sieg“ war am Ende die Sensation, sondern die Entscheidung für Marx.

Mehr als 13 Jahre Annexion und Okkupation der DDR haben nicht ausgereicht, den Marxismus aus dem Denken und Fühlen der Menschen herauszureißen. Das grandiose Votum der 500000 für Marx war nicht nur ein Triumph seiner geistigen und weltanschaulichen Größe, sondern zugleich auch eine Aussage über die Höhe des Bildungsniveaus und des Wissensstandes in beiden Teilen Deutschlands. Während der Osten sich für den Geistesriesen Marx und sein die Finsternis der bundesdeutschen Wirklichkeit durchdringendes Licht entschied, votierte der Westen – mit der ruhmvollen Ausnahme von Hamburg und Bremen – ganz überwiegend für ideologisches Zwergenmaß.

Bemerkenswert: Weder Heine noch Beethoven, aber Adenauer und Bismarck befanden sich unter den ersten zehn. Und selbst Bohlen und Becker drohten, in diesen Kreis einzudringen.

Dennoch: Aus dem, was als Spiel angelegt war, wurde am Ende Ernst. Die Mentoren, die antisozialistische und antikommunistische Idole wie Bismarck, Adenauer und Brandt anzubieten hatten, schäumten vor Wut über den Marxschen Siegeszug, den sie als Entscheidung für den Mitbegründer der kommunistischen Idee betrachteten. Die Herren Markwort, Knopp und Nowotny befanden sich damit nicht einmal auf dem Holzweg. **S. R.**

Hans Heinz Holz über den Marxismus

Im Essener Neue Impulse Verlag ist eine zweibändige Sammlung von Aufsätzen aus der Feder von Prof. Hans Heinz Holz, des bedeutenden marxistisch-leninistischen Philosophen und Parteitheoretikers, erschienen. Sie faßt Arbeiten aus fünf Jahrzehnten zusammen. Der 2. Band (Deutsche Ideologie nach 1945) enthält als Schlußkapitel „Thesen über die Zukunft des Marxismus“. Im folgenden zitieren wir aus der These 5.

5.3 Der Marxismus ist die wissenschaftliche Theorie, die die historische Lage der Menschheit, den Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Möglichkeiten seiner Aufhebung formuliert. Der Standpunkt (point de vue), von dem aus er die geschichtliche Situation reflektiert, ist der der Arbeiterklasse. Der Marxismus ist daher folgerichtig die theoretische Grundlage des Handelns der Kommunistischen Partei (oder jeder Partei dieses Typs).

5.3.1 Der Marxismus ist kein festgeschriebenes Dogma, sondern eine aus den Erfahrungen der Menschen erwachsene und sich mit ihnen entwickelnde Theorie. Wie jede Theorie umfaßt er ein invariantes Repertoire von fundamentalen Erklärungsmustern und eine variable Menge von Aussagen, die sich im Fortschreiten der wissenschaftlichen Erkenntnis entwickeln, modifizieren und auch durch andere ersetzt werden. Er ist als Theorie des Gesamtzusammenhangs

eine Widerspiegelung der wissenschaftlichen Einsichten und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Er schließt damit auch die Widersprüche ein, die im Prozeß der Forschung und in den Klassenkämpfen der Zeit auftreten.

5.3.1.1 Ist der Marxismus die Widerspiegelung der tatsächlichen Widersprüche und Tendenzen des aktuellen historischen Prozesses, so bedeutet das auch, daß er in unterschiedlichen Positionen entwickelt wird und sich auf verschiedene Niveaus von Erfahrungen systematisiert. Dabei können Diskrepanzen zwischen theoretisch fortgeschrittenen Positionen und einem noch zurückgebliebenen Bewußtseinsstand auftreten, die selbst ein Moment des Weitertreibens von Erkenntnis in offener Diskussion sind.

5.3.2 Eine Partei kann als Organisation nicht fortgeschrittener sein als der von ihren Mitgliedern akzeptierte Bewußtseinsstand und die ihm entspringenden Willensinhalte. Die Partei der Arbeiterklasse kann mithin faktisch hinter dem Stand der historischen Entwicklung zurückbleiben; dies wird insbesondere dann der Fall sein, wenn die Arbeiterklasse in ihrer Mehrheit noch von der weltanschaulichen Hegemonie der Bourgeoisie übergriffen und ideologisch manipuliert wird und folglich ihre eigenen theoretischen Positionen nicht klar herausgearbeitet und zur Handlungsorientierung gemacht hat. Praktizismus und Opportunismus sind dann die politischen Folgen. Der Klassen-

kampf hat immer auch eine weltanschaulich-ideologische und theoretische Seite und muß daher auch konsequent auf den Feldern der Ideologiekritik und der positiven Entwicklung theoretischer Antworten auf die Probleme der Zeit geführt werden. Nur wenn dies geschieht, ist die Partei der Arbeiterklasse „auf der Höhe der Zeit“.

5.3.2.1 Das faktische Zurückbleiben einer Kommunistischen Partei (oder Partei dieses Typs) hinter dem fortgeschrittensten Bewußtsein vom Stand der historischen Entwicklung steht nicht im Widerspruch zu der Feststellung, daß sie die Funktion einer Avantgarde der Arbeiterklasse erfüllt. „Avantgarde der Arbeiterklasse“ ist eine nicht-deskriptive Kategorie. Sie bezeichnet den Ort, an dem die Partei sich befindet, weil sie – wenn auch vielleicht unvollkommen oder zurückbleibend – die Organisation ist, die den Widerspruch zur bestehenden Gesellschaft verkörpert und daher potentiell die Aufklärungs- und Führungsinstanz im Klassenkampf darstellt. (...)

5.3.3.3 Diese ausnehmend besondere Stellung innerhalb der Gesamtklasse kann zeitweilig die Restriktion auf eine Minderheitsposition bedeuten, aus der nur um den Preis des Opportunismus auszurechnen wäre

Edition Marxistische Blätter, Neue Impulse Verlag, Essen 2003, 252 Seiten, 15,80 Euro, ISBN 3-910080-41-3

Wladimir Iljitsch Lenin zum 80. Todestag

Verteidigt, was er schuf!

Rede von Nadeshda K. Krupskaja in der Trauersitzung des II. Sowjetkongresses der UdSSR am 26. Januar 1924

Genossen! Was ich Ihnen zu sagen habe, erinnert am wenigsten an eine Parlamentsrede. Da ich jedoch zu Vertretern der Republiken der Werktätigen spreche, zu vertrauten, teuren Genossen, die vor der Aufgabe stehen, das Leben auf neuen Fundamenten aufzubauen, so glaube ich, Genossen, daß ich mich an keinerlei Konventionen gebunden zu fühlen brauche.

Genossen, als ich in diesen Tagen an der Bahre Wladimir Iljitschs stand, habe ich über sein ganzes Leben nachgedacht, und jetzt möchte ich Ihnen folgendes sagen. Sein Herz schlug voll heißer Liebe zu allen Werktätigen, zu allen Unterdrückten. Niemals hat er selbst darüber gesprochen, und auch ich hätte das wahrscheinlich in einer anderen, weniger feierlichen Minute nicht gesagt. Ich spreche davon, weil er dieses Gefühl von der russischen heldenhaften revolutionären Bewegung als Erbe erhalten hat. Dieses Gefühl ließ ihn leidenschaftlich und brennenden Herzens nach einer Antwort suchen auf die Frage: Auf welchen Wegen kann die Befreiung der Werktätigen herbeigeführt werden? Antwort auf seine Fragen erhielt er bei Marx. Doch nicht wie ein Buchgelehrter ging er an Marx heran. Er trat an Marx heran wie ein Mensch, der Antworten auf quälende, dringende Fragen sucht. Und bei ihm fand er diese Antworten. Mit ihnen ging er zu den Arbeitern.

LENIN

Man schrieb die neunziger Jahre. Damals konnte er nicht auf Kundgebungen sprechen. Er ging nach Petrograd in Arbeiterzirkel. Er ging hin, um dort zu berichten, was er selbst bei Marx erfahren, um von den Antworten zu erzählen, die er bei ihm gefunden hatte. Er ging zu den Arbeitern nicht wie ein hochmütiger Lehrmeister, sondern als ein Genosse. Und er sprach und erzählte nicht nur, sondern hörte aufmerksam an, was die Arbeiter ihm sagten. Und die Petersburger Arbeiter erzählten ihm nicht nur von den Zuständen in den Fabriken, nicht nur von der Knechtung der Arbeiter. Sie erzählten ihm auch von ihrem Dorf.

Im Saale des Gewerkschaftshauses, an der Bahre Wladimir Iljitschs, habe ich einen

Arbeiter gesehen, der damals einem Zirkel Wladimir Iljitschs angehört hatte. Es war ein Bauer aus Tula. Und dieser Tulaer Bauer, ein Arbeiter des Semjannikow-Werkes, sagte einmal zu Wladimir Iljitsch: „Hier in der Stadt fällt es mir schwer, alles zu erklären, ich werde in mein Tulaer Gouvernement gehen und dort alles berichten, was Sie sagen; ich werde es meinen Angehörigen und den anderen Bauern sagen. Sie werden mir glauben. Ich bin ja einer von ihnen. Und dort können uns keine Gendarmen stören.“

Wir sprechen heute viel vom Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern. Dieses Bündnis, Genossen, verdanken wir der Geschichte selbst. Der russische Arbeiter war einerseits Arbeiter, andererseits war er Bauer.

Die Arbeit unter den Petersburger Arbeitern, die Gespräche mit ihnen und das aufmerksame Anhören ihrer Reden ließen Wladimir Iljitsch den großen Marxschen Gedanken begreifen, jenen Gedanken, daß die Arbeiterklasse der Vortrupp aller Werktätigen ist und daß ihr die werktätigen Massen und alle Unterdrückten folgen, daß darin ihre Kraft und das Unterpfeiler ihres Sieges liegt. Nur als Führer aller Werktätigen kann die Arbeiterklasse siegen. Das begriff Wladimir Iljitsch, als er unter den Petersburger Arbeitern wirkte. Und dieser Gedanke, diese Idee war der Leitstern für seine ganze weitere Tätigkeit, für jeden seiner Schritte. Er wollte die Macht für die Arbeiterklasse. Er begriff, daß die Arbeiterklasse diese Macht nicht deshalb braucht, um sich ein süßes Leben auf Kosten anderer Werktätiger zu sichern; er verstand, daß es die historische Aufgabe der Arbeiterklasse ist, alle Unterdrückten, alle Werktätigen zu befreien. Diese Grundidee drückte dem gesamten Wirken Wladimir Iljitschs ihren Stempel auf.

Genossen Vertreter der Sowjetrepubliken, der Republiken der Werktätigen! An Sie wende ich mich und bitte Sie, sich diese Idee Wladimir Iljitschs besonders zu Herzen zu nehmen.

Ich möchte, Genossen, noch ein paar letzte Worte sagen. Genossen, unser Wladimir Iljitsch ist gestorben, er, den wir liebten, den wir verehrten, ist nicht mehr.

Genossen Kommunisten, erhebt das Banner, das Lenin teuer war, das Banner des Kommunismus, noch höher!

Genossen Arbeiter und Arbeiterinnen, Genossen Bauern und Bäuerinnen, Werktätige der ganzen Welt, schließt eure Reihen einmütig zusammen, stellt euch unter das Banner Lenins, unter das Banner des Kommunismus!

„Prawda“, 27. Januar 1924

Erich Mühsam:

Lenin, gestorben am 21. Januar 1924

Heult auf, Fabriksirenen! Heult, ihr Schlotte!
Kanonen, brüllt, bis Luft und Erde gellt
im Schmerzorchester! – Hört es nicht der Tote,
so hört es Rußland doch, so hört's die Welt!
Denn hören soll's die Welt und soll es fühlen,
daß eine Hand von ihrer Achse glitt,
die es vermochte, Stürme aufzuwühlen,
die mit dem Schwert für Pflug und Hammer stritt.

Maschinen, schreit's der Menschheit in die Ohren;
Hochofenflamme, die zum Himmel loht,
seng es mit blutiger Schrift in seine Poren:
Welt, halt den Atem an. – Lenin ist tot!
Oh, faßt es, Menschen! Doch wer könnte fassen,
was kaum die bange Ahnung tastend spürt:
der Moses starb den lastgebeugten Massen,
der Rußlands Volk durchs Rote Meer geführt;
der ihm die Wege durch die Wüste bahnte,
der frevlem Wahn das goldne Kalb zerschlug,
und der die Tafel, die zur Pflicht gemahnte,
in Marsch und Kampf ob allen Häuptern trug.
Der Moses starb der Armen und Geplagten,
der, Freiheit suchend, bis zur Schwelle fand –
und der zum Ziel wies, wenn die Zweifler fragten:
Dort ist's! Erkämpft euch das Gelobte Land! ...

Lenin ist tot. – Die Sichel senkt, den Hammer
in trauervoller Ehrfurcht seinem Geist.
Doch überlaßt euch nicht dem faulen Jammer!
Die Ketten, die er angefeilt, zerreißt!
Sein großes Werk setzt fort, baut aus, vollendet!
Wo sie noch herrscht, da brecht die Sklaverei!
Solange nicht jedes Volk sein Schicksal wendet,
solange ist auch das Russenvolk nicht frei!

Voran aus eigener Kraft in eignen Bahnen!
Dies unser Schwur. – Nun, Trauerchöre, braust!
Lenin ist tot. – So flattert, rote Fahnen!
Schiffsglocken, läutet! Eisenhämmer, saust!
Gewehre, knattert! Hupen, bellt! Sirenen,
Haubitzen, Essen – donnert, brüllt und pfeift!
Laßt euern Lärm die Atmosphäre dehnen,
Lenin ist tot!

Die Menschenvölker trauern.
Der Mund verstummte, dessen mächtiger Ruf
die Bresche reißen half in Zwingburgmauern.
Lenin ist tot.

Verteidigt, was er schuf!

Eine massengestützte marxistische Partei ist eine historische Notwendigkeit

Angesichts der Lage in der PDS ist es keinesfalls verwunderlich, daß sich mit der Entfesselung des ungebremsten Kapitalismus verstärkt Stimmen zu Wort melden, die fordern, eine massenwirksame marxistische Partei zu schaffen. Aus der Fülle solchen Verlangens sei eine Meinung angeführt, die als Denk-Zettel im ND (21. 9. 2001) stand: „Deutschland braucht eine revolutionäre demokratische marxistisch-leninistische Volkspartei, links von der PDS! Sozialisten, einigt euch! Effi“

Auffassungen dieser Art kann man so auf den Punkt bringen: Eine große marxistische Partei in Deutschland ist objektiv und historisch notwendig. Klaus Steiniger meint z. B.: „Im imperialistischen Deutschland ist die Schaffung einer stärkeren, größeren und einheitlichen Partei aus Kommunisten und Sozialisten, die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht, eine strategische Aufgabe, ein historischer Imperativ.“ Im „RotFuchs“ wird seit Jahr und Tag für eine solche Partei plädiert, die – wie Dieter Itzerott prononciert anmahnt – „die besten Erfahrungen aus Ost und West in sich aufnimmt“.

Für eine wirklich massengestützte marxistische Partei gibt es allerdings noch keine realen Bedingungen. Man kann eine solche Partei deshalb auch nicht willkürlich „gründen“. Wolfgang Abendroth meinte zu Beginn der 80er Jahre, daß eine Partei mit diesem Charakter „nur in bestimmten Situationen entstehen (kann), wenn breite Schichten dank ihrer Erfahrungen in gesellschaftlichen Kämpfen sie wollen. Wann eine solche geschichtliche Situation ist, in der man sie massenwirksam konstituieren kann, vermag niemand zu prognostizieren, weil sich das aus den konkreten Klassenauseinandersetzungen ergibt. Aber eben deshalb, weil sie nur aus realen Kämpfen bestehender Gruppen der deutschen Arbeiterklasse und Intelligenzschichten heraus entstehen könnte, kann man sie nicht gleichsam aus freiem Ermessen in freier Phantasie konstituieren.“

Richtig ist, daß die Schaffung einer großen revolutionären marxistischen Partei, die den Monopolen Paroli bieten könnte, kein Akt der Spontaneität und kurzer Zeiträume ist. Aber richtig ist auch, mit der historisch notwendigen langfristigen Gestaltungsformung dieser Partei bereits jetzt ideologisch, politisch-aktiv und theoretisch-programmatisch zu beginnen. Denn spontan wird sie sich niemals entwickeln.

Niemand weiß, wie sich die Rekonstruktion der marxistischen Linken der BRD in der Praxis vollziehen wird. Generell gilt wohl, daß der Marxismus des 21. Jahrhunderts nur als Marxismus des subjektiven Geschichtsfaktors Erfolg haben kann. Und dies bedeutet: Ohne die Existenz und das theoretisch-ideologische und politische Wirken marxistischer Parteien ist dies – und damit zugleich die Chance für authentisch sozialistische Bestrebungen

– nicht zu haben. Deshalb ist es auch in Deutschland notwendig, die historisch notwendige Gestaltungsformung einer massenwirksamen marxistischen Partei ins Visier zu nehmen.

Eine Grundvoraussetzung hierfür ist, daß die Marxisten aller Richtungen in der BRD – ob in Parteien organisiert oder nicht – über die Notwendigkeit eines solchen Zieles debattieren und die dafür erforderlichen Voraussetzungen erörtern; dies erfordert auch, „die Geduld miteinander“ nicht zu verlieren, bereit zu sein, „gegenseitige frühere Verengungsfehler zu respektieren und nicht zum Gegenstand permanenten Kampfes aller gegen alle zu machen“ (Abendroth).

Im „RotFuchs“ entwickelt sich seit einiger Zeit hierzu eine interessante und konstruktive Diskussion, die in dieser Hinsicht wertvolle Anregungen und Vorschläge vermittelt.

Der Kulminationspunkt für eine längere Periode hierbei ist, durch die Aktionseinheit aller antiimperialistischen Kräfte, von Kommunisten und Sozialisten, die diesbezüglichen Potentiale zu sammeln, zu schulen und politisch-aktiv zu formieren. Angesichts der vom heutigen Imperialismus ausgehenden Gefahren gehören hierzu auch die linken Sozialde-

mokraten sowie das Bündnis mit allen Antifaschisten, darunter jenen, die aus religiöser Ethik handeln. Es gibt viele hoffnungsvolle Signale: Treffen von linken Parteien, Organisationen und Verbänden mit dem Ziel engerer Zusammenarbeit; Rote Tische aus Vertretern verschiedener kommunistischer Organisationen und Einzelpersonen, Diskussionen zur Einheit von Kommunisten und Sozialisten usw. In Leipzig hat sich z. B. eine kreative theoretisch-politische Kooperation von Mitgliedern des Marxistischen Forums, der DKP und des „RotFuchs“-Vereins entwickelt. Der „Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der PDS“ leistet seit Jahr und Tag als partei- und organisationsübergreifendes Gremium wertvolle wissenschaftlich-historische Arbeit im Sinne von Aktionseinheit. Der „RotFuchs“ konnte sich zu einer Tribüne von Kommunisten und Sozialisten in Deutschland entwickeln, die allen, die mit seinem Förderverein übereinstimmen – er ist weder eine Partei noch eine Ersatzpartei – eine politische Heimat bieten.

Prof. Dr. habil Ingo Wagner

Das Gesamtmaterial erschien in der Zeitschrift „offensiv“, Hannover.

Die Ermordung der 29 Angehörigen der Volksmarinedivision am 11. März 1919

Angehörige der am 10. März 1919 aufgelösten Volksmarinedivision (s. Artikel Günter Freyers im RF Nr. 70) waren am 11. März zu einem Appell bestellt, um die restliche Löhnung zu empfangen. ... Gleichzeitig bekam Oberleutnant Marloh von Oberst Reinhard den Befehl, die „Matrosenverschwörung“ auszuheben. Marloh, der in Zivil erschien, besetzte das Gebäude früh morgens und ließ am Hauseingang durch Beauftragte in Zivilkleidung die Ahnungslosen zum „Zahlmeister“ (Marloh) weisen, der die „Novemberverbrecher“ zunächst unter Bewachung stellte. Auf irgendwelche Erklärungen ließ er sich nicht ein. Als die Zahl der Matrosen immer mehr anwuchs, erbat sich Marloh bei Reinhard Verstärkung. Dieser sandte den Leutnant Wehmeyer, dem er durch Oberleutnant Kessel den Auftrag gab: „Bestellen Sie dem Oberleutnant Marloh, daß Oberst Reinhard sehr wütend sei, weil er gegen die 300 Matrosen zu schlapp vorgehe. Er soll im ausgiebigsten Maße von der Waffe Gebrauch machen, und wenn er 150 Mann erschösse. Alles, was er erschießen könne, solle er erschießen. Die Verstärkung würde noch eine bis anderthalb Stunden auf sich warten lassen. Oberst Reinhard wisse auch gar nicht, wo er mit den 300 Leuten bleiben solle.“

Marloh suchte 31 Matrosen aus, die ihm besonders intelligent, gut gekleidet oder sonstwie verdächtig erschienen und befahl dem Leutnant Penther, die Leute zu erschießen. Penther sagte im Marloh-Prozeß (5.–10. Dezember 1919) aus, Oberst Reinhard habe ihm am 10. März gesagt: „Penther, morgen gibt es wieder etwas für Sie zu tun.“ Der Vorsitzende des Gerichts fragte Penther: „Was haben Sie gesagt, als Sie den Befehl zum Erschießen bekamen?“ Penther: „Selbstverständlich, herzlich gern will ich die Verbrecher totschießen.“ Und dieser Bluthund trieb die Matrosen auf dem Hof zusammen und verwandelte die ihre Unschuld betuernde Schar in einen Haufen zeretzter Leichen.

Zwei Matrosen, Türge und Hugo Levin, lagen verwundet unter dem Leichenhaufen und retteten sich nur dadurch, daß sie sich tot stellten.

In der ersten Hälfte der 50er Jahre wurde an eben diesem Haus in der Französischen Straße, in dem der Aufbau Verlag sein Domizil hatte, eine Gedenktafel für die von der Nosketruppe ermordeten Verteidiger der Errungenschaften der Novemberrevolution angebracht.

Aus: „Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution“, S. 368/69

Eingesandt von Dr. sc. Kurt Gossweiler

Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden stellt sich vor

Prof. Dr. Prokop im RF-Gespräch

Prof. Dr. Siegfried Prokop (63) wurde kürzlich zum Präsidenten des „Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden“ gewählt. Der „RotFuchs“-Förderverein, seit etwa einem halben Jahr Mitglied des Kuratoriums, nahm die Wahl zum Anlaß, Genossen Prokop um ein Gespräch zu bitten.

Würdest Du den „RotFuchs“-Lesern die Ziele und die Zusammensetzung des Kuratoriums erläutern?

Das Kuratorium wurde 1992 gegründet. Damals bestand eine ganz besondere Situation. Der Anschluß der DDR hatte einen Kahlschlag Ost bewirkt, verbunden mit extremer Verletzung der Interessen von Millionen Ostdeutschen. Das hatte zu spontanen Zusammenschlüssen, Vereinsbildungen usw. vor allem auf lokaler Ebene geführt. Wir sind damals von etwa 6 000 solcher Verbände ausgegangen, die jeweils meist bestimmte punktuelle Interessen wie etwa Grundstücksnutzung oder Rentenprobleme wahrnahmen. Um die Gemeinsamkeiten zu betonen, erarbeiteten wir das erste ostdeutsche Memorandum 1992, führten dazu einen Kongreß durch und versuchten, in die Öffentlichkeit zu kommen. Inzwischen gehören dem Kuratorium etwa 40 größere und kleinere Verbände an, die einfach aufgrund der Interessenlage ihrer Mitglieder vorwiegend dem linken Spektrum zugeordnet werden können.

Wie war Dein persönlicher Weg, durch welche wichtigen Stationen ist er gekennzeichnet?

Ich habe an der Berliner Humboldt-Universität und an der Leningrader Universität Geschichte und Germanistik studiert, mich dann auf Fragen der Zeitgeschichte spezialisiert, war seit 1983 ordentlicher Professor und leitete den Bereich Zeitgeschichte der Humboldt-Universität. In dieser Zeit hatte ich Gastprofessuren in Paris, Montreal und Moskau. Außerdem unternahm ich eine Vortragsreise durch Großbritannien. Nach 1989 wehrte ich mich in mehreren Prozessen mit Erfolg gegen das Berufsverbot und konnte dann bis 1996 noch mein Lehramt ausüben. Inzwischen ist die Situation dadurch gekennzeichnet, daß an allen Universitäten und Hochschulen der DDR 90 % westdeutsche „Nachrücker“ tätig sind. 1991 war ich gemeinsam mit Wolfgang Richter und anderen an der Bildung der GBM beteiligt. Seit 1992 arbeitete ich, zunächst unter der Leitung von Wolfgang Harich, aktiv in der Alternativen Enquete-Kommission mit, deren Vorsitz ich von 1994 bis 1996 innehatte.

Sag uns bitte etwas über das neue „Ostdeutsche Memorandum 2003“.

Ich war schon lange dafür, ein Nachfolgedokument zum Memorandum von 1992 zu erarbeiten. Obwohl das natürlich niemand zugegeben hat, beeinflusste das damalige Material mit seinen Vorschlägen den Plan von Kanzler Kohl zum „Aufbau Ost“. Und es hat ja bis etwa 1997 in Ostdeutschland eine schnellere Entwicklung gegeben als in den alten Bundesländern; auch die Abwanderung junger Leute in den Westen war fast zum Stillstand gekommen. Von manchen wurde dies euphorisch als „Aufholjagd“ bezeichnet, obwohl klar sein mußte, daß es sich dabei vor allem um einen durch Fördermittel und steuerliche Sonderabschreibungen künstlich erzeugten Bauboom handelte. Mit dem Auslaufen dieser Anreize hat sich die Entwicklung wieder umgekehrt: Im Osten ging das Bruttoinlandsprodukt zurück, während es im Westen immer noch ein geringes Wachstum gibt, die Abwanderung ist stärker als zuvor. Der Osten stünde auf der Kippe, hatte im Jahre 2001 Bundestagspräsident Thierse gewarnt – und, jawohl, er ist gekippt. In diese Situation hinein kommt nun unser neues Memorandum, mit dem Anspruch, Ursachen für den inzwischen ungebremsten Rückfall im Osten darzustellen und Gedanken zu entwickeln, wie man aus dieser unerfreulichen Entwicklung herauskommen könnte.

Trotz unterschiedlicher Ausgangspunkte: Siehst Du Gemeinsamkeiten des „Ostdeutschen Memorandums 2003“ und der „11 Forderungen“ des „RotFuchs“?

Natürlich. Die Themen sind weitgehend identisch: Industriepolitik, Arbeitslosigkeit, Gesundheitspolitik, Volkssystem, Frauenpolitik, Jugendpolitik u. a. Vieles, was in der DDR modern und gut war, wurde plattgemacht. Statt dessen bescherte man uns die Segnungen aus dem Westen. Unsere Märkte sind nicht „weggebrochen“; sie wurden uns gestohlen. Die Landwirtschaft hat die DDR-Bevölkerung jahrzehntelang versorgt, heute wird in Pasewalk Milch aus München an das Krankenhaus geliefert. Unser Bildungssystem wurde durch das strukturell veraltete westdeutsche ersetzt, aber Finnland, das die Struktur des Bildungssystems aus der DDR übernommen hatte, liegt jetzt auf Platz 1 der PISA-Studie. Gewiß, manches ist gegenwärtig nicht oder noch nicht mehrheitsfähig. Persönlich wäre ich sehr für die Auflösung der Gauck-Birthler-Behörde; schon 1994 hatte W. Harich diesen Gedanken und ihn mit dem Vorschlag verbunden, auf eine Strafverfolgung der Mitarbeiter dieses Amtes zu verzichten, also eine spezielle Amnestie für sie zu erlassen.

Was hältst Du von der Idee, ein „Ostdeutsches Sozialforum“ einzuberufen,

das die Aufgabe haben müßte, Hauptgedanken des Memorandums und ähnlicher Dokumente zusammenzufassen und für ihre Verwirklichung eine Massenbasis zu schaffen?

Zunächst möchte ich sagen, daß nach meiner Wahrnehmung der Unwille unter der Bevölkerung mit der Politik der Herrschenden noch nie so ausgeprägt war wie gegenwärtig. Schon deswegen bin ich dafür, diesen Gedanken weiter zu verfolgen. Denn wir müssen berücksichtigen, daß die Kahlschlagspolitik der Schröder-Regierung die Ostdeutschen besonders hart treffen wird. Das müßte natürlich aufgearbeitet werden, wie wir das 1992 mit der Darstellung persönlicher und Familienschicksale bereits praktiziert haben. Die Hauptfrage eines solchen Forums wäre allerdings, eine ganz breite Beteiligung zu gewährleisten: von Marxisten bis zu linksbürgerlichen Kräften. Vor allem die Gewerkschaften müßten gewonnen werden – die Erfahrungen und Demütigungen des ostdeutschen Metallerstreiks vom Sommer sind noch wach –, auch Arbeitslosenverbände, eventuell ostdeutsche ATTAC-Gruppen. Sie alle müßten einbezogen werden, um gemeinsam mit ihnen zu prüfen, welche Gedanken aus dem Memorandum, gegebenenfalls auch anderer Konzepte, mehrheitsfähig sind. Ich bin bereit, dieses Thema auf einer der nächsten Kuratoriumsberatungen zu behandeln.

Möchtest Du abschließend noch einige Worte an die „RotFuchs“-Leser richten?

Ja, ich bitte alle „RotFuchs“-Leser, sich mit einem individuellen Schreiben an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit zu wenden, endlich Egon Krenz freizulassen. Üblicherweise werden Häftlinge nach zwei Dritteln der Strafverbüßung auf freien Fuß gesetzt – nur bei Egon Krenz wurde das in Kalter-Kriegs-Manier abgelehnt.

Interview: Frank Mühlefeldt



Der Streit um die Steuerreform – ein makabres Schauspiel

Hinter dem Vorhang sind die Würfel längst gefallen. Es wird eine noch spürbarere Umverteilung des Volkseinkommens von unten nach oben geben. Dennoch streiten Bundestag und Bundesrat, besser gesagt Koalition und Opposition im Vermittlungsausschuß über das sogenannte Reformvorhaben. Allein schon aus parteipolitischen Erwägungen möchte jeder sich die Urheberrechte zuschreiben, um sich bei seiner Klientel zu empfehlen. Aber nicht nur das: Die bürgerlichen Parteien nutzen die Steuerreform als Druckmittel, um Arbeiterrechte drastisch abzubauen. Beabsichtigt ist, den gesetzlichen Kündigungsschutz zu lockern und die Flächentarifverträge weitgehend zu beseitigen. Zwar hat die Gewerkschaft Betriebsarbeitsverträge außerhalb von Flächentarifverträgen bereits zugestimmt – sehr zum Schaden der Arbeiterschaft –, doch geschah das außerhalb des Gesetzes und vorerst in Einzelfällen, vor allem im Osten. Die Konzerne und

gehen, über Gewinnsteigerungen bei den Unternehmen durch Dumpinglöhne und geringere Arbeitskosten, über verbesserte internationale Wettbewerbsbedingungen und noch höhere Exportüberschüsse. Diese Argumentation ist ökonomisch irreführend, weil sie von den wahren Ursachen der wirtschaftlichen Rezession, nämlich der Nachfrageschwäche für Waren und Dienstleistungen infolge einer ungerechten Verteilung des Nationaleinkommens, wegführt und die einseitige Begünstigung des Finanzkapitals verschleiert. Benachteiligt ist in jedem Fall derjenige, der sich schon jetzt keine großen Sprünge leisten kann. Die Regierungskoalition war nicht bereit, ausschließlich jenen Weg offen zu beschreiten, jedenfalls nicht bis zum Sonderparteitag der SPD in Bochum. Aus Sicht des Kanzlers hatte er ohnehin schon genug Probleme mit seinen Parteilinken. Welche direkten finanziellen Auswirkungen die Steuerreform für die einzelnen

seiner Einkommensteuer weitgehend befreien konnte, gewinnen und zwar um so mehr, je höher sein steuerpflichtiges Einkommen ist. Ob die Steuergeschenke an diese Schichten der Bevölkerung zu einer substanziellen Nachfragerhöhung nach Waren und Dienstleistungen umschlagen, ist mehr als zweifelhaft. Denn diesen Begünstigten fehlt es keineswegs an Geld, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Das weist bereits die offizielle Statistik aus. Nach Angaben im Statistischen Jahrbuch der Bundesrepublik per 1. Juli 1999 verschulden sich Haushalte mit Einkommen im unteren Bereich immer mehr, während bei den Haushalten mit Einkommen von monatlich bis zu 10000 DM bereits 1237 DM und bei einem Einkommen bis zu 35000 DM ständig 3570 DM gespart wurden. Über die noch höheren Monatseinkommen liegen keine offiziellen statistischen Angaben vor.

Das Hauptargument für die Absenkung des Einkommensteuertarifs, nämlich die Investitionstätigkeit der Unternehmen anzukurbeln und ausländische Investoren anzulocken, ist noch weniger stichhaltig. Für Unternehmer und Unternehmen ist in erster Linie nicht der Steuertarif interessant, sondern sind es die Spielräume für die Aufstellung der Steuerbilanzen, die Gestaltungsmöglichkeiten, die das Handelsrecht bietet, die Bewertungs- und die Abschreibungsmöglichkeiten für das Anlagevermögen, die Manipulationsbreite, die das Steuerrecht für Verlustvor- und -rückträge zuläßt sowie die Auslegungsvorschriften für das, was als Betriebsausgabe gilt. Im übrigen ist genügend Kapital für Investitionen vorhanden. Bekanntlich ist das verfügbare private Vermögen schon seit den letzten Jahren zahlenmäßig auf mehr als die gesamte Staatsverschuldung angewachsen, nämlich auf über 1,3 Billionen Euro. Lohnt sich für das Unternehmen eine Investition wegen der Aussicht auf eine günstigere Kapitalverwertung, ist die Finanzierung überhaupt keine Frage, zumal die wirtschaftliche Flaute die günstigsten Kreditbedingungen bietet.

Wie wenig der Steuertarif im Verhältnis zu übrigen Bestimmungen des Steuergesetzes bedeutet, zeigte sich am Beispiel der Körperschaftssteuer. Durch die Steuerfreiheit für bestimmte Veräußerungsgewinne sank das Körperschaftssteueraufkommen des Bundes von 23,6 Mrd. Euro im Jahre 2000 auf 0,9 Mrd. Euro 2002. In diesem Jahr wird es schätzungsweise auch nur 6,6 Mrd. Euro ausmachen. 2001 erhielten die Konzerne sogar eine Steurrückerstattung von sage und schreibe 400 Millionen Euro. Würde der Staat an Stelle seines Verzichts auf die Körperschaftssteuer höhere Zuschüsse an die sozialen Versorgungsträger leisten, könnte eine Gesundheits- und Rentenreform ganz anders ausfallen. Was beschert uns letztlich die Steuerreform? Sie wird in jedem Fall die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter öffnen.

Dr. Manfred Böttcher

Unser Autor war Mitarbeiter des Finanzministeriums der DDR und viele Jahre Generaldirektor der DEWAG.



Großunternehmer möchten jedoch völlig freie Hand haben, während mittelständische Unternehmer noch zögern, weil sie Wettbewerbsnachteile gegenüber wirtschaftlich Stärkeren befürchten, wenn die Flächentarifverträge wie ein Sieb durchlöchert sind.

Die Unternehmensverbände machen sich in diesem Streit für die Konzerne und Großunternehmen stark: Die Arbeit muß billiger werden – so der einstimmige Tenor. Die Belange des Arbeiters interessieren nicht. Arbeiter sind in diesem Zusammenhang ohnehin nur „Kosten auf zwei Beinen“, wie es der ehemalige Vorstandschef von Mannesmann deutlich formulierte.

Der Streit zwischen den Parteien ist nicht prinzipieller Natur, sondern nur graduel und entzündet sich an dem infolge der Einkommenssenkung eintretenden Loch in der Haushaltskasse. Wie sollen die Milliardenausfälle ausgeglichen werden? Die Regierung nimmt bekanntlich eine höhere Verschuldung des Bundeshaushalts in Kauf. Die Opposition möchte konsequent den Weg über einen noch stärkeren Abbau der sozialen Aufwendungen des Staates

Einkommensbezieher haben wird, bleibt für die Bevölkerung noch im Dunklen, denn weder der Regierungsentwurf noch der Merz-Vorschlag der CDU sind der Öffentlichkeit im Detail erläutert worden. Berechnungen allein anhand der Steuerfreigrenze und des Spitzensteuersatzes sagen gar nichts, wenn man nicht weiß, wie sich die Bemessungsgrundlage der Einkommens- und Lohnsteuer gestaltet, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen u. a. steuerlich noch anerkannt werden. Auch ist nicht bekannt, ob und wie sich der tarifliche Progressionsverlauf verändern wird. Zwei Ergebnisse der beabsichtigten Steuerreform stehen aber bereits heute fest: Wer bisher keine steuerpflichtigen Einkünfte hatte oder nur sehr geringe und deshalb keine oder kaum Einkommensteuern zahlt, wird auch nach der Reform nicht mehr in der Tasche haben. Wer hohe und höchste Einkommen erzielt, wird, soweit er sich nicht bisher schon durch Ausnutzung aller Steuerbegünstigungen und -schlupflöcher von

Besucht den RF-Stand!

An der Demonstration zu den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 11. Januar 2004 und der Ehrung der Toten in der Gedenkstätte der Sozialisten beteiligt sich wie in jedem Jahr seiner Existenz auch der „RotFuchs“. Wir sind außerdem mit einem Stand dabei und rechnen mit Eurem Besuch.

Zuversicht

Ob sie uns auch zerbrechen –
Sie beugen uns doch nicht,
Und eh' der Tag vergangen
Steh'n wir frisch aufgerichtet'.

Von tausend Niederlagen
Erheben wir uns frei
Zu immer kühn'rem Schlagen
In immer fest'rer Reih'.

Ob sie die Flamm' ersticken –
Der Funke heiß sich regt,
Und über Nacht zum Himmel
Die neue Flamme schlägt.

Und ob das Ziel, das hohe,
Entwischen scheint und fern,
Es kommt der Tag, der frohe,
Wir trauen unserm Stern.

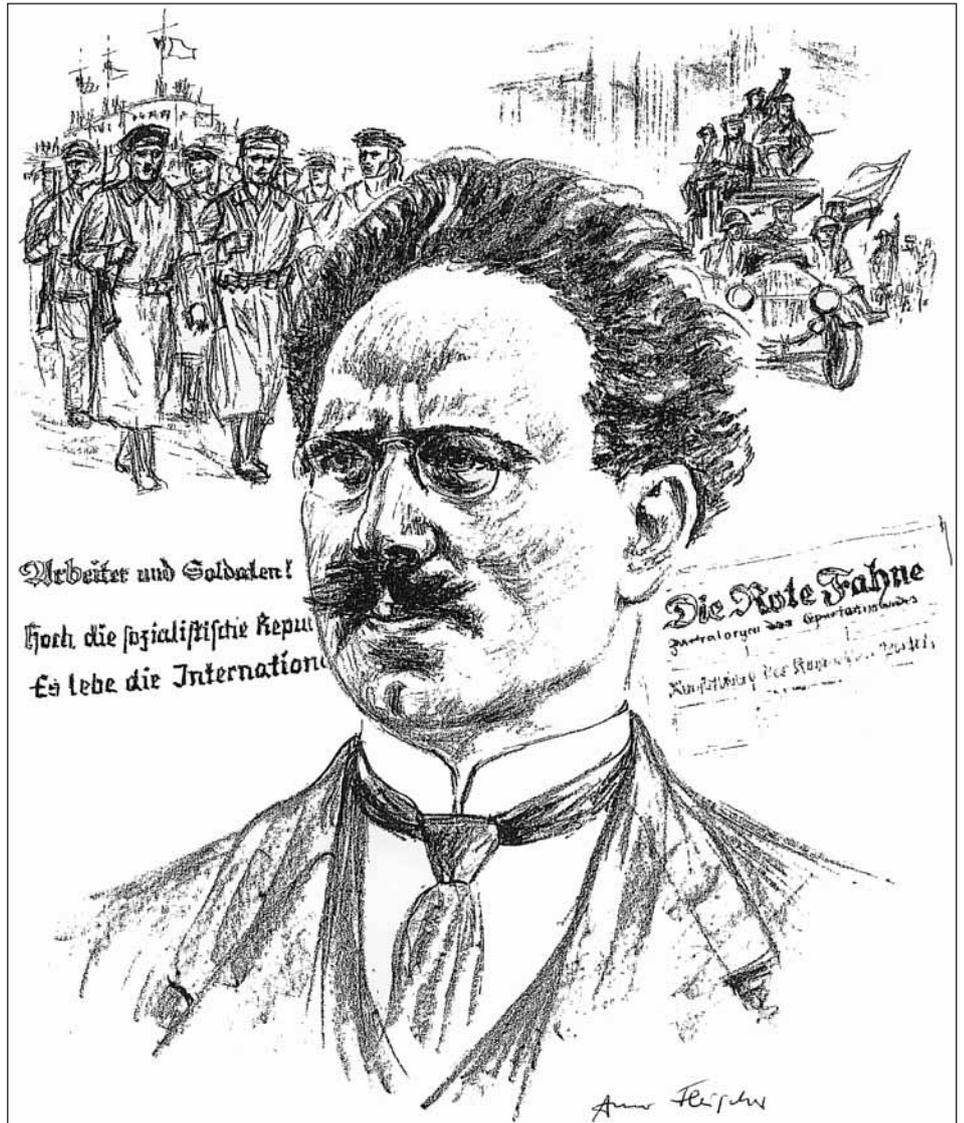
Die Gegenwart mag trügen,
Die Zukunft bleibt uns treu.
Ob Hoffnungen verfliegen,
Sie wachsen immer neu.

Aus nichts wird alles werden,
Eh' sie es noch gedacht,
Trotz ihrer Machtgebärden,
Wir spotten ihrer Macht.

Bald werden sie zerrieben
Wie Gischt am Felsenrand,
Schon winkt aus Nebel trüben
Das heiß ersehnte Land.

Es gibt auf Erdenrunden
Nichts, was uns zwingen kann:
Kein Gift und keine Wunden,
Kein Teufel und kein Bann!

Karl Liebknecht



Nach PISA: Bildungsreform ist nicht in Sicht!

Zwei Jahre nach Veröffentlichung der ersten Ergebnisse der sogenannten PISA-Studie ist es an der Zeit zu fragen, was seitdem geschehen ist, um die nicht mehr zu überwindende Bildungsmisere in Deutschland zu überwinden.

Zunächst sei festgestellt, daß weitere Studien das Dilemma des deutschen Bildungswesens immer deutlicher werden ließen: im Sommer 2002 erschien PISA-E, ein Vergleich der Bundesländer untereinander, Ende 2002 ein Vergleich der Ergebnisse, bezogen auf Schulformen. Die OECD veröffentlichte im Oktober 2002 und im September 2003 ihre Berichte „Bildung auf einen Blick“. Die Ergebnisse einer internationalen Vergleichsuntersuchung zum Lesevermögen der Schüler und Schülerinnen der vierten Klassen – IGLU genannt – wurden Anfang 2003 publiziert.

Trotzdem, die anfängliche Aufregung und ihre Widerspiegelung in den Medien ist weitgehend vorüber. Die Kultusminister haben es geschafft, durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen und z.T. durch ausgesprochenen Aktionismus von den mit PISA und den anderen Studien aufgeworfenen Fragen einer dringend notwendigen Bildungsreform abzulenken.

Erinnern wir uns: Die Lernergebnisse deutscher 15jähriger Schülerinnen und Schüler bei den Inhalt erfassendem Lesen, in Mathematik und den Naturwissenschaften lagen weit unter dem internationalen Durchschnitt. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß in keinem anderen Land in Europa der Schulerfolg so stark von der sozialen Herkunft abhängt wie in Deutschland und nirgendwo in die Schullaufbahnen solche selektiven Filter eingebaut sind wie im mehrgliedrigen deutschen Schulsystem, in dem sehr frühzeitig (in der Mehrzahl der Bundesländer mit dem zehnten Lebensjahr) über Lebenschancen entschieden wird. Wer einmal aussortiert worden ist, wird in seinen Entwicklungsmöglichkeiten rigoros eingeschränkt. Andererseits zeigen die bei PISA erfolgreichen Länder, daß die Sicherung eines hohen Leistungsniveaus für alle jungen Menschen und eine breite Beteiligung an zu höheren Abschlüssen führenden Bildungsgängen gleichzeitig realisierbar ist.

Die neueste OECD-Studie vom September des Jahres weist nach, daß Deutschland bei seinen Bildungsausgaben mit 5,3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten liegt. Nicht zu verantworten ist vor allem die Tatsache, daß die Ausgaben für den Grundschulbereich extrem niedrig sind. Das gilt auch für den Sekundarbereich (bis Klasse 10), also dort, wo es um die Sicherung der Bildungsmöglichkeiten für alle

Kinder und Jugendlichen geht. Hier liegen sie weit unter dem internationalen Mittel (für den gymnasialen Bereich befindet sich Deutschland in der Spitzengruppe).

Was tat nun die Kultusministerkonferenz im Dezember 2001? Sie benannte sieben zentrale Handlungsfelder: Maßnahmen zur Verbesserung im Vorschulbereich, in der Grundschulbildung und zur besseren Verzahnung beider Bereiche; zur Förderung bildungsbenachteiligter Schüler; zur Entwicklung verbindlicher Standards; zur Verbesserung der Professionalität der Lehrertätigkeit; zum Ausbau von schulischen und außerschulischen Ganztagsangeboten. Ausdrücklich wurde auf dem Abschlußkongreß des „Forum Bildung“ im Januar 2002 erklärt, daß an der Grundstruktur des deutschen Schulwesens nicht gerüttelt werden darf („keine Strukturdebatte“!!) und daß entsprechend

dem föderalistischen Prinzip jedes Bundesland seine eigenen Entscheidungen trifft. Keine Aussage gab es zu den notwendigen finanziellen Konsequenzen!

Und die Bilanz nach zwei Jahren?

Ohne gewisse Verbesserungen in Teilfragen negieren zu wollen und vor allem ohne die enormen Anstrengungen der überwiegenden Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer geringzuschätzen, ist das Ergebnis unbefriedigend, mehr noch, es wurden keine notwendigen grundlegenden Veränderungen auf den Weg gebracht. Ja, man traf sogar Entscheidungen, die richtige und pädagogisch sinnvolle Teilmaßnahmen konterkarieren.

Nach PISA wurde viel über den Bildungsauftrag des Kindergartens diskutiert, man erarbeitete konkrete Vorschläge (wobei meistens ausgeklammert wurde, daß es mit dem aus heutiger Sicht sicher auch kritisch zu bewertenden Bildungs- und Erziehungsplan in der DDR ein wissenschaftlich fundiertes Programm gab). Zugleich reduzierten die Länderregierungen die finanziellen Mittel für den Vorschulbereich, erhöhte man die von den Eltern zu zahlenden Beiträge, schränkte man de facto den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, z. B. für arbeitslose Eltern, ein.

Der zweifellos berechtigten Forderung nach Ausbau von schulischen und außerschulischen Ganztagsangeboten stehen die Reduzierung von Planstellen für Schulsozialarbeiter und finanzielle Strangulierungen der Jugendfreizeitarbeit gegenüber. Erwartet wird, daß Lehrerinnen und Lehrer nicht nur um einen guten Unterricht ringen und sich ständig fortbilden, sondern auch Aufgaben bei der Freizeitgestaltung der Kinder und Jugendlichen übernehmen. Aber ihre allgemeinen Arbeitsbedingungen verschlechterten sich ständig: Pflichtstundenerhöhungen,

Klassenfrequenzen nicht unter 30, eine Vielzahl von administrativ-bürokratischen Belastungen u. a.

Zwar stellt die Bundesregierung finanzielle Mittel für ein Ganztagschulprogramm zur Verfügung, aber an inhaltlich-pädagogischen Konzepten fehlt es. Jede Schule, die in den Genuß finanzieller Förderung kommen will, muß ein eigenes Konzept erarbeiten. Das ist sicher gut und richtig, wo aber bleibt wissenschaftlich fundierte Unterstützung und welche Bedingungen werden staatlicherseits gesichert, damit die Pädagogen das auch wirklich leisten können! Erfahrungen zeigen, daß so etwas nicht „im Vorübergehen“ zu machen ist. Festzustellen bleibt auch, daß sich die finanzielle Förderung für das Ganztagschulprogramm durch den Bund nur auf die materiellen Belange bezieht, die personelle Ausstattung sollen die Länder garantieren. Die aber reduzieren Lehrerstellen in großem Maßstab (in den östlichen Bundesländern mit dem falschen Argument des Schülerzahlenrückgangs).

Ein Musterprojekt der Kultusministerkonferenz sind die sogenannten Nationalen Bildungsstandards. Eine umfangreiche und solide wissenschaftliche Studie dazu entstand im Auftrag der Bundesbildungsministerin im Frankfurter Institut für Internationale Pädagogische Forschung. Erste Entwürfe für Deutsch, Mathematik und Englisch liegen inzwischen vor. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kritisiert sie heftig, u. a. weil sie die grundlegenden Anregungen der Frankfurter Studie ungenügend beachten. Inzwischen sind einzelne Bundesländer vorgeprescht, z. B. Baden-Württemberg, und haben eigene Standards für die verschiedenen Schulformen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) entwickelt. Zweifellos können Bildungsstandards als Teil eines umfassenden Konzepts zur Qualitätsentwicklung und zur Weiterentwicklung von Allgemeinbildung eine positive Wirkung haben, wenn sie gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle fördern, d. h. schulformunabhängig gestaltet werden. Sie können als einheitliche Bildungsstandards für die ganze Bundesrepublik Leitlinien für den Bildungsprozeß sein, dürfen aber nicht als Bewertungsmaßstab für die Lehrkräfte mißbraucht werden. Ihre Ausarbeitung und Einführung bedarf einer gründlichen wissenschaftlichen Arbeit und breiter öffentlicher Diskussion mit allen Beteiligten – sie darf nicht als „Schnellschuß“ geschehen!

Alles zusammengefaßt betrachtet: Das deutsche Schulwesen steht an einem Scheideweg – eine Bildungsreform aber ist nicht in Sicht! Bildung ist zu einem „Schlüssel“ geworden, vor allem für jeden Einzelnen und seine Lebenschancen, aber auch für gesellschaftlichen Fortschritt und sozialen Zusammenhalt und für die Festigung demokratischer Grundwerte.

Wir brauchen eine strategische Neuorientierung – nicht nur auf bildungspolitischem Gebiet!

Prof. Dr. habil Günter Wilms



Dr. Theodor Neubauer – ein geistiger Kopf der Thälmannschen Partei

Geheimrat Professor Biereye, Direktor des königlichen Gymnasiums in Erfurt, war sich mit seinem Kollegium darin einig, daß der Lehramtsbewerber Theodor Neubauer in jeder Hinsicht ein guter Pädagoge werden dürfte. Der am 12. Dezember 1890 in bürgerlichen Verhältnissen Geborene, inzwischen Doktor der Philosophie und nach schwerer Verwundung als Leutnant aus dem Militärdienst entlassen, hatte schon vor dem Krieg das Staatsexamen für Lehrer an höheren Schulen in Geschichte, Englisch und Französisch mit Erfolg abgelegt. Jetzt, im August 1917, vollendete er die praktische Ausbildung in glänzender Weise. Außerdem imponierte dem Geheimrat, daß der junge Akademiker schon fünf interessante Arbeiten zur Geschichte Erfurts vorgelegt hatte. So bescheinigte er seinem künftigen Kollegen im Abschluszeugnis wissenschaftliche Begabung und bewundernswerten Fleiß.

Zwei Jahre später brach in zahlreichen Bürgerfamilien der Blumenstadt helle Empörung aus, als die Eltern erfuhren, wie ihre Töchter am Königin-Luise-Lyzeum von Dr. Neubauer unterrichtet wurden. Zwar war Deutschland Republik geworden und Sozialdemokraten führten die Regierungsgeschäfte, aber was sich dieser Oberlehrer erlaubte, ging zu weit. In seinem Geschichtsunterricht spielte das einfache Volk eine wichtige Rolle, nicht Kaiser und Könige. Ja, mehr noch, er gab den jungen Damen sogar Schriften von Marx und Engels in die Hände. Und schließlich veröffentlichte er unter dem Titel „Vom Recht des Kindes“ einen Aufsatz, in dem er sich gegen die bürgerlichen Erziehungsprinzipien der Gewalt und Unterdrückung wandte, eine Pädagogik der Liebe und Freundschaft zum Kind forderte. Gleichzeitig verlangte er, den Eltern ein Mitspracherecht in der Schule einzuräumen. Eine Hetz- und Verleumdungskampagne gegen Neubauer, der Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei geworden war, wurde entfacht. „Betroffene“ reichten Beschwerde beim Schulrat ein und beschimpften den Lehrer als „Rattenfänger, der die Kinder verführt“. Als die Eltern ihren Töchtern verboten, seinen Unterricht zu besuchen, widersetzten sich die Mädchen. Sie erschienen trotz elterlicher Strafandrohung in der Schule. Ihnen gefiel der junge sympathische Lehrer und das, was er sie lehrte. Doch bald hatte die

Reaktion Erfolg. Theodor Neubauer, unterdessen Mitglied der KPD, erklärte sich als einziger Lehrer Erfurts mit den Arbeitern solidarisch, die zur Abwehr des Kapp-Putsches in den Generalstreik getreten waren. Auf Anordnung der Schulbehörde wurde er nach Ruhla strafversetzt.

Bei den Forstleuten am Rennsteig, den Arbeitern in Ruhla und Eisenach, den Kalikumpeln und Kleinbauern der Rhön wurde der kommunistische Lehrer und Funktionär Neubauer schnell bekannt und beliebt. Viele Arbeiter hielten zu „ihrem Theo“. Erst recht, als nun auch die Ruhlaer Fabrikanten versuchten, ihn aus dem Schuldienst zu verdrängen. Er wurde in den Thüringer Landtag gewählt. Dennoch blieb Theodor Neubauer vor allem Pädagoge. Leidenschaftlich kämpfte er für einen besseren Unterricht, besonders an Volksschulen. In Schriften und Reden trat er für eine fortschrittliche, moderne Jugendziehung ein. Was er theoretisch verkündete, setzte er an seiner Ruhlaer Schule in die Praxis um. Einer seiner damaligen Kollegen erinnerte sich später: „Wir erhielten Besuche von Bildungsexperten aus nah und fern. Hospitanten besuchten unseren Unterricht, Ausstellungen wurden veranstaltet.“ Darüber hinaus organisierte Neubauer Arbeiterkinder in proletarischen Kindergruppen und führte in seinem Wirkungsbereich die Jugendweihe ein. Überliefert ist, daß er in der Ortschaft Kittelsthal allein für die Tochter des Uhrenarbeiters August Oberländer eine Jugendweihe veranstaltete, an der das ganze Dorf teilnahm.

Wegen seiner Funktion als Oberregierungsrat und Staatsrat der kurzfristig amtierenden Thüringischen Arbeiterregierung sowie seiner Tätigkeit beim Aufbau und der Bewaffnung proletarischer Hundertschaften im Herbst 1923 wurde Theodor Neubauer verfolgt. Er mußte Thüringen verlassen und in die Illegalität gehen. Über Jena, Leipzig, Kassel führte ihn schließlich ein Parteiauftrag ins Ruhrgebiet. Unter dem Decknamen „Lorenz“ arbeitete er dort als Redakteur der KPD-Zeitung „Freiheit“.

Die Rheinländer wählten den roten Doktor in den Reichstag. Dort zeigte er sich nicht nur als glänzender Redner, sondern erwies sich auch als Finanz- und Sachverständiger. Mit Logik, Sachkenntnis und der Fähigkeit zu scharfer Polemik verfocht er die Interessen der deutschen Arbeiter. In der Debatte über die Fürstenschädigung am 2. Dezember 1925 nannte er die Dinge beim Namen: Der Herzog von Coburg-Gotha erhalte vom Staat 200 Millionen Mark Entschädigung, die Großherzogin-Witwe von Sachsen-Weimar eine monatliche Rente von 100 000 Mark. Ein Kriegsbeschädigter dagegen werde mit 24 Mark, eine Kriegerwitwe mit 47 Mark monatlich abgespeist. „Es gibt nur eines, die völlige Enteignung ohne Entschädigung ... den gesamten Besitz an Schlössern und

dergleichen wollen wir verwaltet wissen für die Bedürfnisse des Volkes“, sagte Neubauer.

Nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 tauchte Neubauer erneut unter. Immer wieder suchte er neue Verstecke, denn die Häscher waren ihm auf der Spur. Im August fiel er in ihre Hände. In der Berichterstattung über den Reichstagsbrandprozeß schrieb die Baseler „Rundschau“ in ihrer Nummer 41/1933: „Zwei Schupos führen dann den früheren kommunistischen Abgeordneten Dr. Neubauer herein. Es ist ihm auf den ersten Blick anzusehen, daß er aus dem Konzentrationslager vorgeführt wird. Auch die bestialischen Mißhandlungen, denen der Zeuge ... ausgesetzt war, konnten nicht verhindern, daß sein Auftreten in standhafter und überzeugender Weise die Einheitsfrontpolitik der Kommunistischen Partei ... darlegte.“ Die Nazis hielten ihn dafür weitere Jahre in qualvoller Haft. Esterwegen, Lichtenburg, Papenburg, Buchenwald – das waren seine KZ-Stationen, das hieß Prügel, Dunkelhaft, Nahrungsentzug, Strafarbeit. Stefan Heymann, ein Lagergefährte, gab zu Protokoll: „Als Politischer Leiter der deutschen Kommunisten in Buchenwald hat Theo Neubauer entscheidenden Anteil an der Festigung unserer Gruppe gehabt ... Wenn die deutschen Kommunisten in Buchenwald diese führende Rolle spielen konnten und die internationale Front der Antifaschisten so fest zu organisieren vermochten, dann ist das zum großen Teil ein Verdienst Theo Neubauers.“

Nach sechs Jahren endlich konnte er zu seiner Familie nach Tabarz im Thüringer Wald zurückkehren. Er erhielt Arbeit im Gothaer Opel-Dienst, eine Tätigkeit, die mit Reisen verbunden war. So konnte er Kontakte zu illegalen Genossen in verschiedenen Orten herstellen, vor allem in Gera. Dort hatte Magnus Poser eine aktive Widerstandsgruppe aufgebaut, die in Jena eine illegale Druckerei besaß. Beide Kommunisten begannen, eine Gebietsorganisation aufzubauen, die sich über ganz Thüringen ausbreitete. Da Poser bereits eine Verbindung nach Berlin zu Franz Jacob und Anton Saefkow geschaffen hatte, wurde sie noch im gleichen Jahr auf die Leipziger Organisation Schumann-Engert-Kresse ausgedehnt. Sie bildeten eine operative Leitung der KPD in Deutschland, die auch Kontakt zur Führung der Partei in der UdSSR aufnahm.

Die Widerstandsarbeit der illegalen KPD-Organisation wurde 1944 jäh unterbrochen. Die ersten Verhaftungen durch die Gestapo erfolgten in Berlin, dann in Leipzig, Magdeburg und schließlich in Thüringen. Am 14. Juli holte man Neubauer aus seiner Wohnung in Tabarz ab. Die Faschisten ermordeten ihn am 5. Februar 1945 im Zuchthaus Brandenburg. An seine Frau schrieb er: „Ich sterbe mit festem Herzen – selbstverständlich.“

Günter Freyer

Wie Harald Wolf & Co die Berliner PDS an den Baum fahren

„Besetzer geben PDS Abfuhr“, „Die Argumente beider Seiten waren nicht zu vereinbaren“, „PDS für uns kein aktiver politischer Verbündeter mehr“. So lauten einige Überschriften und Leitgedanken im ND vom 28. 11. 2003. Die Besetzung des Berliner Karl-Liebknecht-Hauses – der PDS-Parteizentrale – durch streikende Studenten als Zeichen ihres Protestes offenbarte, in welche Sackgasse die Politik des Mitregierens um jeden Preis ihre Verfechter geführt hat.

Ist es nicht endlich an der Zeit, sich ehrlich zu fragen: Wie konnte es mit dieser Partei, auf die sich doch so viele Hoffnungen richteten, nur dahin kommen?

Im November 2003 schätzte Lothar Bisky – offensichtlich zufrieden mit den Ergebnissen des Chemnitzer Programmparteitags – die Lage der PDS optimistisch ein. Diese habe sich nun „für eine bestimmte Richtung“ entschieden. Warum aber blieb Bisky so ungenau? Warum sagte er nicht klipp und klar, um welche Richtung es sich handelt?

Vielleicht hängt ja die mißliche Lage, in der sich die PDS schon kurz nach Chemnitz wieder befand, mit dieser „bestimmten Richtung“ zusammen, nach der seit geraumer Zeit Politik gemacht wird? Ohne Zweifel ist das jene Richtung, die die PDS darauf orientiert, „sich auf ein Verändern zu besinnen, das der Lust und der Zugehörigkeit zu einer demokratischen Ordnung entspringt“, wo sie sich nun „nicht mehr als Gegner einer gehaßten Gesellschaft“ versteht. (ND, 19. 8. 03) Genau so, wie PDS-Minister Helmut Holter aus M-V das schon vor Jahren forderte, als er sagte, seine Partei solle sich doch von dem Begriff „Systemopposition“ trennen. (Berliner Zeitung, 24. 10. 99)

Wie man sieht, geht es darum, von der Gesellschaft, genauer gesagt von der gesellschaftlichen Elite der kapitalistischen BRD, akzeptiert zu werden. Und das um jeden Preis. Auch durch prinzipien- und würdelose Verbeugungen.

Hier ein Beispiel von vielen: Berlins PDS-Senator Harald Wolf behauptete in seiner Rede auf der Gedenkveranstaltung in Plötzensee am 20. Juli 2003, bei der er Woweriet vertrat, u. a., der antifaschistische Widerstand sei das moralische Fundament der BRD und seine Kämpfer deren

geistige Wegbereiter; die Bundesrepublik habe „die Würde des Menschen zum Bezugspunkt allen staatlichen Handelns gemacht“. Er fügte hinzu: „Die Sehnsucht der Menschen nach Frieden und Freiheit ... habe „in Europa zum Ziel geführt“. Das hätte Stoiber nicht anders gesagt! Kann man eine Stunde des Gedenkens an Opfer des Faschismus noch mehr entweihen? Wie tief kann man sinken, wenn man sich den Herrschenden andienen will! Und wie schnell!

Derselbe Harald Wolf hatte noch am 16.7.01 laut ND proklamiert: „Wir wollen, daß Berlin eine rote Zukunft hat.“ Aber er war nicht der einzige PDS-Politiker, der vor der Wahl, wie das bei den anderen etablierten Parteien üblich ist, große Sprüche gemacht hatte: Roland Claus, eben jener frühere Fraktionschef, der sich bei Bush für ein Antikriegsplakat entschuldigte, rief sogar dazu auf: „Die Berliner müssen ihre Stadt jetzt von den Banken zurückerobern.“ (!!!) So stand es im ND am 9./10.6.01. Und Gregor Gysi wollte schließlich „den Filz aus Politik, Geld und Immobilienwirtschaft in Berlin vollständig überwinden“. (ND 18. 6. 01)

Doch wie sieht es heute damit aus? Was ist aus diesen leichtfertigen Versprechungen geworden? Wen wundert es, wenn mit dem Verlust an Glaubwürdigkeit nun auch die Zahl derer, die die PDS bei Wahlen unterstützen wollen, dramatisch sinkt? Von 100 Wählern, die 1998 in Brandenburg der PDS ihre Stimme gaben, taten dies im Oktober 2003 nur noch 57! Das ist ein Rückgang um 43 % in fünf Jahren! Die PDS-Spitze gibt ihr Abschneiden in diesem Bundesland allerdings als Erfolg aus, weil sie den prozentualen Anteil angesichts der scharf abgesunkenen Wahlbeteiligung knapp halten konnte. Wo Erfolge ausbleiben, da wird schöngefärbt. Hatten wir das nicht schon einmal?

Der als „Modernisierung“ der PDS ausgegebene Weg war von Anfang an nichts anderes als eine zielstrebig anvisierte und durchgesetzte Sozialdemokratisierung. Während Bisky es nicht wagte, das offen zuzugeben und das Kind beim richtigen Namen zu nennen, hat ein anderer Hauptakteur dieser Orientierung, André Brie, die Wahrheit ausgesprochen. Er meinte unumwunden: „Gysi sucht neue Antworten, um den sozialdemokratischen Entwicklungspfad fortsetzen zu können.“ (Freitag, 6. 8. 99)

Brie, der mit dem bekanntesten Slogan der Parteirechten „Wir müssen endlich in der Bundesrepublik ankommen!“ den Auftakt zur sogenannten Modernisierung gab, hatte keine Furcht, sich einzugestehen, „daß ich unterwegs bin und nicht weiß, wo das endet“. (Der Spiegel 1996, Nr. 34) Wo das endet, hat Klaus Höpcke einmal unmißverständlich formuliert: „Ankom-

men, das in Anpassen übergeht, gerät zu Verkommen.“

Die Besetzung der PDS-Zentrale durch Berliner Studenten war nur eine Episode. Dennoch verdeutlichte sie, wie schnell man politisch unter die Räder geraten kann. Soll es so weitergehen wie bisher? Bis zum bitteren Ende? Wer will dafür die Verantwortung übernehmen?

Gerhard Wetzel

Unser Autor war zuletzt Ständiger Vertreter des WGB bei der UNESCO in Paris.

Nullrunde

Den Bundesbossen wurde angst und bange denn: allzu viele Rentner leben allzulange!

Welch eine Last für Staats- und

Rentenkassen!

Dies Übel muß man an der Wurzel fassen ...

Gewiß spart man am allermeisten ein macht man die Zahl an Rentnern möglichst klein.

Das heißt: Wenn Rente knapp bemessen ist verkürzt sich bald der Alten Lebensfrist, denn wer verliert an Lebensqualität schon etwas eher in die Grube geht.

Und eben deshalb muß man nun den Greisen an ihre Renten. Kurzum: sie beschießen.

Also beriet das Kabinett. Und in der fünften Stunde

fand es den Stein der Weisen: die Nullrunde! Das klang dem Kassenwart gar lieblich in den Ohren:

Die Renten werden vorerst eingefroren. Zudem bezahlen Alte künftig voll den Pflegesatz. Das finden wirklich toll die Rentenkassen, welche alldieweil fortan nun sparen ihren Beitragsteil.

Der dreiste Griff in jedes Rentners Tasche gehört zu „Rosa-Grüns“ Sanierungsmaschine. Dagegen hilft kein Jammern und kein Klagen. Vielmehr gilt es im Klartext jetzt zu sagen:

Wir Rentner legen unsrerseits nun ein die Nullrunde für die Betrugspartei'n. Wir gehen nicht mehr in die Wahlspeck-Falle der Volksbetrüger – und das sind sie alle! Es gilt bei jeder Wahl daran zu denken: Wir haben keine Stimmen zu verschenken. Wer uns bestiehlt, der wird fortan bei Wahlen für seine Dreistigkeit b e z a h l e n!

Wolfgang Clausner



Wie das Chemnitzer Programm die Wahrheit verschleiert

Ist Gewinn gleich Gewinn?

„Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“, lautet einer der umstrittensten Sätze des Chemnitzer Programms der PDS. Kritik an dieser Aussage wird meistens damit beantwortet, daß ja gerade die Erfahrungen der DDR gezeigt hätten, wohin die Mißachtung des Faktors Gewinn als Triebkraft beim Wirtschaften führe. Solle doch der „Unternehmer“ ruhig Gewinn machen, wenn dadurch die „Wirtschaft“ floriere und Arbeitsplätze gesichert würden. Nur: Gerade gegenwärtig macht das Kapital, ungeachtet aller „Rezession“, Riesenprofite, die Reallöhne sinken und die Arbeitslosigkeit steigt weiter an!

Bei dem „Unternehmer“, dessen Gewinninteresse so positive Einschätzung erfährt, wird dann häufig an den Bäcker, den Schreibwaren- oder Blumenhändler nebenan in seinem kleinen Geschäft erinnert, der schließlich auch leben müsse. Doch gerade der ist ja oft bloß noch formaljuristisch selbständig; in Wirklichkeit arbeitet der Bäcker für Kamps, die Floristin für „Blume 2000“, der nächste für „McPaper“ und ein anderer wieder für Getränke-Hoffmann. Diese kleinen Händler, Versicherungsvertreter usw. haben in der Regel nichts zu lachen, werden sie doch von ihren „Franchisegebern“ oft schlimmer ausgebeutet als „Lohnabhängige“. Eine konstruktive Mittelstandspolitik der PDS verlangt deshalb nicht den Kotau vor den Profitinteressen des Kapitals, sondern entschieden antikapitalistische Positionen. Robert Gadegast, Geschäftsführer eines Berliner Handwerksbetriebs mit drei Angestellten und einem Azubi, der auf der Debattenseite des ND am 21. 11. 03 zu Wort kam, ist wahrlich nicht der Typ des „Unternehmers“, sein „Gewinn“ dürfte kaum dem Gehalt entsprechen, das er als Angestellter mit gleicher Tätigkeit und Verantwortung in einem großen Betrieb erhielte, wenn er dort Arbeit fände.

Maximalen Gewinn auf lange Sicht betrachtet die bürgerliche Wirtschaftslehre als höchstes Ziel allen unternehmerischen Handelns, und sie versteht dabei Gewinn als Unterschiedsbetrag zwischen den erzielten Erlösen und den entstandenen Kosten. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, so entsteht Gewinn; befindet sich der Saldo auf der anderen Seite, werden Verluste geschrieben. Der Gewinn enthält dabei außerdem „Unternehmerlohn“ u. a. die Verzinsung des Eigenkapitals sowie Risikoprämien (vgl. A. Woll: Wirtschaftslexikon, München-Wien 1991, S. 276). Die unverschämten Bezüge vieler Manager der Kapitalgesellschaften, insbesondere der Konzerne, Aktiengesellschaften, Großbanken usw. rechnen noch nicht einmal mit dazu; sie gehen vielmehr als „Personalaufwendungen“ in die Kosten ein. Bekanntlich war es Karl Marx, der das Wesen des Gewinns enthüllte. In seinem Vor-

trag „Lohn, Preis und Profit“ (1865) setzte er sich mit der Auffassung auseinander, Lohnerhöhungen nützten den Arbeitern nichts, und der Kampf der Gewerkschaften dafür sei schädlich. Er charakterisierte Rente, Zins und industriellen Profit als „bloß verschiedene Namen für verschiedene Teile des Mehrwerts der Ware oder der in ihr vergegenständlichten unbezahlten Arbeit“. (MEW 16/137)

Die heutigen Rentiers – die Aktienbesitzer – sind vor allem Großaktionäre und private Anleger mit einem Nettogeldvermögen von über 2 Billionen Euro allein in der BRD. Es handelt sich um untätige Profiteure, die von Banken, Investmentfonds oder Versicherungen vertreten werden. Als Anlageempfehlung bezeichnet das Handelsblatt nach der Ölindustrie besonders die Pharma-Konzerne, die vor allem durch Preissteigerungen für Arzneimittel zu Lasten der Krankenkassen – mit der „Gesundheitsreform“ immer mehr direkt zu Lasten der Patienten – zweistellige Milliardenprofite abwerfen. Die Deutsche Bank, das größte private Kreditinstitut der BRD, erzielt fast zwei Drittel ihres Konzerngewinns mit dem Geschäftsbereich „Globale Unternehmen“; sie finanziert die Produktion von Anti-Personen-Minen bei DaimlerChrysler, die hochprofitablen deutschen Panzerschmieden, Luft- und Raumfahrtindustrie und den Marine-Schiffbau und schießt gleichzeitig durch „Umsortierung“ ihrer Milliardenbeteiligungen in zahlreichen Unternehmen jährlich viele Tausende in die Arbeitslosigkeit.

Herrschen auch im BRD-Inland schon im dritten Jahr Stagnation und Rückgang, so boomt doch das Außengeschäft; gehen mittlere und kleine Unternehmen kaputt – unter anderem dadurch, daß die großen das Risiko durch Auslagerungen, sogenanntes Outsourcing, auf sie abgewälzt haben – so steigen dennoch gerade die Dividenden der Konzerne; wächst die Arbeitslosigkeit weiter – in der BRD wird sie heute bereits auf real 7,2 Millionen Erwerbsfähige geschätzt –, so profitieren die Banken weiterhin am Massen-Kreditgeschäft; die Verschuldung der privaten Haushalte wächst wie die der öffentlichen Hand.

Marx hatte nicht den kleinen Bäcker oder Blumenhändler im Sinn als er in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ den englischen Gewerkschaftsfunktionär T. J. Dunning zitierte, der vom Horror des Kapitals vor Abwesenheit von Profit sprach und fest-

stellte, daß es für 100 % alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß stampfe und für 300 % zu jedem Verbrechen bereit sei.

Das ist das Geheimnis von Rüstungswettlauf und Waffenexport, von Hunger und Elend – heute keineswegs nur in der „Dritten Welt“ –, von Umweltzerstörung und unter dem Banner der „Globalisierung“ geführtem erbitterten Kampf um die Ressourcen, jetzt auch wieder in heißen Kriegen. Das ist zugleich das Geheimnis der unter Schröder noch mehr forcierten Umverteilung von unten nach oben, bei der die Großunternehmen, statt ihre Gewinne zu versteuern, Rückerstattungen erhalten, aber selbst chronisch Kranke wieder Zuzahlungen zu den Medikamenten und Eintrittsgebühr beim Arzt zahlen, die Arbeitslosenhilfe unter das Niveau bisheriger Sozialhilfe sinkt, und die BVG das „Sozialticket“ ersatzlos streicht. Die Steuerreform läßt Staat und Kommunen weiter verschulden, damit die Gläubiger-Banken den Sozialabbau noch mehr diktieren können. Angeblich soll diese Reform die Unternehmen zu Investitionen, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze stimulieren. Nur: Die Profite fließen kaum in die produktive Sphäre, sondern vor allem auf den Geldmarkt, ins Börsengeschäft, sie blähen die spekulative Finanzblase weiter auf; sie fördern nicht Innovation und Entwicklung, sondern werden in Billig-Lohn-Ländern – etwa in Lateinamerika – angelegt, wo Adidas, Puma und andere Markenfirmen Kinder und Jugendliche unter frühkapitalistischen Bedingungen bis zu 92 Stunden in der Woche für einen Hungerlohn schufteten lassen (s. Bericht über die Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung im ND vom 14. 11. 03).

Das alles hatte der Sozialismus bereits für ein Drittel der Menschheit abgeschafft. Deshalb: Gewinn ist nicht gleich Gewinn. Es kommt darauf an, wer ihn erhält und wohin er fließt. Der in der volkseigenen Wirtschaft erzeugte Gewinn war die Hauptquelle der Staatseinnahmen der DDR und die Grundlage für eine Politik der sozialen Sicherheit. Im Bereich des genossenschaftlichen Eigentums wurde er zu einer starken Triebkraft gemeinsamen Wirtschaftens. Der Versuch, auch die Betriebskollektive im volkseigenen Sektor stärker durch den Gewinn zu stimulieren, war zwar vor allem auf die begonnene Erprobung des „Neuen Ökonomischen Systems“ in den 60er Jahren beschränkt; das stellt aber keineswegs die Fähigkeit des Sozialismus zur Nutzung dieses ökonomischen Hebels generell infrage und spricht erst recht nicht gegen das Volkseigentum. Damit Gewinninteressen zu wirtschaftlicher Leistung zum Nutzen des Volkes führen, bedarf es des gesellschaftlichen Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln. Im neuen PDS-Programm sucht man vergeblich nach dieser Forderung.

Dr. Ernst Heinz

Nachträglich gratulieren wir unserem
Genossen **Werner Glaser**
aus Berlin, der am **6. Dezember 2003**
seinen **91. Geburtstag** beging, von
ganzem Herzen.

Wie private USA-Krankenkassenketten das BRD-Gesundheitswesen stylen

Fehlt im Stadtsäckel Geld, dann überlegen seine verantwortungsvollen Beschützer: Sollen wir die Badeanstalt, die Müllabfuhr, den Friedhof, das Theater oder gar die Gefängnisse veräußern?

Die Krankenhäuser kamen als erste in den „Genuß“ dieser therapeutischen Kunst. Und der Erfolg? Die Zahl der Mitarbeiter in den großen Hospitalketten stieg. Was nicht verwundert, denn jedes neu erworbene Krankenhaus bedeutet zunächst einmal Mitarbeiterzuwachs. Mit eigener „Philosophie“, die von Mitverantwortung, Menschlichkeit oder modernster Medizintechnik schwärmt, will man jene gewinnen, die im Rathaus schon seit Jahren nicht mehr wissen, wie sie die steigenden Kosten im Investitionsbereich der Krankenhäuser bezahlen sollen. Was tun? Schnell abstoßen? Ist das die Garantie für blühende Krankenhauslandschaften?

Die Privatisierung, das zeigt ein Blick in die USA, wo man schon seit fast 30 Jahren mit Fallpauschalen agiert, ist nicht immer Garant für die Gesundheit der Bevölkerung. Die amerikanischen Privatkrankenhäuser haben weder ein besseres noch ein billigeres Gesundheitswesen schaffen können. So muß die staatlich finanzierte Medicare-Krankenversicherung in Regionen mit ausschließlich privaten Kliniken für jeden Versicherten fast ein Siebentel mehr ausgeben als in Regionen, in denen es nur Non-Profit-Hospitäler gibt. Und eine weitere Studie weist sogar auf eine schlechtere Versorgung der Privaten hin. So nutzen in den USA manche gewinn-

orientierten Managed-Care-Krankenversicherungen ihren Einfluß auf die Kliniken, um Kosten zu sparen – z. B. bei der Prävention von Brustkrebs. Etliche vorzeitige Todesfälle dürften auf ihr Konto gehen.

Die Privatisierung ist also für die Allgemeinheit gar nicht ungefährlich. Privat kommt von privatus und bedeutet Absonderung. So sind die meisten Ketten nicht an der Aufrechterhaltung eines Krankenhauses interessiert, das die Regelversorgung der Menschen in der Region gewährleistet. Von ihm sollen sukzessive jene Bereiche ausgegliedert werden, in denen der Einsatz von modernster Medizintechnik dominiert. Alle chronischen Erkrankungen oder die Intensivstation sind zu teuer. Sie kosten zu viel Zeit. Es entsteht auf diese Weise ein Netz von Schwerpunktkrankenhäusern, die auf spezielle Operationen ausgerichtet sind. Wenn ein Team am Tag drei Hüften statt einer in gleicher Zeit operieren kann, dann hat die Absonderung ihr Ziel erreicht. Sie ist produktiv. Doch da alles, was außerhalb des Operationsraumes geschieht, unproduktiv ist und nur die Arbeitszeit von Pflegern und Schwestern kostet, die bezahlt werden müssen, wird die Betreuung frisch Operierter eine ärgerliche, wenn auch für kurze Zeit notwendige Maßnahme, um nicht dem bösen Spruch „Operation gelungen – Patient tot!“ zu folgen.

Werfen wir einen Blick hinter die Kulissen der smart auftretenden Krankenkassenketten ... Die „Sana“-Kette, die mittlerweile 61 Kliniken in Deutschland ihr eigen nennt und 25000 Menschen beschäftigt, ist eine Unternehmensgründung von 18 privaten Krankenversicherungen. Hinter jeder verbergen sich gewaltige Finanz- und Industriemonopole. Es ist dennoch kein Geheimnis, daß hinter der Allianz die Dresdner Bank steckt, die in vielen Großunternehmen die Aufsichtsratspolitik bestimmt. Was bei „Sana“ oder dem „Rhön“-Klinikum, in dessen Aufsichtsrat der Bertelsmann-Konzern sitzt, noch relativ leicht zu ermitteln ist, wird bei Ketten, deren Ursprungs- und Devisenland die USA sind, schon schwieriger.

Die Ketten „Asklepios“ und „Helios“ schmücken sich mit glänzenden Namen aus der griechischen Antike, haben aber ihren Ursprung in den USA. „Asklepios“ (heute 67 Kliniken in Deutschland) unter der Regie von Dr. Broermann und „Helios“ (Dr. Helmig) treten beide als christlich engagierte und sehr familiär wirkende Unternehmen auf. Doch beide Kettenchefs sind Makler für amerikanische Kapitalzufuhr. Broermann war bis 1984 bei einem sogenannten Consulter in Boston tätig, der finanzstarken Firma Ernst & Winney. Sie ist eng mit 3M, Colgate-Palmolive und General Electric verbandelt. Für diese und andere potente Geldgeber startete Ernst &

Winney auf dem deutschen Markt. Sie begannen ihre Krankenhauskäufe mit Beratungen. So haben sie Anfang der 80er Jahre eine Wirtschaftlichkeitsprüfung in den Bremer kommunalen Kliniken durchgeführt. Ergebnis: Rechtsformänderung, vom städtischen Krankenhausbetrieb zum Eigenbetrieb. Die Bremer Senatoren stimmten dem zu und schufen damit jene Bedingungen, die die heutigen Ketten benötigen, um mit dem Krankenhaus als Handelsware operieren zu können. Die Einrichtungen des Gesundheitswesens wurden von der öffentlichen Einflußnahme Stück für Stück abgetrennt. Der erste Schritt war die Bildung einer GmbH, in der die Kommune zunächst noch den Hauptgesellschaftler abgab.

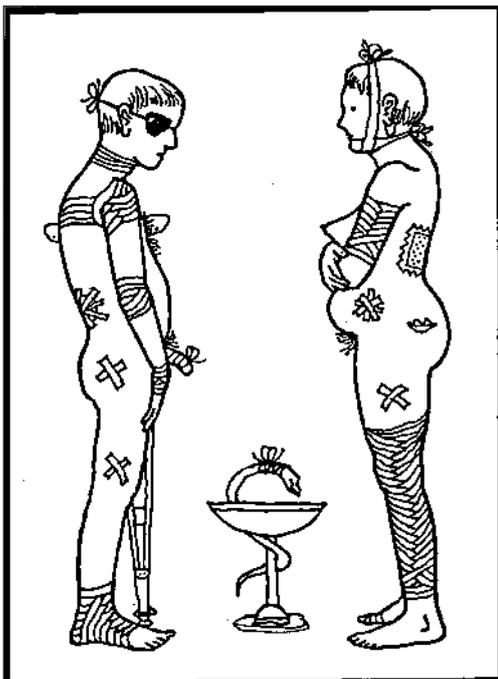
Die Ketten sind nur deshalb so „flexibel“, weil sie sich nicht mehr um die Stimmen der Volksvertreter scheren müssen und statt dessen mit dem Finanz- und Industriekapital in modernste Medizintechnik investieren. Der Warenumsatz der Medizin- und Pharmaindustrie steigt mit den privaten Ketten, die Kosten für Personal sinken. Dr. Broermann, der bis 1994 gemeinsam mit Dr. Helmig („Helios“) die erste amerikanische Kette in Deutschland aufbaute, ist der geistige Pionier der jetzigen Privatisierungswelle. Seine Strategie, mit der er damals Geld von Europa in die USA transferierte, um dort u. a. die heutige „Asklepios“-Kette mit 11 amerikanischen Krankenhäusern zu starten, scheint auch beim umgekehrten Weg von den USA nach Europa zu funktionieren.

Im Hintergrund ist 3M, eine amerikanische Industriefirma, in Deutschland sowohl bei „Asklepios“ als auch bei „Helios“ engagiert. Dieser Konzern produziert nicht nur für die Automobil- und Rüstungsindustrie, sondern auch für Krankenhäuser, die es vom Milchsäure-Indikationsstäbchen bis zum elektronischen Stethoskop und Computer mit vielerlei Waren beliefert. 3M ist somit nicht nur mit Geld an diversen Krankenkassenketten beteiligt, sondern kann diese bestens nutzen, um eigene Produkte auf schnellstem Weg zu vertreiben.

Wer die größte Kette sein eigen nennen kann, dem ist schneller Absatz gesichert, ohne daß im Rathaus oder in der Landesregierung jemand bestochen werden muß. Auch die Ärzte – wir erinnern uns an den Herzschrittmacher-Skandal – müssen nicht mehr „verwöhnt“ werden. Die Löhne der Beschäftigten können gekürzt werden, da sie an keine demokratisch gewählten Entscheidungsträger (öffentlicher Dienst) mehr gebunden sind. Damit dies reibungslos geschehen kann, hat die Diskussion über die Einschränkung des Streikrechts in den privaten Krankenkassenketten bereits begonnen.

Jürgen Meier, Hildesheim

Unser Autor ist freier Journalist und Essayist bei Presse, Rundfunk und Fernsehen.



„ADAM UND EVA“
Illusionsloses Gemälde der Gesundheits-Agenda 2010
Autorin: Ulla Schmidt
Rotstift auf Papier 2003 / 04
Originalgröße: Deutschlandweit

11/03

Grafik: Karlheinz Effenberger

Mehrwert und Profit in der BRD

Im ND vom 21. 11. 2003 erschien ein Artikel von Harald Werner unter der Überschrift „Das Gewinnstreben braucht keine Unternehmer mehr“. Hierzu möchte ich einige Anmerkungen machen.

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes gab es in der BRD im 3. Quartal 2003 insgesamt 479000 oder 1,2 % Stellen weniger als ein Jahr zuvor. Im gleichen Zeitraum schrumpfte der private Konsum um 0,8 %. Die Bruttolöhne und Gehälter waren um 0,9 % niedriger, aber die Arbeitsproduktivität um 1,1 % höher. Mehrwert und Profite stiegen enorm. Experten erwarten auf der Grundlage von Analysten-Prognosen für die deutsche Wirtschaft im Jahr 2003 riesige Gewinnzuwächse, allein für die 30 DAX-Konzerne Steigerungen von über 60 %, obwohl die Konjunktur lahm, das Exportgeschäft durch den starken Euro im Vergleich zum Dollar behindert wird und die Staatskassen immer leerer werden. Letzteres ist ein wichtiges Argument für die Herrschenden, den Sozialabbau zu beschleunigen. Die Angst, entlassen zu werden, nimmt mit steigender Arbeitslosigkeit zu. Die Arbeitshetze wird weiter forciert. Dennoch wurde 2003 der bisher niedrigste Krankenstand seit der Übernahme der DDR gemeldet.

Angesichts dieser Fakten, die deutlich zeigen, mit welchen Mitteln Mehrwert und Profit gesteigert werden, fragt sich der Leser des ND-Artikels vom 21. 11. 03, ob dieses Material nicht vom Großkapital lanciert wurde. Er ist verdutzt zu lesen, daß statt dessen Harald Werner, Gewerkschaftspolitiker Sprecher des PDS-Vorstandes, der Autor ist.

Die erste Überraschung beginnt mit seiner Bemerkung, ob nicht auch die veränderte Formulierung im Programm der PDS zum „Gewinninteresse als wichtiger Bedingung für Innovation und Effizienz“ von einem längst überwundenen Kapitalismus spricht. So braucht er nicht die Frage zu stellen und zu beantworten, für wen der auf Hochtouren laufende Sozialabbau erfolgt, da für ihn dieser Kapitalismus überwunden ist. Er schreibt: „Heute sind es fast nur noch die Rentiers – oder modern ausgedrückt die Shareholder –, die nicht nur der Wirtschaft, sondern vor allem auch der Politik ihre Vorgaben aufdrücken.“ Weiter liest man: „Inzwischen ist diese Gruppe der tatenlosen Vermögensgewinner zu einer sozialen Massenschicht geworden, deren vereinigt Gewinninteresse wie ein Alb auf der Realwirtschaft lastet.“

Das belegt H. W. mit Zahlen. Die 30 reichsten Familien der BRD, die hinter den großen Konzernen und Banken stehen, halten mit 352 Mrd. Euro „nur“ ein Sechstel des BRD-Kapitalvermögens, während die namenlosen Besitzer von Fondsanteilen eine Marktmacht von 424,9 Mrd. Euro sind. Im Jahr 2002 wuchs die Wirtschaft der BRD um nur 0,6 %, aber die Zahl der Millionäre und Milliardäre um 3,4 % auf 755000 mit einem Investvolumen von jeweils mehr als

einer Million Euro. Es bleibt unerwähnt, daß auch bei stagnierender Wirtschaft die Produktion von Mehrwert und Profit so gesteigert wird, daß die Zahl der Millionäre und Milliardäre weiter zunimmt – und zwar durch Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben.

Aus dem Zahlenvergleich ergibt sich weiter, daß die namenlosen Besitzer von Fondsanteilen nur durch eine Manipulation auf 424,9 Mrd. Euro kommen: Man schlägt ihnen die Anteile der 755000 Millionäre (minus 30 Milliardäre) zu. Bei seriöser Analyse hätte Harald Werner diese Summen von den 424,9 Mrd. Euro absetzen müssen. Was dann noch für die namenlosen kleinen Besitzer von Fondsanteilen übrigbleibt, ist kläglich, wenn man weiß, daß die untere Hälfte der Gesellschaft nur über 4,5 % aller privaten Geldvermögen verfügt. Um sie dennoch als „gefährliche Macht“ darzustellen, wurden sie mit den Multimillionären in einen Topf geworfen. Und diese „tatenlosen Vermögensgewinner“ verwandelte man in eine „soziale Massenschicht“, obwohl sie weniger als 1 % der Gesamtbevölkerung ausmacht. Zu

gleich wird die Illusion vorgegaukelt, der Reichtum wäre breit verteilt. Das ist auch deshalb so empörend, weil zu den Namenlosen Hunderttausende, wenn nicht Millionen Kleinrentner und -verdiener mit nur einigen hundert Euro Dividende im Jahr gehören. Und selbst darum wurden sie noch durch die Kursverluste der letzten Jahre geprellt. Erinnert sei hier nur an das Beispiel der Telecom. Die Namenlosen verloren teilweise ihr in einem schweren Arbeitsleben mühsam Ersparnes ganz. Dabei befolgten sie oft nur Empfehlungen der Herrschenden, für ihre Sicherheit im Alter selbst zu sorgen, da die staatlichen Sozialsysteme wegen Geldmangels abgebaut werden müßten.

Bei Harald Werner aber mutieren diese mehrfach Betrogenen zu dem Alb, der dem „neoliberalen“ Terror der Ökonomie die eigentliche Schubkraft verleiht. Da hätten wir es wieder: Der kleine Mann ist an seinem Elend selbst schuld. Nicht gegen das Großkapital mit seinen Multimillionären ist der Kampf zu führen, sondern gegen diese namenlose Masse. Es bleibt nur noch die Feststellung: Das Ziel linker Politik wird hier glatt verfehlt.

Dr. Wilhelm Cezarz

Unser Autor war Staatssekretär im Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR.



Für wen spricht Geisler?

Im Dezember legten die Marxistischen Blätter mehreren Zeitungen ein Werbematerial bei. Unter den Autoren des Textes befand sich auch der Sprecher des DKP-Partei-Vorstandes Lothar Geisler. In seinem Beitrag ist zu lesen: „Im Osten ... scheinen Mauern in den Köpfen oder alte Führungsansprüche nachzuwirken, selbst nach dem Machtverlust. Es fremdelt noch heftig, weil selbst SozialistInnen mit gleichen Grundanschauungen Lernprozesse aktiv gestalten müssen und nicht wie Legierungen verschmelzen ...“ Ein solches Maß an Borniertheit und Arroganz gegenüber den Genossen aus der DDR ist selbst für Geisler ungewöhnlich. Es würde uns interessieren, ob der Parteivorsitzende Heinz Stehr diese Auffassungen seines Sprechers, der einst nach eigenem Bekunden, „nicht wegen, sondern trotz der DDR“ der DKP beitrug, teilt oder ob er sich davon distanzieren möchte.

R. F.

Deutschland beim dritten Versuch einer Eroberung Europas

Ein Kontinent im Visier

Bei einer flüchtigen Durchsicht der Erklärung der 6. Konferenz der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) – sie stützt sich überwiegend auf trotzkistische Parteien und Gruppen – könnte man meinen, einen wirkungsvollen Gegner des Imperialismus gefunden zu haben. Das aber ist ein Irrtum. Man stößt vor allem auf Phrasen statt exakter Analyse. Von einer „globalen europäischen Perspektive“ ist da die Rede. Was denn: global oder europäisch? Perspektive, für wen? An anderer Stelle wird formuliert: „neue neoliberale Welle“. Abgesehen von der Tautologie: Was ist hier neo, was liberal? Der Sozialabbau? „... Der globale Kapitalismus“ sei in Irak „planetarisch zusammengeprallt“. Auf deutsch: Die Erde ist mit der Erde kollidiert; und wenn der Kapitalismus global ist, mit wem prallt er dann zusammen? Mit sich selbst? Noch eine Floskel sei zitiert: „Zum Aufstieg der kapitalistischen Globalisierung ... gehört ... die transnationale Konzentration des Kapitals.“ Ist das Kapital nun transnational oder konzentriert?

Keine weiteren Stilblüten, dazu ist das Thema viel zu ernst! Ich wollte bloß deutlich machen: Vollmundigkeit hilft nicht gegen den Klassenfeind. Am wichtigsten: Der Ausgangspunkt ist falsch. Es gibt keinen „europäischen Einigungsprozeß“. Kapital kann sich nicht einigen. Es triumphiert, wird unterworfen oder bankrottiert. Es gibt keine „Harmonisierung von Unternehmern“, auch nicht in Europa. Kein italienischer Kapitalist vereinigt sich z. B. freiwillig mit einem deutschen. Eine Liebeshe zwischen Berlusconi und Bertelsmann? Undenkbar! Unterwirf dich oder stirb!

Bereits zweimal hat das Kapital dieses Landes versucht, Europa „zu vereinigen“. Was ist dabei herausgekommen? Beide Gewaltanwendungen mißlingen und gingen für die Völker tödlich aus. Jetzt läuft der dritte Versuch auf Hochtouren. Diesmal „friedlich und demokratisch“, sieht man vom Balkan ab. Frankreichs Kapital wurde unterdessen ein guter (zeitweiliger) Verbündeter, eher Komplize und Rivale zugleich, des deutschen Kapitals, nachdem der Versuch französischer Faschisten 1938/40 mißlang, auf den Hitlerzug aufzuspringen. Wie die Finanzminister aus Paris und Berlin in Brüssel gemeinsam den durch sie selbst kreierten „Stabilitätspakt“ zerschlugen und in einen Labilitätspakt umwandeln, zeigt, wer in Europa wem diktiert. Dabei wird sogar die angeblich so mächtige Europäische Kommission ausgebremst und überfahren.

Der gegenwärtige Eroberungsprozeß des deutschen Imperialismus im kontinentalen Maßstab widerspiegelt sich in der Bildung eines pseudoeuropäischen Herrschaftsgebildes (EU), das durch Unterwerfung weiterer Staaten ausgebaut und modernisiert wird. All das hat mit frei-

williger „Vereinigung“ gleichberechtigter Staaten überhaupt nichts zu tun.

Die härteste und konsequenteste monopolistische Regulierung erfolgt durch die fest in deutsch-französischen Händen befindliche „Europäische“ Zentralbank und die nur scheinbar relativ selbständige Kommandozentrale in Brüssel. Es geht auch nicht um eine undefinierbare „Globalisierung“, sondern um Kolonialisierungsprozesse innerhalb Europas. Jugoslawien ist de facto bereits in eine Kolonie verwandelt worden. Die baltischen Staaten kommen wahrscheinlich als nächste an die Reihe. Auch die Moldau und Georgien sind im Visier. Tschechien wird fast vollständig vom deutschen Kapital kontrolliert. Nahezu alle Zeitungen dort wie in Polen werden von BRD-Konzernen beherrscht. Da geht es nicht um einen „Einigungsprozeß“ oder „Erweiterung“.

Die differenzierte ökonomische Lage in den einzelnen Ländern Europas führt auch zu unterschiedlichen Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse und deren Verbündete. Die Losungen gegen den europäischen Eroberungsfeldzug vor allem des deutschen Kapitals können also sehr verschieden sein, auch wenn ein abgestimmtes Vorgehen der national organisierten Kräfte des Widerstandes dringend notwendig ist. Für die polnische Arbeiterklasse stellt sich z. B. die Aufgabe der Herstellung eines festen Bündnisses mit den Bauern, eines zeitweiligen Zusammengehens mit dem Mittelstand und mit national gesinnten bürgerlichen Kräften gegen die Vollendung der Einverleibung Polens durch die EU dringender als anderswo, weil die Landwirte am härtesten betroffen sein werden. Für die Arbeiter Lettlands, wo die Dinge ganz anders liegen, ist ein Bündnis mit dem Mittelstand problematisch, da sich hier deutsch-faschistische Kräfte über die Zeit der Sowjetmacht hinweggerettet haben und die engsten Verbündeten des BRD-Kapitals sind. Die griechischen Kommunisten, die sich mit Recht vehement gegen die Idee des Sammelsuriums einer neuen Europäischen Linkspartei wenden,

gewinnen offensichtlich im Kampf gegen die EU immer mehr an Einfluß. Sie lassen sich nicht von „globalen“, scheininternationalen Phrasen beirren.

Und in Deutschland? Wir müssen erkennen, daß immer noch erhebliche Teile des Volkes und auch der Arbeiterklasse am Extraprofit der bundesdeutschen Weltausbeuter und DDR-Eroberer teilhaben, was die Gegenwehr erheblich abschwächt. Das ist so trotz des heftig einsetzenden sozialen Terrors der Schröder-Regierung. Die Erkenntnis, daß das aus der Bevölkerung zusätzlich herausgepreßte Geld nicht der inneren Konsolidierung, sondern der Finanzierung des ökonomischen, politischen und militärischen Eroberungsfeldzuges dient, ist noch nicht tief genug eingedrungen. Dabei steht fest: Die Kapitalisten haben ihre Kriege bisher niemals selbst bezahlt.

Doch der im nationalen Rahmen organisierte Widerstand steht überhaupt nicht im Gegensatz zur Festigung der kontinentalen und internationalen Arbeiterbewegung. Im Gegenteil: Sie bedingen einander. Manche Leute wenden sich heute gegen die Aufrechterhaltung organisierter Abteilungen der internationalen kommunistisch-sozialistischen Bewegung in den einzelnen Ländern. Hierzu gehört auch der Ruf nach einer dubiosen Eurolinken, den nur wenige kommunistische Parteien gemeinsam mit reformistischen Gruppierungen unterstützen.

Die eingangs erwähnte EAL fordert übrigens ein „europäisches Verständnis der Mechanismen des Staates“. Nein, wir müssen den „europäischen“ Staat mit seiner Europa-Verfassung als eine besonders raffinierte Form der schleichenden Machteroberung durch den deutschen Imperialismus entlarven. Kritisch wird es, wenn sich die EAL für eine „eigene europäische Arbeiterbewegung“ ausspricht, die ein „besseres“ (globales) Europa anstrebt und die weltweite Arbeiterbewegung ablehnt, sich von ihr abspalten will. Dieses „bessere“ Europa soll mit „antikapitalistischen Maßnahmen, die zur Kontrolle des Privateigentums notwendig sind“, erreicht werden. Es soll sozial, demokratisch, ökologisch, egalitär ... sein. Welcher Widersinn! Das imperialistische Europa will man ohne Wechsel der Macht- und Eigentumsverhältnisse, ohne Überwindung der Herrschaft der Bourgeoisie „demokratisch gestalten“.

Übrigens ist Bewegung in die Szene gekommen. Wie man hört, befindet sich die anfängliche EAL-Begeisterung einiger DKP-Funktionäre im Abflauen. Die politische Nüchternheit der Mitgliedschaft dieser Partei hat hier neue Erkenntnisse reifen lassen. So darf man hoffen, daß der DKP-Wahlkongreß, der im Januar in Berlin stattfinden soll, in dieser Hinsicht für gänzliche Klarheit sorgen wird.

Dr. Norbert Pauligk

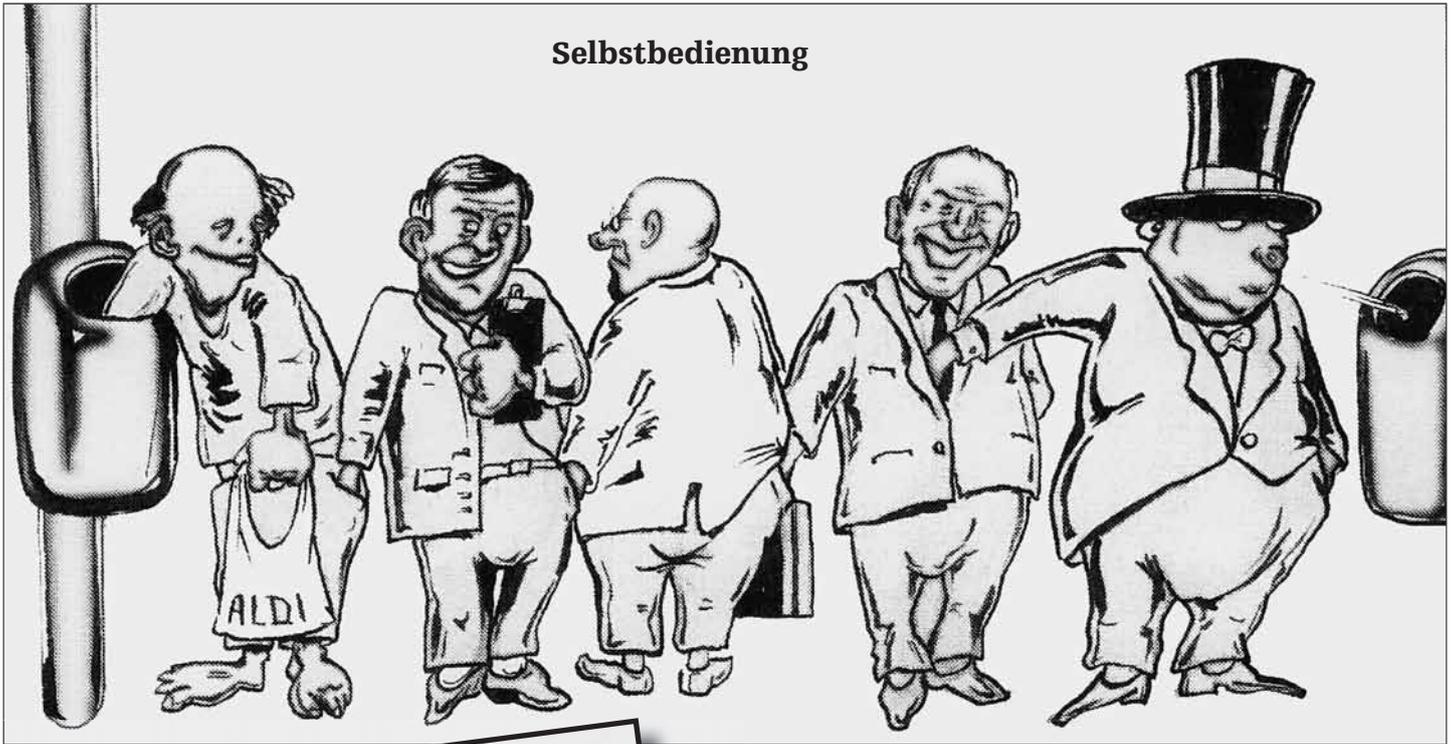
Herzlich gratuliert der Vereinsvorstand
seinem Mitglied

Dr. med.
Hansjörg Schneider

der am 25. Januar 2004
seinen 65. Geburtstag begeht.

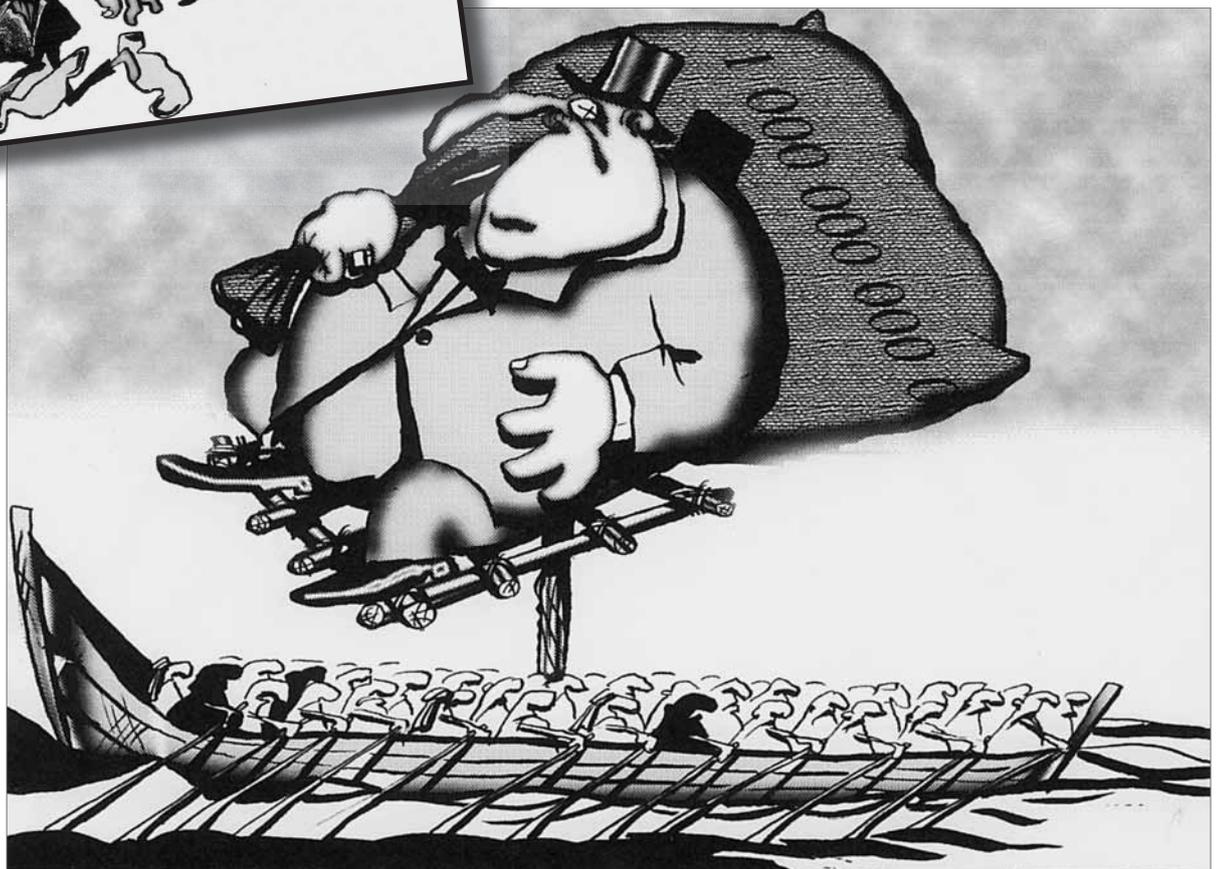
Hansjörg hat unter schwierigen Bedingungen Mut, Standhaftigkeit und Treue zur Sache bewiesen. Dem Arzt wünschen wir vor allem gute Gesundheit.

Selbstbedienung



Wie unser Grafiker SHAHAR die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ des deutschen Kapitalismus sieht ...

Den Gürtel enger schnallen



Das Boot ist voll

Ist das Abendland eigentlich christlich? (4)

Die zehn Gebote

Wenn gelegentlich einmal das dritte Gebot zitiert wird, stößt das bei den Zuhörern oft auf Unverständnis: „Du sollst den Namen Gottes nicht mißbrauchen, denn Gott wird den strafen, der das tut!“ Was hängt eigentlich so viel an Namen? Sind sie nicht Schall und Rauch? Kommt es nicht auf den Inhalt einer Sache an, statt auf ihre Benennung? Aber der weniger sprach-, dafür aber um so mehr konsumbewußte Zeitgenosse wird sofort das Anliegen verstehen, einen Namen zu schützen, wenn man ihm den Begriff „Namen“ mit dem Wort „Marke“ übersetzt. Sofort weiß jeder, daß es mit sehr viel Prestige, Renommee und Macht zu tun hat, wenn von einer Produktmarke gesprochen wird. Der Firmenname und das dazugehörige Logo stehen, sofern es sich um milliardenschwere Unternehmen handelt, unter dem vielfach abgesicherten Schutz von Patenten, Eigentumsrechten und Markengarantien. Gelegentlich hat sogar schon eine Militäruniform die Funktion einer Marke eingenommen, die dann die tragikomische Kurzherrschaft des Hauptmanns von Köpenick begründete. Der Mißbrauch dieser Marke wurde entdeckt, und seinem kurzen Triumph folgte die Strafe auf dem Fuße.

Mit dem Namen Gottes ist es genauso. Der „Ich bin, der ich bin“ ist ein unverwechselbarer Gott (worauf im ersten Gebot noch einzugehen ist), der nicht duldet, daß mit ihm „Uzebus getrieben“ wird, wie man im Thüringischen sagt. Darunter ist zu verstehen: Wer im Namen dieses Gottes Dinge tut, die den oben beschriebenen Geboten widersprechen, darf damit rechnen, daß er dafür „bezahlen“ muß. Daß die Soldaten imperialistischer Staaten beider Weltkriege, auf deren Koppelschloß der verfälschte Gottesname eingepreßt war, einen bitteren Preis bezahlen mußten, ist allgemein bekannt. Gerade diese Strafe, die im furchtbaren Erleiden des Krieges und seiner Folgen bestand, hat einen beachtlichen Teil der betroffenen Generationen zu einem geschichtlichen Lernprozeß geführt, der etwas mit Friedensbereitschaft und Friedenspolitik zu tun hat. Es ist schon sehr bemerkenswert, daß die

regierenden Sozialisten der DDR zu denen gehörten, denen man eine Verletzung des dritten Gebotes tatsächlich nicht vorwerfen kann: Wer jegliche Berufung auf Gott vermeidet, entgeht der Gefahr, den Gottesnamen zu mißbrauchen! Etwas anders sieht es da schon aus mit jener Kaste, die sich unter der Kapitalherrschaft in die Kommandohöhen der Politik hocharbeitete: Sie benutzen gern und häufig, und manche überschwänglich, den Namen jenes Gottes, dessen Wesen ihnen im Tiefsten fremd geblieben ist. Aber sich in seinem Schein zu sonnen, verschafft Ehre und Reputation in einem Volksbewußtsein, dessen christlich-abendländische Gesinnung in einer Art pseudoreligiöser Abenddämmerung besteht. In der DDR konnte man mit seinem Glauben an JHWH belächelt, oft jedoch auch geachtet, manchmal widerwillig respektiert werden, weil man gerade irgendwo aneckte. Aber man konnte keinen gemeingefährlichen Unfug mit ihm treiben – bis zu jenem Zeitpunkt um die Mitte des Jahres 1989, als die SED-Führungsspitzen ins Koma sanken und folgerichtig-tragisch die Partei der religiösen Abenddämmerung die von der SED verlassenen Positionen einnehmen und besetzen konnte. Denn die CDU des Kapitalstaates ist die Partei der Gotteslästerung par excellence. Der Aphoristiker Dietmar Beetz hat es auf den Punkt gebracht mit dem Satz: „Sie haben Gottes Sohn an ihre Firmentür genagelt.“ Deshalb gilt: Nur gegen das herrschende System kann das dritte Gebot eingehalten werden!

Mit dem zweiten Gebot rücken wir noch näher an das Wesen jenes Gottes heran, der anders als alle Götter und Scheingötter in Geschichte und Gegenwart ein Befreier zur Menschlichkeit sein will: „Du sollst dir kein Bild machen von Gott und der Welt, denn ich bin ein eifernder Gott, der solche Untaten über Generationen hin heimsucht.“ Dieser Satz gehört zu denen, die von der mittelalterlichen katholischen wie von der lutherischen Kirche aus ihrem Gemeinde-Katechismus bewußt weggelassen werden bis auf den heutigen Tag. Darüber muß man sich allerdings auch nicht wundern. Die Kirchen haben sich nämlich im Verlauf ihrer langen Geschichte das Recht herausgenommen, selbst allüberall diese Weisung zu mißachten, indem sie sichtbare geschnitzte, gehauene, gemalte Bilder von allerlei Gottes- und Heiligendarstellungen vor den Gläubigen aufrichteten, damit sie von ihnen angebetet würden – sehr zum Nutzen der kirchlichen Bestandswahrung. Nicht weniger eindrücklich allerdings blieb und bleibt die Aufrichtung unsichtbarer Bilder, mit Hilfe theologischer Sprache, philosophischer Weisheit und mittels logischer Schlüsse konstruierter sogenannter Gottesbilder, Weltbilder, geistiger Denktraditionen und Lehrgebäude. Sie alle wollen etwas „abbilden“, was nicht abgebildet werden kann

und was gemäß diesem Gebot auch nicht abgebildet werden darf. Denn alle diese Bilder behindern im Grunde das, was not tut: sich von dem befreienden Gott ansprechen zu lassen und ihm zu antworten, in einem nicht abreißenden Dialog dahinzukommen, was dieser Gott beabsichtigt. Der Evangelist Johannes faßte diese Erkenntnis in den Satz: „Am Anfang war das Wort ...“ Nun könnte man einwenden, daß nach dieser christlichen Erkenntnis der Satz weitergeht: „... und das Wort wurde Mensch.“ Aber dieses menschengewordene Wort Gottes namens Jesus war eben kein wandelndes Bild oder Abbild Gottes. Er hat sich nicht anbeten lassen, sondern er hat mit sich reden lassen, und er hat zu ihnen geredet. Er hat nichts anderes getan, als JHWH zur Sprache zu bringen. Er hat weder eine Kirche gegründet noch einen Kult gestiftet noch eine Religion ins Leben gerufen. Er wollte den Dialog mit Gott beleben, weil Leben im Dialog besteht.

Die Gesellschaft, die uns umgibt, ist statt dessen dialogfeindlich. Sie hat nicht die guten Seiten, sondern die schmachlichen Verirrungen der Kirchen kopiert. Überall wird mit Bildern unser Denken und unsere Sprache erstickt. Wer eine Unterhose kauft, kauft eine ganze Weltanschauung dazu. Wer einen bestimmten Kaffee trinkt, taucht in eine „Welt des Genusses“ ein. Wer eine bestimmte Partei wählt, hat „die Zukunft auf seiner Seite“. Zwischen die Anschauung der Welt, wie sie ist, und unseren Verstand hat sich eine Isolierschicht an Bildern geschoben. Mit immer neuen, immer bunteren, immer „authentischeren“ Bildern werden wir davon abgehalten, die Welt zu verstehen, die um uns ist – und sie zu verändern! Denn die Vielfalt der Bilder macht sie immer unübersichtlicher, immer unverständlicher. Bald werden wir vor den letzten Bildkompositionen der letzten großen Bildmacher stehen und vor ihnen niederfallen und sie – auf unreligiöse Weise – anbeten.

Aber machen wir uns nichts vor: Auch unsere sozialistische Tradition ist der Gefahr der Bildermacherei nicht entgangen. Auch wir Sozialisten haben falsche Bilder zu zerschlagen und scholastische Denkgebäude abzubauen. Da hilft alles nichts: Wir haben uns unseres eigenen Verstandes zu bedienen und das Gespräch um die Wahrheit neu aufzunehmen. „An allem ist zu zweifeln“ – das tut weh. Aber es ist ein gelassenes Zweifeln, denn auch am Endsieg des Kapitalismus darf gezweifelt werden, und der Mißerfolg unseres ersten Sozialismus-Projekts heißt keineswegs, daß kein zweites mehr folgen könnte. Eher im Gegenteil. Wenn wir uns konsequent dem Bilderdienst verweigern, den die gegenwärtig siegreiche Ordnung betreibt, können wir auf Befreiung hoffen. Es gilt jedenfalls: Nur gegen das herrschende System kann das zweite Gebot eingehalten werden! **Peter Franz, ev.-luth. Theologe**

Liebe Grüße gehen an die Genossen

Dr. Johannes Oreschko
aus Berlin (75)

Horst Hinz
aus Schwedt (70) und

Heinz Maaßberg
aus Magdeburg (60)

die am 27. Januar,
am 20. Januar
und am 17. Januar 2004
ihren Geburtstag begehen.

Der „RotFuchs“ wünscht den Jubilaren
weiterhin Kraft und Lebensmut.

Friedrich Karl Kaul – ein Antifaschist im Gerichtssaal**Eisenhart und zartbesaitet**

Rechtsanwalt Prof. Dr. Friedrich Karl Kaul hat in 17 NS-Verfahren, die in der BRD durchgeführt wurden, zahlreiche Hinterbliebene der Opfer im Rahmen der Nebenklage vertreten. Er selbst erlebte die Grausamkeit des Faschismus am eigenen Leib. Aufgrund seiner jüdischen Abkunft und seiner Tätigkeit für die Rote Hilfe gehörte er zu den ersten, die nach dem Machtantritt Hitlers verhaftet und ins Konzentrationslager verbracht wurden. Bis 1936 befand er sich im KZ Lichtenburg. Im Anschluß hieran kam er nach Dachau. Von dort wurde er im Frühjahr 1937 unter der Bedingung entlassen, daß er unverzüglich und ohne Rückkehr nach Übersee ausreise.

Dem zwangsweise emigrierenden F.K.K. gewährte Kolumbien in Südamerika als einziges Land die sofortige Einreise. Dort

zusammen: „Ich ging in das Verfahren in der Überzeugung von der Integrität des preußischen Richters – herausgekommen bis ich als Kommunist.“ Selbst wenn dies natürlich eine pointierte Darstellung ist, so macht sie doch deutlich, welche Erschütterung die bis dahin im bürgerlichen Sinne vermittelten Lehren bei ihm erfahren haben müssen. Der Jörns-Prozeß brachte übrigens für Kaul eine frühe Begegnung mit Wilhelm Pieck, der ihm mehr als ein Vierteljahrhundert später seine erste hohe staatliche Auszeichnung – nun Präsident der DDR – verleihen sollte.

Als er 1945 nach Deutschland zurückkehrte, wurde Kaul alsbald Justitiar des Berliner Rundfunks, dem er bis zu seinem Tod am 16. April 1981 als Chefjurist des Staatlichen Komitees für Rundfunk und später auch des Staatlichen Komitees

juristische Hilfe vom Strafverteidiger Kaul brauchten. Bald hatte sich herumgesprochen, daß er sich für diese Klientel besonders einsetzte. „Mit dem Mut eines Löwen“, wie es der britische Kronanwalt D. N. Pritt in seinen Erinnerungen formulierte. Zusammen mit Kaul hatte er Lilly Wächter verteidigt. Mit dem jungen Heinrich Hannover waren beide im Prozeß gegen die westdeutschen Friedenskomitees tätig geworden.

In dem am 18. August 1956 mit dem berichtigten KPD-Verbotsurteil endenden Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht war Dr. Kaul einer der Prozeßbevollmächtigten der KPD.

Erst dank der Bemühungen des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer wurde mit dem ersten großen Auschwitz-Prozeß, dessen Eröffnung sich im Dezember 2003 zum 40. Male jährte, die bis dahin geübte Praxis durchbrochen, wonach eigentlich nur Hitler, Himmler und Kaltenbrunner die Verantwortlichen und alle anderen lediglich Gehilfen gewesen seien. In diesem Prozeß bezeichnete es F.K.K., der sich übrigens auch bemüht hatte, in dem ab 1961 in Israel durchgeführten Verfahren gegen Adolf Eichmann als Nebenklagevertreter zugelassen zu werden, als würdelos, wie sich ein Teil der Verteidiger – mit ihren Mandanten sympathisierend – gegenüber den aus aller Welt angereisten Zeugen verhielt. Er erklärte auch: „Nicht ohne Grund befand sich schon zu Beginn des Nazi-Terrors ein großer Teil der Besten der Nation in den Konzentrationslagern ... Allein 150000 deutsche Kommunisten, die Hälfte der Mitglieder der KPD, waren in der Nazi-Zeit ihrer Freiheit beraubt, und von diesen haben weniger als die Hälfte den Tag der Befreiung erlebt.“

Es folgten zahlreiche weitere Verfahren, wovon beispielhaft hier nur genannt seien der Euthanasie-Prozeß, der Treblinka-Prozeß, der 1980 in Köln beendete Prozeß gegen Lischka, Hagen und Heinrichsohn, dessen Zustandekommen auch dem Engagement von Beate Klarsfeld zu verdanken ist, sowie der über fünf Jahre dauernde Majdanek-Prozeß, in dem Rechtsanwalt Kaul wenige Tage vor seinem Tod den Schlußvortrag hielt und dessen Ende er bereits nicht mehr miterleben konnte.

Seine Quintessenz stand aber als bittere Erfahrung aus den vorangegangenen Verfahren dieser Art bereits fest: Die bundesdeutsche Justiz hat sich bei der Verfolgung von Nazigewaltverbrechern verhalten „wie der Jagdhund, der zur Jagd getragen werden muß“. Dieser Makel scheint ihr unauslöschlich ins Stammbuch geschrieben.

RA Ralph Dobra, Gotha

Aus Heft 17 der Dokumentation des Solidaritätskomitees für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland, Juni 2003

Nehm Se doch Kaul!

Im Januar 1954 wurden der Assistent der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität Horst Kuntschke und ich bei einem Einsatz in Westberlin festgenommen. Bei unserer Überführung nach Moabit, wo wir dann einsaßen, „beriet“ uns ein Hauptwachtmeister der Stumm-Polizei während der Fahrt mit der „Grünen Minna“: „Nehm Se doch Kaul, vor dem ham se alle Angst!“ Tatsächlich vertrat uns F.K.K. während der Haftzeit und vor Gericht. Er zahlte auch Geld für uns ein, so daß wir etwas in der Kantine des Knasts bestellen konnten. Meine Ware lieferte der Kantinenwirt, ein führender CDU-Politiker, höchstpersönlich in der Zelle ab. Sein Neffe saß in Ostberlin wegen Optikschieberei und Kaul hatte ihm versprochen, sich bei guter Behandlung seiner Klienten für den jungen Mann einzusetzen. F.K.K. erschien in Moabit stets mit einem damals in der Partei üblichen großen SED-Abzeichen am Revers. Im Prozeß boxte er unseren Freispruch wegen Mangels an Beweisen durch.

Klaus Steiniger

schlug er sich unter anderem als Bauarbeiter, Kellner und Büroangestellter durch und gelangte über Panama und Mexiko schließlich in die USA. Er wurde in einem Auffanglager mit 500 Nazis interniert, bis er 1945 mit einem Truppentransporter von New York nach Bremerhaven gelangen konnte und am Ausgangspunkt seiner achtjährigen Odyssee ankam.

Kaul stammte aus begüterttem Elternhaus. Der Vater war ein angesehenener Textilkaufmann in Posen, die Mutter eine gütige und sehr gebildete Frau. Später ironisierte er: „Ich habe mir meine Eltern sehr vorsichtig ausgesucht ...“ Als junger Referendar erlebte F.K.K. 1929 den sogenannten Jörns-Prozeß. Das Verfahren brachte es ans Licht: Jörns hatte in der Voruntersuchung als Kriegsgerichtsrat die Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gedeckt. Es war ein Prozeß, der dem jungen Kaul die Augen öffnete. Während einer Autofahrt im Herbst 1980 faßte er die schicksalhaften Geschehnisse mir gegenüber wie folgt

für Fernsehen beim Ministerrat der DDR verbunden blieb. Daneben war er seit 1948 als Rechtsanwalt für alle vier Sektoren Berlins zugelassen, eine Tatsache, die es ihm letztlich ermöglichte, auch nach Gründung von BRD und DDR in beiden deutschen Staaten anwaltlich tätig zu sein. Man versuchte, ihm dieses Recht immer wieder streitig zu machen und ihn als „Agitator der Ulbrichtschen SED“ zu diffamieren. Auch wenn F.K.K. seine Tätigkeit in Westberliner und westdeutschen Gerichtssälen stets als „Klassenkampf auf justizieller Ebene“ ansah, war er doch immer ein Wahrer der individuellen Interessen seiner Mandanten, Vertrauter und oft auch Freund seiner durch die Adenauer-Justiz verfolgten Kampfgefährten wie Jupp Angenfort, Oskar Neumann, Walter Fisch, Max Schäfer u. v. a.

Bereits zu Beginn seiner anwaltlichen Tätigkeit zeigte sich, daß in den Westzonen zahlreiche wegen ihrer Gesinnung – insbesondere ihrer Nähe zur KPD – Verfolgte

Religion und Atheismus

Wenn man von unlösbaren Widersprüchen zwischen Kommunismus und Kapitalismus spricht, denkt man vor allem an Gegensätze in der Güterverteilung, also an wirtschaftliche Interessenkonflikte. Der fundamentale ideologische Widerspruch zwischen dem Marxismus und idealistischen Weltanschauungen ist die Herausforderung des atheistischen Kommunismus an die metaphysischen Vorstellungen von einer allmächtigen und allwissenden Gottheit, die das Menschenleben durch Versprechungen paradiesischer Segnungen für Gehorsam oder Höllenstrafen für Auflehnung lenkt und beherrscht.

Warum üben abstrakte religiöse Vorstellungen so langwährenden Einfluß auf menschliches Denken und Handeln aus?

Erstens beantworten Religionen die ewigen Fragen nach Leben und Tod, nach dem Sinn des Daseins mit der Gottheitshypothese, die auf Gläubigkeit beruht und daher keiner Beweisführung bedarf.

Zweitens sind religiöse Überzeugungen und Praktiken tief in der geschichtlichen Tradition verschiedener Kulturen verwurzelt. Ethnozentrisches Selbstverständnis ist daher oft von der Zugehörigkeit zu gewissen religiösen Bekenntnissen und Ritualen bestimmt. Allerdings verlieren solche Bindungen mit dem Fortschritt von Wissen und Bildung zunehmend an Überzeugungskraft. Wenn man auf 2000 Jahre europäischer Geschichte zurückblickt, versteht man, daß heutzutage niemand auf den Gedanken käme, dem Donnergott Thor (oder dem Griechengott Zeus oder dem slawischen Pierun) Tempel zu bauen, denn selbst ein Schulkind weiß, daß Blitz und Donner Naturvorgänge sind, nicht aber Zeichen göttlichen Zorns.

Der Gegensatz zwischen Theismus – dem Gotteitsglauben – und Atheismus – der Verneinung von Gottheiten – ist ideologisch begründet. Im Unterschied zur religiösen Vorstellungswelt des Übernatürlichen handelt materialistische Ideologie von der Welt, wie wir sie kennen. Als solche ist sie Teil der westlichen intellektuellen Tradition der Aufklärung und des Rationalismus. Der Theologe und Kirchenvater des 4. Jahrhunderts St. Augustinus, postulierte die Überlegenheit des Glaubens gegenüber der Vernunft: „Ich glaube, obgleich es der Vernunft widerspricht.“ Vierzehn Jahrhunderte

später wagte der französische Mathematiker und Denker René Descartes zu sagen: „Ich denke, also bin ich“, und schließlich erklärten Philosophen wie Soren Kierkegaard und Friedrich Nietzsche die Gottesvorstellung für überholt: „Gott ist tot!“

Die Revolutionäre Marx, Engels und Lenin sahen Religion als „Opium fürs Volk“, ein Narkotikum, das den Willen der Arbeiterklasse zum Widerstand gegen Ausbeutung brach und daher das Fortbestehen des kapitalistischen Systems zementierte.

Diese Meilensteine in der Evolution menschlichen Verstehens und Erkenntnisvermögens sind gleichzeitig eine Herausforderung an das Individuum, sich von der kindlich-gefühlsmäßigen Sicherheit der Glaubenswelt zu lösen, denn Atheismus fordert Selbständigkeit des Denkens – für eine dialektische Auseinandersetzung mit dem Neuen unerlässlich. Selbst wenn man mit Kant annimmt, daß unserem Begriffsvermögen Grenzen gesetzt sind, so ist es doch die unablässige Suche nach Antworten, nach Wissen und Erkenntnis, was die Gattung Mensch von allen anderen unterscheidet. Im geschichtlichen Kontext hat die religiöse Dimension der verschiedenen Kulturkreise die Feindseligkeit gegenüber allem „Anderssein“ gefördert. Das Ringen verschiedener Glaubensformen um Überlegenheit als „einzig wahre Gotteslehre“ hat zu blutigen Auseinandersetzungen geführt: Die Kreuzzüge und die Verbreitung des Christentums mit Feuer und Schwert um den Erdball; der Siegeszug des Islam von Arabien bis Marokko im Westen und den Philippinen im Osten; der militante Judentum in Israel; die religionsbedingten Spannungen zwischen Pakistan und Indien; ja selbst die in Nordirland schwelende unversöhnliche Feindschaft zwischen Protestanten und Katholiken – sie alle bezeugen die fatale Triebkraft religiöser Exklusivitätsansprüche und den Fanatismus ihrer Verfechter.

Der Widerspruch zwischen Theismus und Atheismus beruht nicht nur auf theologischen Auslegungen und Dogmen, sondern hat konkrete politische Aspekte. Organisierte Religion und Staatsgewalt stehen in einer sympathisch-symbiotischen Wechselwirkung zueinander. Die Bauernaufstände gegen die unmenschliche Ausbeutung feudaler Herrscher wurden von Martin Luther zugunsten der „Obrigkeit“ ausgelegt – ein Erbe, das selbst noch auf der „Bekennenden Kirche“ lastete und erst vom Strudel des Antikommunismus mitgerissen wurde, nachdem die westliche Propagandamaschine den sozialistischen Staat für illegitim erklärt hatte, d. h. zu einer Obrigkeit, der Christen nicht Gehorsam schuldeten.

Das Regime der Ayatollahs im Iran ist genauso ein Beispiel für theokratischen Autoritarismus wie der Vatikan unter Papst Johannes Paul II. Die Zerstörung der Jugoslawischen Föderation durch die Spaltung zwischen Katholiken, Orthodoxen und Moslems brachte Not und Tod über ein Land, wo seit 1945 die verschiedenen Glaubensgruppen in Frieden miteinander gelebt hatten. Unterstützt und befürwortet wurde die politische Spaltung vom Vatikan und von Deutschlands CDU unter Kanzler Kohl. Vor kurzem sprach der Papst den kroatischen Erzbischof Alois Stepinac selig, den berüchtigten Kollaborateur des Nazischergen Ante Pavelic: Ein Beispiel

moralischer Prinzipienlosigkeit oder politischer Opportunismus?

Geschützt vom Staat haben die „Fürsten der Kirche“ unvorstellbare Reichtümer angehäuft (Land, Immobilien, Kunstobjekte, Wertgegenstände), nicht anders als feudale Herrscher. In Jelzins Rußland erlangte die Orthodoxe Kirche schnell wieder ihre frühere Machtstellung, einschließlich der Rückerstattung riesiger, nach der Revolution enteigneter Ländereien. In Griechenland gehört ein Großteil des ertragreichsten Bodens der Orthodoxen Kirche. Als Andreas Papandreou mit der Nationalisierung drohte, konterte das Patriarchat wirkungsvoll mit der Erklärung, seine Gelder aus griechischen Banken abziehen und ins Ausland zu überweisen. Das hätte den Staatsbankrott bedeutet.

Dies alles stimmt kaum mit dem Anspruch des Klerikalismus überein, Interpret und Hüter moralischer Werte zu sein. Die christlich-kirchliche Tradition ist autoritär und streng hierarchisch, obschon die Reformation einige der schlimmsten Auswüchse abschaffte. Ähnlich ist es mit anderen Glaubensbekenntnissen bestellt, unter denen der Islam heute wohl durch die Scharija-Gesetze des Koran traurige Berühmtheit erlangt hat.

Freiheitsbegriff und Demokratie werden wohl rhetorisch gepriesen, aber kaum sinngemäß angewandt. So verurteilte Papst Paul VI. in seiner Enzyklika „Populorum progressio“ (1967) wohl die Exzesse des Kapitalismus; doch kurz darauf brandmarkte er in der Enzyklika „Humanae vitae“ (1968) Geburtenverhütung als Sünde gegen Gottes Willen. Ein solcher moralischer Dogmatismus zwang viele Gläubige, die Lehre ihrer Kirche zu mißachten.

Die militante Opposition des Theismus – von den christlichen Kirchen über die Taleban bis zum Dalai-Lama – gegen den atheistischen Kommunismus hat sich vernichtend auf solche zivilisatorischen Errungenschaften wie den Begriff der Menschenrechte im politischen, ökonomischen und kulturellen Sinn ausgewirkt. Die Zerstörung der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten Osteuropas hat weder die öffentliche Moral noch den materiellen Lebensstandard gehoben, wie das von den politischen und kirchlichen Autoritäten des Westens angekündigt wurde. Konzepte wie soziale Gerechtigkeit hören sich wohl gut an, tragen in der Welt des Kapitals aber keine Früchte.

Eine Entscheidung „für“ oder „wider“ muß letztlich von jedem persönlich getroffen werden; meistens handelt es sich nicht um einen radikalen Bruch mit den Gewohnheiten und Sitten der Vergangenheit, sondern um ein langsames Dahinwelken von Begriffen, die ihre Überzeugungskraft einbüßen, da sie mit der Wirklichkeit in Widerspruch stehen und politisch mißbraucht werden. Jeder Tag wirft neue Fragen auf, fordert neues Suchen nach neuen Antworten, denn es gibt keine Patentlösungen, so bequem sie auch sein mögen.

Wer war es doch, der vor „falschen Propheten“ warnte? **Dr. Vera Butler, Melbourne**

Ein Spitzenpolitiker der DDR-CDU zum Mitregieren der Blockparteien

Wir waren keine Opposition

Zu DDR-Zeiten habe ich 33 Jahre lang der CDU angehört, zuletzt bis zu meinem politisch motivierten Rücktritt im Dezember 1989 als deren Bezirksvorsitzender in Neubrandenburg und als Mitglied des Hauptvorstandes. Über den in der Satzung definierten Status der DDR-CDU als sozialistische Partei kann man diskutieren. Sie war es jedenfalls auf dem Papier, ich habe es geglaubt, und ich schäme mich heute noch für den massenhaften Verrat meiner „Unionsfreunde“ an der Satzung der eigenen Partei und am sozialistischen Vaterland. Auf der anderen Seite bin ich stolz darauf, damals im Hauptvorstand der CDU der einzige gewesen zu sein, der gegen die politische Kehrtwende gestimmt hat, was der eigenen Parteipresse dann auch noch eine höhnische Glosse wert war. Im Januar 1990 endete meine CDU-Mitgliedschaft. Im Besitz der Erfahrung aus jahrelanger

„kameradschaftliche Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse als der führenden Kraft der sozialistischen Gesellschaft“ war in der Satzung der DDR-CDU festgeschrieben. Dafür bestanden drei Gründe: ein politischer, denn die SED war die bei weitem mitgliederstärkste Partei; ein historischer, denn die SED war als Partei der Arbeiterklasse am engsten mit der materiellen Produktion und der Entwicklung der Produktivkräfte verbunden; ein moralischer, denn Kommunisten und Sozialisten hatten von allen politischen Lagern am stärksten unter der faschistischen Diktatur zu leiden gehabt. Eine allein herrschende Partei gab es jedenfalls in der DDR nicht. Die Diktatur der Mehrheit über eine Minderheit wurde gemeinsam ausgeübt. Sozialistische Politik in der DDR läßt sich nicht auf die Parteipolitik der SED reduzieren, die übrigens wie die der anderen Parteien auch in verschiedenen Bereichen ihre unverwechselbare Spezifik besaß. Offensichtlich haben die PDS-Programmverfasser in einer anderen DDR gelebt. Oder sie haben als Mitglieder der SED nicht vermocht, über den Tellerrand der eigenen Partei mit sicherlich auch eigenen Problemen hinaus das große Ganze zu sehen, wobei ich Umfang und Art solcher Probleme weder beurteilen kann noch möchte. Ich lasse mir jedenfalls meinen Anteil an der Volksherrschaft in der DDR, die sicherlich längst noch nicht vollkommen war, und an der kameradschaftlichen Zusammenarbeit im Bündnis von niemandem nehmen, auch nicht vom eigenen Parteiprogramm (ich bin seit

eigentlich gelebt haben. Außerdem sollte nicht vergessen werden, daß gerade von den meisten und insbesondere den großen Kirchen und Religionsgemeinschaften seit Beginn eine mehr oder weniger ausgeprägt konfrontative Haltung gegenüber einer sozialistischen Entwicklung im Osten Deutschlands ausgegangen ist. Daran konnten auch gemeinsame Erfahrungen aus dem antifaschistischen Widerstandskampf nichts ändern, die damals religiöse und nichtreligiöse Menschen verbanden. Das hat schließlich dazu geführt, daß nicht wenige Gegner des Sozialismus und der DDR ihre Position religiös zu verbrämen suchten und dabei auch häufig die Unterstützung entsprechender Kreise und Körperschaften fanden, ja sogar auch von dort angestiftet wurden, wie ich aus eigenem Erleben weiß.

Aber das steht auf einem anderen Blatt und wäre Thema für eine ganz andere Diskussion, bei der man auch beachten müßte, daß die seit dem römischen Kaiser Konstantin für Europa typische Bindung christlicher Kirchen an Staaten, die Machtinstrument jeweils herrschender Klassen waren, dafür gesorgt hat, daß Kirchen und Religionsgemeinschaften über Jahrhunderte ganz selbstverständlich reaktionäre Positionen bezogen haben. Das war das Verdienst „religiöser“ Führer und Politiker, die Exponenten ihrer Klassen waren, aber nicht Ergebnis der dazu mißbrauchten Religion. Natürlich hat das immer wieder auch zu Irritationen, Mißtrauen und Überspitzungen geführt, sowohl bei Mitgliedern fortschrittlicher Strömungen aller Epochen bis hin zur organisierten Arbeiterbewegung, als auch bei vielen einfachen Gliedern der Kirchen.

Staatliche Maßnahmen in der DDR haben sich nie gegen die Religion selbst gerichtet, auch das wäre verfassungswidrig gewesen, wohl aber gegen Leute, die die Religion und religiöse Gefühle anderer für antisozialistische Machenschaften mißbraucht haben. Wenn die ehemaligen und heutigen Gegner der DDR, zu denen jetzt offensichtlich auch etliche Mitglieder der PDS-Spitze gehören möchten, anderes behaupten, dann ist das nicht die Wahrheit.

Zum Abschluß ein Zitat aus einem Beschluß der Synode des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR vom Frühjahr des Umsturzjahres 1989: „So ist der Sozialismus doch die friedvollere und sozial gerechtere Perspektive unserer Gesellschaft.“ Vielleicht ist auch das ein Ergebnis sozialistischer Kirchenpolitik, die nicht in konfrontativem Denken befangen war.

Ich werde nun wohl innerhalb von 15 Jahren zum zweiten Mal eine Partei verlassen, in die ich einstmals mit Zuversicht und Optimismus eintrat. Manches von dem, was ich nun in der PDS erlebe, kommt mir seltsam vertraut vor. Es geschieht nur nicht so plötzlich wie beim ersten Mal.

Wolfgang Mäder, Neubrandenburg

Martin Luther

Reformator und Rebell
Biografie
von Wolfgang Landgraf

Verlag Neues Leben Berlin

block- und bündnispolitischer Arbeit kann ich mich natürlich überhaupt nicht mit der sektiererischen Anmaßung im neuen PDS-Programm abfinden, die SED sei in der DDR „die herrschende Partei“ gewesen. Das widerspricht der Verfassung der DDR und der damals täglich erlebten politischen Praxis. Die mit der SED befreundeten Parteien waren bekanntlich in den Volksvertretungen aller Ebenen als Koalitionäre, um bei den heute üblichen Begriffen zu bleiben, ebenso wie in den entsprechenden Organen der Exekutive vertreten und haben dort prächtig mitregiert. Eins waren sie nicht, was heute von gewissen Leuten insbesondere gegen der DDR-CDU angedichtet wird: Oppositionsparteien in der DDR. Wir haben alle an einem Strang gezogen. Sicher war dabei die SED die führende Kraft; dazu gab es eine von allen Seiten freiwillige, auf die antifaschistischen und auf die Gestaltung eines besseren Deutschland gerichteten Positionen bei der Gründung aller dieser Parteien aufbauende Übereinkunft. Die

10 Jahren Mitglied der PDS), und schon gar nicht auf dem Wege der Geschichtsfälschung.

Es gibt einen weiteren Aspekt im neuen Programm, den ich ähnlich beurteile, denn es ist auch historisch falsch, wenn dort unter der Zwischenüberschrift „Religionsgemeinschaften“ behauptet wird, daß „sozialistische Politik in der Vergangenheit in konfrontativem Denken befangen war“. Ausgeprägt antireligiöse Erwartungen hatte sicher die SED gegenüber ihren Mitgliedern, aber das ist eine ihrer ganz spezifischen Eigenheiten gewesen, von denen eben die Rede war, und keinesfalls ein Merkmal sozialistischer Staatspolitik in der DDR. Die SED war auch stets bereit, mit religiösen Partnern intensiv und auf allen Ebenen zusammenzuarbeiten, wenn diese Kooperation gemeinsame Ziele und Anliegen zum Inhalt hatte, beispielsweise im Rahmen der Nationalen Front. Auch hier stellt sich zwangsläufig die Frage, wo denn die Väter des neuen PDS-Programms

Über den Schöpfer des „Mamlock“ und der „Matrosen von Cattaro“

Viele unter uns – wenn sie in der DDR aufgewachsen sind – werden sich der zum festen Bestandteil des Literatur-Deutsch-Unterrichts gehörenden „Matrosen von Cattaro“ erinnern. Getreu dem Goethe-Satz „Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen“ hatte es der Arbeiter- und Bauern-Staat zum humanistischen Grundprinzip erhoben, Erziehung und Bildung als Einheit zu praktizieren.

Friedrich Wolfs Schaffen war dafür besonders geeignet. Kaum ein anderer vermochte sich aus eigenem Erleben so verantwortungsbewußt diesen Zwecken zu widmen und damit zugleich einen bleibenden Beitrag für die Entwicklung proletarischer Kunst zu leisten. Mehr denn je gibt uns heute Wolfs Dramatik angesichts der Restauration kapitalistischer Verhältnisse. Das gilt für das 1929 geschriebene und 1930 als Film gestaltete Schauspiel „Cyankali“, das den Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen 218 zur schonungslosen Enthüllung des Kapitalismus ausweitet, genauso wie für das Revolutionsstück „Matrosen von Cattaro“.

Erinnern wollen wir uns vor allen auch an „Professor Mamlock“. Dieses Stück schrieb Friedrich Wolf 1933 in der Schweiz und in Frankreich. Meisterhaft gestaltete er hier die Verhältnisse unter den zur Macht gelangten Faschisten. Anhand des Schicksals seines Protagonisten macht Wolf deutlich, daß es kein unpolitisches Verhalten, keine ärztliche Kunst außerhalb der gesellschaftlichen Zustände gibt. Der Jude Mamlock, stellvertretend für viele Intellektuelle, gelangt zu spät zu der Erkenntnis, daß der Faschismus keine vorübergehende, sich quasi selbst erledigende Erscheinung ist. Das von der DEFA unter der Regie seines Sohnes Konrad Wolf und mit Wolfgang Heinz in der Hauptrolle verfilmte Drama setzt künstlerisch wie weltanschaulich unvergängliche Momente und dem Schaffen Friedrich Wolfs gemäße Ansprüche. Übrigens hatte der 1961 gedrehte Film bereits ein großes Vorbild. Wolf selbst arbeitete 1938 an der sowjetischen Verfilmung von „Professor Mamlock“ mit.

Uns in Erinnerung bleibt der DEFA-Streifen „Der Rat der Götter“. Auch hier spricht der Arzt und Wissenschaftler zu uns. Als immerwährendes Thema stellt er die Verantwortung des Forschers dar, der unter kapitalistischen Bedingungen in das allein dem Profit dienende und auf Zerstörung zielende System eingebunden ist.

Noch eine andere Seite von Wolfs literarischem Wirken möchte ich nicht unerwähnt lassen. Es sind dies die „Tiergeschichten für große und kleine Kinder“. Wer erinnert sich nicht an die „Weihnachtsgans Auguste“? Auch hier setzte der Film dem Schriftsteller ein kleines Denkmal.

Schließlich hat uns Wolf dank seiner geschichtlichen Bildung auch die Traditionen des Kampfes der unterdrückten Bauern als treibendes Element mittelalterlicher Entwicklungen vor Augen geführt. Sein Schauspiel „Thomas Münzer“ steht dafür. Die Uraufführung am Deutschen Theater Berlin fand am 23. Dezember 1953 statt. Es war der 65. Geburtstag Friedrich Wolfs, den er nicht mehr erlebte. Er starb am 5. Oktober des gleichen Jahres.

Einige Stationen dieses bewegten Lebens seien in aller Knappheit nachgezeichnet. Am 10. November 1918 wurde Friedrich Wolf als Delegierter sämtlicher Dresdner Lazarette in den Zentralen Arbeiter- und Soldatenrat Sachsens und dessen Exekutive gewählt. Sein politisches Reifen führte ihn von der USPD 1928 zur KPD. Hierzu gehören sein Debut als Dramatiker mit einem expressionistischen Stück, die Tätigkeit als Landarzt in Remscheid und sein Einsatz als militärischer Führer 1923 im Ruhr-Kampf.

Friedrich Wolf nimmt und gibt. Von bürgerlichen Moralvorstellungen weit entfernt, bereichert seine Liebe zur Natur, zu den jeweiligen Lebensgefährtinnen und zu seinen sieben Kindern das Schaffen des Autors. Seit 1928 gehört er dem Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller, dem Arbeiter-Radio-Bund und dem Arbeiter-Theater-Bund an. Er zählt auch zu den Mitbegründern des Volksfilmverbandes. Programmatischen Charakter trägt seine Rede „Kunst ist Waffe“ (1928). Sie ist von der Erkenntnis durchdrungen, daß die historische Mission der Arbeiterklasse nur erfolgreich sein wird, wenn sie alle Mittel der Kunst umfassend wahrnimmt.

Auch für Friedrich Wolf beginnt ab 1933 der lange Weg des Exils. Die UdSSR wird ihm und seiner Familie zur zweiten Heimat. Vortragsreisen führen den Schriftsteller nach Amerika und Skandinavien.

1938 will Wolf nach Spanien, muß aber in Frankreich bleiben, weil die Internationalen Brigaden gerade aufgelöst worden sind. Dort wird er 1939 verhaftet und in Le Vernet und Les Milles interniert. Im Frühjahr 1941 kann er der Auslieferung nach Deutschland dank der Verleihung der sowjetischen Staatsbürgerschaft entgehen. Nun widmet sich Wolf in der UdSSR der Rundfunkarbeit gegen den Faschismus. Er verfaßt Aufrufe und Flugblätter, wirkt als Propagandist an der Front und gehört 1943 zu den Mitbegründern des Nationalkomitees Freies Deutschland.

Im September 1945 kehrt Friedrich Wolf nach Berlin zurück. Er engagiert sich beim Aufbau des demokratischen Rundfunks, des Theater-, Film- und Verlagswesens. Er gestaltet eigene Stücke für den Funk, hält Vorträge, schreibt Artikel und Essays, ist Mitbegründer der DEFA und des Bundes Deutscher Volksbühnen, 1948 wird er dessen Vorsitzender. Er ist auch Herausgeber der Zeitschrift „Volk und Kunst“.

1950 bis 1951 geht Wolf als Botschafter der DDR nach Warschau und ist anschließend bis 1952 der 1. Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft.

Wolf wird 1950 Mitglied der Deutschen Akademie der Künste und Vorstandsmitglied des Deutschen Schriftstellerverbandes.

Sein Wirken fand in der DDR u. a. auch durch die Herausgabe seiner Gesammelten Werke in 16 Bänden (Berlin 1960–1968, Hrsg. W. Pollatschek) die entsprechende Würdigung. Großer Popularität erfreute sich das ihm gewidmete „Lesebuch“ aus der von Walther Victor begründeten großartigen Reihe (Aufbau Verlag, Berlin und Weimar 1981).

E. Rasmus

Arbeiterlyrik 1842–1932

Das ist kein Buch für Bestsellerlisten, keines, mit dem der Buchhändler große Umsätze machen kann. „Arbeiterlyrik 1842–1932“ ist etwas für Kenner und solche, die es werden wollen. Beim schnellen Durchblättern fällt dem Betrachter die großzügige Gestaltung auf. Hervorragende Illustrationen ergänzen die Gedichte. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen hat den Band Heinz Ludwig Arnold. Der Begriff „Arbeiterlyrik“ bezieht sich nicht nur auf Arbeiter als Dichter. So finden beispielsweise auch Heinrich Heine und Erich Mühsam Aufnahme. „Im Lesebuch unserer Gesellschaft kaum zu finden“, überschreibt Arnold sein Nachwort. Da wird niemand widersprechen. Arbeiterliteratur oder gar Arbeiterlyrik waren eben schon immer ungeliebte Stiefkinder des bürgerlichen Kulturbetriebs.

49 Autoren sind mit 203 Gedichten in dem Band vertreten. Im Anhang findet man „Biogramme“ der Verfasser.

Im Nachwort weist der Herausgeber auf unterschiedliche Entwicklungen hin: „So wie sich die Arbeiterbewegung in die reformistische Sozialdemokratie und die revolutionäre kommunistische Bewegung spaltete, so verteilten sich auch die aus ihr stammenden Autoren.“ Das ist richtig. Man mag allerdings bedauern, daß ausgerechnet die kommunistischen Dichter etwas weniger Berücksichtigung finden. Ein kleiner Wermutstropfen, der aber die Begeisterung für dieses Buch kaum schmälern sollte.

B. G.

Arbeiterlyrik 1842–1932. Parthas Verlag, 256 Seiten, 34 Euro

Post aus Hannover

Fast 500 Anrufe und E-Mails, Briefe und Karten mit „RotFuchs“-Bestellungen haben uns nach der Annonce, die wir am 1. November 2003 im ND veröffentlichten, erreicht. Täglich gehen bei uns Reaktionen auf die sofort zugesandten RF-Hefte ein. Besonders bewegt hat uns dieses Schreiben:

Auf meine Bitte um ein Probeheft habt Ihr dankenswerterweise drei „RotFuchs“-Ausgaben geschickt. Sie waren ein Geschenk, fast eine Offenbarung: Nach der opportunistischen Beliebigkeit des ND, nach der zwar redlichen, jedoch sektiererisch-selbstgenügsamen Eigenbrötelei der UZ endlich die klare, offene, mutige Sprache authentisch marxistisch-leninistischer Publizisten, die sich weder durch die zeitweiligen Erfolge der Konterrevolution entmutigen noch durch den marktbeherrschenden Neoliberalismus verführen lassen! Endlich eine Publikation, die marxistische Grundbegriffe wie Klassenkampf, Kapitalismus, Imperialismus, sozialistische Revolution nicht schamhaft vermeidet, die den Klassenfeind nicht zum „Sozialpartner“, reaktionären Sozialabbau nicht zur „Sicherung des Sozialstaats“, imperialistische Eroberungskriege nicht zur „Friedenssicherung“ umdeutet! Und endlich ein Plädoyer aufrechter Sozialisten, die unbeirrt von Diffamierungen und Geschichtsfälschungen daran festhalten, daß die DDR trotz aller Mängel und Fehler ein Land des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit war, der fortschrittlichste Staat der deutschen Geschichte!

Ich bedauere nur, daß ich den „RotFuchs“ erst jetzt, mit jahrelanger Verzögerung, bewußt zur Kenntnis genommen habe. Für alle bisher geleistete Arbeit gebührt den Herausgebern und Mitarbeitern respektvoller Dank. Ich bitte Euch herzlich, meine Anschrift in Eure Versandkartei aufzunehmen, und werde versuchen, Eure Arbeit in freundschaftlicher Solidarität zu fördern, soweit Alter (74 Jahre) und karge materielle Existenzbedingungen dies zulassen.

Ich bin bereits im Frühjahr 1961 aus der SPD ausgetreten, deren Führung auch damals schon korrupt und prinzipienlos war. Ich habe mich seitdem immer wieder zu dieser rechtzeitigen Entscheidung beglückwünschen können, die mir viel Gesinnungsakrobatik und Gewissensnot, viel Würgen und Kotzen erspart hat. Erst mit der Abwendung von der SPD gewann ich die Freiheit, politisch im Einklang mit den historischen Notwendigkeiten handeln zu können. Heute stehen Zehntausende von SPD-Mitgliedern angesichts der menschenfeindlichen Politik der Schröder-Clique vor der gleichen schweren Entscheidung.

Gerhard Schröder, dank seinem Karrierismus vom Sohn einer Waschfrau zum Oberbefehlshaber einer gnadenlos manipulierten Sozialdemokratie aufgestiegen, greift allen Wasch- und Putzfrauen der Republik, allen Erwerbslosen, Kranken und Rentnern schamlos in die Taschen, um seinen Freunden in der Großindustrie satte Extraprofite zuschanzen zu können. Er selbst ist von keinem Abbau des gewohnten Lebensstandards bedroht und wird niemals in die üble Lage kommen, auf einem Sozialamt um Unterhaltshilfe bitten zu müssen. Deshalb eine Anregung an die Redakteure aller kommunistischen und sozialistischen Zeitungen: Macht es Euch zur Gewohnheit, hinter den Namen aller

Minister und Parlamentarier regelmäßig in Klammern die Summe ihrer monatlichen Einkünfte zu nennen, damit die Leser ermessen können, aus welcher erhabenen Höhe die Schröder, Ulla Schmidt, Clement, Müntefering und Konsorten, aber auch Merkel und Westerwelle über Gerechtigkeit und soziale Sicherheit reden. Anständige Menschen brauchen die Offenlegung ihrer finanziellen Verhältnisse nicht zu fürchten!

Ich selbst muß nach einem langen Arbeitsleben als linksorientierter Journalist und Mitarbeiter der Friedensbewegung heute von einer Kleinrente leben, die mir durch Schröders Rentenklau im Jahre 2004 abermals um etliche Euro gekürzt werden soll. Aber ich werde niemals zu jenen im Büßerhemd herumschleichenden Renegaten gehören, die sich für eine sozialistische Biographie beim Klassenfeind entschuldigen. Mit Edith Piaf könnte ich jeden Tag singen: Non, je ne regrette rien! Nein, ich bereue nichts!

Es hat wohlwogene Gründe, daß ich gegenwärtig weder der DKP noch gar der PDS als Mitglied angehöre, doch ich hoffe, daß meine Freunde in beiden Parteien mich in Erinnerung an die Jahrzehnte gemeinsamen Kampfes als parteilosen Genossen respektieren. Euch, liebe Genossen beim „RotFuchs“, fühle ich mich jetzt im politischen Denken und Handeln besonders verbunden.

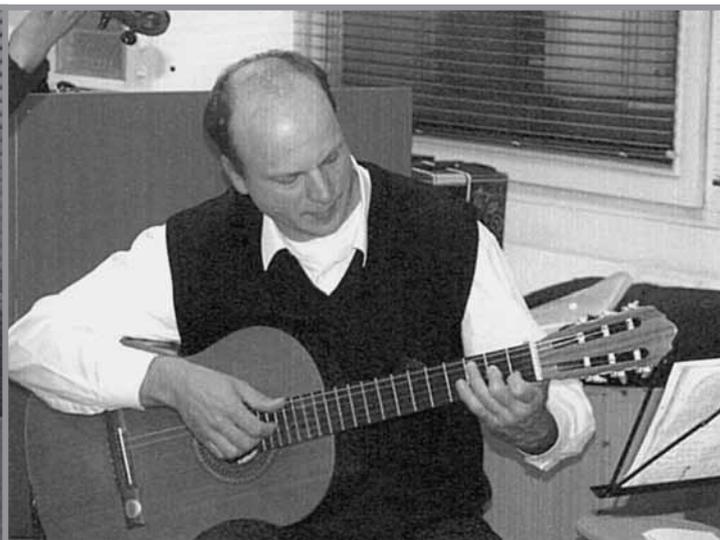
Heinz Jürgen Furian, Hannover

Olga und Wladimir – die Virtuosen aus dem U-Bahn-Tunnel

Sie sind zwei große Künstler der Ukraine. Da die Sowjetunion zerbrochen und ihr Land an den Bettelstab geraten ist, verdienen sie sich ihr Geld unter unwürdigen Bedingungen und in der Fremde. Olga – die junge Violin-Solistin, die das Kiewer Konservatorium absolvierte – und Wladimir – ihr ebenfalls hochbefähigter Partner vom „Duo Karpatika“ – sind dazu gezwun-

gen, in Berliner U-Bahn-Korridoren zu musizieren.

Am 19. Dezember 2003 gastierten die beiden Künstler bei der Berliner Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins im „Blauen Salon“ des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz mit ukrainischen, russischen und sowjetischen Melodien. Sie fanden ein begeistertes Publikum. **R. F.**



Zum 100. Geburtstag des Predigers und Sozialisten Karl Kleinschmidt

Der langjährige Schweriner Domprediger Karl Kleinschmidt spielte als Mitbegründer des Kulturbundes und Mitglied der SED in der frühen DDR-Geschichte eine herausragende Rolle. Wir drucken im folgenden Auszüge aus einer Würdigung des Theologen anlässlich seines 100. Geburtstages.

Der Verfasser ist Prof. Gert Wendelborn aus Rostock. Die Arbeit erschien in der Zeitschrift „Neue Dialoghefte“ 2003/3.

Ich kann mich als Kirchengeschichtler über zwei Perioden des Lebens von Karl Kleinschmidt äußern, durch die er in die deutsche evangelische Kirchengeschichte des 20. Jahrhunderts einging. Es handelt sich um seine Mitarbeit im Landesverband Thüringen der Religiösen Sozialisten, in den er 1926 eintrat, und um die Tätigkeit als Chefredakteur des Evangelischen Pfarrerberlattes ca. ein Jahrzehnt lang seit Anfang 1959. In beiden Fällen durchbrach er das, was man den kirchlichen Grundkonsens nennen könnte, und er tat es aus gesellschaftlichen Erkenntnissen wie aus seinem Glaubensverständnis.

Welches Erscheinungsbild bot die deutsche evangelische Kirche in der Weimarer Republik? In politischer Hinsicht kann man von vier Gruppierungen sprechen: die umfassendste und einflussreichste war die, die sich viele Jahre um die Deutschnationale Volkspartei scharte ... Hier kritisierte man die junge bürgerliche Demokratie unaufhörlich von rechts und ging in der präfaschistischen Phase weithin auf faschistoide Positionen über ... Die zweite Gruppierung bezeichnet man gern als die der Vernunftsrepublikaner. Auch ihr Herz hing noch am deutschen Kaiserreich, aber sie wußten, daß man die Vergangenheit so nicht wiederherstellen konnte. Es war eine Gruppierung des Übergangs. Manche ihrer Vertreter reiften im Prozeß ihrer Überlegungen und gelangten so in die dritte Gruppierung, die der Überzeugungsdemokraten. Die vierte Gruppierung stand noch links von ihr, war nicht linksliberal, sondern sozialistisch ausgerichtet, zumeist, wenn überhaupt, in der SPD organisiert und erstrebte letztlich, ob auf evolutionärem oder revolutionärem Wege, die Gestaltung einer sozialistischen Demokratie. Zu ihrem revolutionären Flügel gehörte Kleinschmidt, der ... zur Abwehr des Hitlerfaschismus für die Kooperation aller Arbeiterparteien eintrat. Er entstammte nicht der Arbeiterklasse und mußte also anders als ich Klassenverrat üben. (...)

Kleinschmidt führte im antifaschistischen Kampf wie auch sonst oft lebenslänglich eine recht streitbare Feder. An den Chefredakteur des kirchenoffiziösen deutschen Pfarrerberlattes, der sich über den Hitlerfaschismus zwar leicht kritisch, aber auch verständnisvoll äußerte, schrieb er 1930: „Herr D. Wahl! Vielleicht

mitunter als zu stürmische Kampfweise‘ – das ist das härteste Wort der Kritik, das die Nationalsozialisten aus Ihrem Munde zu hören bekommen. ‚Gewalttaten – hundert ermordete Gegner auf dem Gewissen!‘ – das ist die Sprache, in der Sie von Kommunisten reden! Und wenn Rechtsradikale Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ‚umlegen‘, Erzberger ‚erledigen‘ oder Rathenau ‚killen‘ (und sich dessen noch Jahre danach im ‚Völkischen Beobachter‘ rühmen!), wenn sich Nationalsozialisten schützend vor Fememörder stellen, denen das Schwurgericht beschneigen mußte, daß sie aus ‚unmenschlicher Rohheit‘ und ‚aus Mordlust‘ gehandelt haben –, das ist dann ‚Opfermut der nationalsozialistischen Jugend‘, dem Sie Ihre Anerkennung nicht versagen können ...“ (...)

Nach dem Machtantritt der Nazis wurde Kleinschmidt am 31. 4. 1933 in polizeiliche Schutzhaft genommen und vom Landeskirchenrat vorläufig seines Amtes enthoben. Er wurde, noch in Haft, aus dem Landeskirchentag, der Landessynode, ausgeschlossen. Grundlage war das gerade eingeführte „Gesetz über den Marxismus in der Kirche“. (...)

Er fand zeitweise Unterschlupf als Kabarettist in Werner Fincks Katakomben. Ende 1934 wurde er nach längerer Arbeitslosigkeit in den mecklenburgischen Kirchendienst aufgenommen und war seit 1935 Domprediger in Schwerin.

Sofort nach dem Ende der Naziherrschaft und seiner Entlassung aus US-Kriegsgefangenschaft im Juli 1945 wurde er vielfältig aktiv. Von all seinem Engagement bis zum Ende der 60er Jahre greife ich hier nur seine Tätigkeit als Chefredakteur des Evangelischen Pfarrerberlattes heraus. Es wurde herausgegeben vom Bund Evangelischer Pfarrer in der DDR, war aber nicht eigentlich Organ dieses Bundes, weil es alle evangelischen Amtsträger in der DDR ansprechen wollte.

Der Bund war Bestandteil der evangelischen Linken in der DDR, die in den 60er Jahren am einflussreichsten waren. Ich habe sie in dem Buch „Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR“, Bonn 1997 (Herausgeber: Friedrich-Martin Balzer, Christian Stappenbeck) in all ihren Fraktionen in einem eigenen Aufsatz vorgestellt. Da gab es das Alterswerk des Nestors der Religiösen Sozialisten Emil Fuchs, der 1949 in die DDR übersiedelte und noch in hohem Alter Theologieprofessor in Leipzig wurde. Als wir den 97jährigen 1971 zu Grabe trugen, hielt ihm Kleinschmidt die Trauerrede. Da gab es das spezifisch lutherische Handeln des Thüringer Landesbischofs Moritz Mitzenheim. Es gab die Kirchlichen Bruderschaften, so den Weißenseer Arbeitskreis, den ich für theologisch besonders tiefgründig halte, und nun eben auch den Pfarrerbund, in dessen Namen die Betonung auf „in der

DDR“ lag. Seine Mitglieder waren nicht durch eine einheitliche Theologie zusammengehalten, wenn auch die Tradition der Religiösen Sozialisten erheblich einwirkte, sondern dadurch, daß sie sich der Spezifik ihrer neuartigen Umwelt in vollem Maße stellen wollten. (...)

Diese große Aufgabe konnte nur gelingen, wenn die bis 1969 immer noch einheitliche und aus dem Westen geleitete EKD für die ostdeutschen Kirchen zu bestehen aufhörte und diese ein eigenes organisatorisches Dach erhielten, wie dies mit der Gründung des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR dann auch erfolgte, und wenn sich die Kirchen in der DDR auf das Bestehen zweier auf Dauer unabhängiger deutscher Staaten einstellten. Eine weitere Hauptaufgabe sah das Evangelische Pfarrerberlatt in der Propagierung christlicher Friedensverantwortung. Kleinschmidt und ich gehörten zur DDR-Delegation zur I. und II. Allchristlichen Friedensversammlung 1961 und 1964 in Prag, und der Wirksamkeit der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) wurde überhaupt viel Aufmerksamkeit geschenkt ...

Die Zeitschrift suchte Mut zu machen, auf die Zukunftschance des Glaubens auch in einer sich immer mehr säkularisierenden Gesellschaft nach dem Ende des religiösen Zeitalters zu vertrauen. Man wollte sich auf eine bewußte Freiwilligkeitskirche in einer mündig gewordenen Welt einstellen. Auch die Diskussion um das Verhältnis des Glaubens zur Natur-, mehr aber noch zur Gesellschaftswissenschaft war von großer, nichtklerikaler Weite getragen. Die Zeitschrift warb für eine offene Haltung gegenüber den humanen Zügen des sozialistischen Menschenbildes und suchte auch im Streit um die Jugendweihe einen tiefgründigen Kompromiß zu finden. Die Schöpferkraft des Menschen und die Bedeutung der Arbeit wurden gewürdigt. (...)

Mit den Marxisten wollte man keinen bloßen, theoretisch bleibenden Dialog, sondern gedanklich begründete und verantwortete Kooperation im Zeichen humanistischer Gemeinsamkeit, dabei auch ihren kämpferischen Humanismus und die positiven Aspekte einer prometheischen Haltung aufgreifend. Darum wollte man auch die dialogischere Einstellung vieler Marxisten einschließlich Walter Ulbrichts zu Gläubigen seit 1960 aufgreifen und als Chance des gemeinsamen Voranschreitens nutzen. Ulbrichts Gespräch mit Fuchs am 9. 2. 1961 galt dabei als wegweisend, ohne eine ideologische Koexistenz anzustreben und bleibende Unterschiede zu verwischen. (...)

Freundschaftliche Grüße
gehen an unseren
journalistischen Mitstreiter
und Autor

Siegfried Joch

in Plauen

der am 18. Januar 2004
sein 65. Lebensjahr vollendet.

Ein Jahrhundertverbrechen des kaiserlich-deutschen Kolonialismus

Koloniale Strategie

Vor 100 Jahren ereignete sich die brutale Niederschlagung des Herero-Aufstandes 1904 in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, durch kaiserliche Kolonialtruppen. Sie war ein eindeutiger Vernichtungskrieg gegen das einheimische Stammesvolk der Herero, bei dem etwa 70 % seiner Angehörigen ausgerottet wurden. Es wundert deshalb nicht, daß immer wieder von Vertretern der heutigen Herero-Bevölkerung Entschädigungsforderungen an die BRD gestellt werden. Doch bisher ohne Erfolg. 1995 lehnte Bundeskanzler Kohl eine Kompensation ab. Ebenso handelte Bundespräsident Herzog bei seinem Besuch 1998 in Namibia. Er nahm zwar eine Petition der Herero entgegen und befand, daß sich die Deutschen ihnen gegenüber „nicht korrekt verhalten“ hätten (!). Seine Entschädigungsverweigerung begründete er damit, daß damals entsprechende Bedingungen des Völkerrechts zum Schutz der Zivilbevölkerung noch nicht bestanden hätten. (!) Auf der UNO-Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban 2001 entschuldigte sich Außenminister Fischer zwar in allgemeiner Form für Sklaverei und Ausbeutung. Bei seinem erneuten Afrika-Besuch 2003 in Namibia lehnte er jedoch eine Entschuldigung für die Verbrechen der deutschen Kolonialpolitik mit den Worten ab, er könne „keine Äußerung vornehmen, die entschädigungsrelevant wäre“.

Der deutsche Außenminister habe sich und seine Regierung gründlich blamiert, konterte Herero-Führer Kuaimo Riruako, der sich 2003 mit einer Delegation nach Berlin begab und dort erneut eine Forderung auf Entschädigung erhob. Er kündigte an, die Deutsche Bank und die Reederei Deutsche Afrika-Linie wegen Versklavung, Völkermord und Raub vor einem US-Bundesgericht in Washington auf 2 Mrd. Dollar zu verklagen. Dort gebe es Chancen, denn „wir gehen ja den selben Weg wie die Juden. Der Genozid an unserem Volk war ein Vorreiter des Holocaust“.

Der Aufstand des Herero-Volkes und seine blutige Niederschlagung durch deutsche Schutztruppen in Südwestafrika beschäftigt Historiker seit den Tagen dieses Völkermordes. Jüngste Veröffentlichungen, die dem Internet entnommen werden konnten, sind die Arbeiten der Afrika-Experten Heiko Möhle („Pardon wird nicht gegeben. Profiteure der Vernichtung im deutschen Kolonialismus“) und Dirk Eckert („Nachspiel für ersten deutschen Vernichtungskrieg“), die sich auf gründliches Studium archivarischen Materials stützen und daher ein glaubhaftes Bild der Ereignisse und ihrer Hintergründe vermitteln. Die beiden Historiker gehen davon aus, daß der Aufstand der Herero als direkte Antwort auf die koloniale Unterdrückungspolitik des deutschen Kaiserreiches zu werten ist. Bei der Neuaufteilung der Welt durch die imperialistischen Großmächte

fast zu spät gekommen, begann es schon unter Bismarck seine koloniale Expansion, die sich im letzten Jahrzehnt des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts voll durchsetzte. Durch „Übereinkommen“, „Absprachen“ über Interessengebiete mit anderen Kolonialmächten, aber auch durch handstreichartige Aktionen eignete sich Deutschland Gebiete fremder Völker an, was zur Bildung der „Besitzungen“ Deutsch-Südwestafrika, Deutsch-Ostafrika, Kamerun, Togo und Kiautschou in China führte.

Die Okkupation namibischen Gebiets der Stammesgruppen der Herero und Nama vollzieht sich zunächst fast unbemerkt, als der Bremer Kaufmann Adolph Lüderitz 1884 vom Nama-Häuptling Josef Fredericks das Gebiet der heutigen Lüderitzburg erwirbt. Hauptmann Curt von Francois erobert 1891 mit seinen Truppen Windhoek, das im gleichen Jahr Sitz der deutschen Verwaltung des südwestafrikanischen Landes wird.

Ab 1893 kommen die ersten weißen Siedler ins Land. Mit der Aufnahme des Schiffsverkehrs durch die Woermann-Linie sowie dem Bau der Eisenbahnverbindung zwischen Windhoek und der Hafenstadt Swakopmund Ende der 90er Jahre setzt ein regelrechter Ansturm Deutscher auf das Land der Herero ein. Zwischen den Siedlern, die oft zugleich Händler sind, und den viehzüchtenden Einheimischen kommt es zu Konflikten. Die Herero werden durch willkürliche Warenpreise geprellt und ihres Viehbestandes beraubt. Nicht selten wenden die Weißen Gewalt an. Zwischen 1898 und 1902 büßt der Stamm die Hälfte seines Viehbestandes ein und verliert damit einen großen Teil seiner Lebensgrundlage.

Die Auseinandersetzung verschärft sich, als die Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft (OMEG) auf den Plan tritt. 1900 gegründet, betreibt sie den Abbau großer Kupfervorkommen am Nordrand des Herero-Gebiets. Der Abtransport des Erzes geht mitten durch dieses. Die Einheimischen werden gezwungen, große Territorien abzutreten und der OMEG unentgeltlich die Wasserrechte zu überlassen. Die Rekrutierung der schwarzen Bevölkerung zum Bahnbau bei Niedrigstlöhnen und unerträglichen körperlichen Strapazen bringt

das Faß zum Überlaufen. Am 1. Januar 1904 beginnt unter Führung des Häuptlings Samuel Makerero ein Aufstand, der in kurzer Zeit auf das gesamte Gebiet von Deutsch-Südwestafrika übergreift.

Die Erhebung kommt überraschend und bringt die etwa 800 Mann starke deutsche Schutztruppe in arge Bedrängnis. Eiligst werden Verstärkungen aus Deutschland herangeführt. Doch trotz ihrer technischen Überlegenheit bringt das kaiserliche Militär die Situation nicht unter Kontrolle. Die militärische Lage verbessert sich erst zu ihren Gunsten, als General Lothar von Trotha, der in China bei der Niederschlagung des sogenannten Boxeraufstandes und entsprechenden Operationen in Ostafrika Erfahrungen gesammelt hat, das Kommando übernimmt. Nun wird der Krieg gegen die Herero zu einem regelrechten Vernichtungsfeldzug. Trothas Truppen kesseln sie in der wasserlosen Wüste Omaheke ein, wo Tausende verdursten. „Das Strafgericht hatte sein Ende gefunden. Die Herero hatten aufgehört, ein selbständiger Volksstamm zu sein.“ Dieses Zitat stammt aus einem deutschen Generalstabswerk, das Möhle einem Buch von W. Scheel (Deutschlands Kolonien, Berlin 1912) entnommen hat.

Ab Mitte August 1904 ist der Herero-Krieg für die deutsche Kolonialmacht mit der Schlacht am Waterberg im wesentlichen beendet. Trotha erläßt nun einen Aufruf an das Herero-Volk, in dem die gnadenlose Abrechnung mit den Aufständischen proklamiert wird. „Die Herero sind nicht mehr deutsche Untertanen“, verkündet er. „Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero, mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh, erschossen. Ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schießen.“ Die Überlebenden werden in Konzentrationslager an der kalten und feuchten Atlantikküste gebracht, wo sie im ungewohnten Klima zugrunde gehen.

Das Fazit: Von 60000 bis 80000 geschätzten Herero leben 1906 nur noch etwa 16000. Eine Zahl, die alles über den Vernichtungskrieg des imperialistischen Deutschlands gegen dieses afrikanische Volk aussagt.

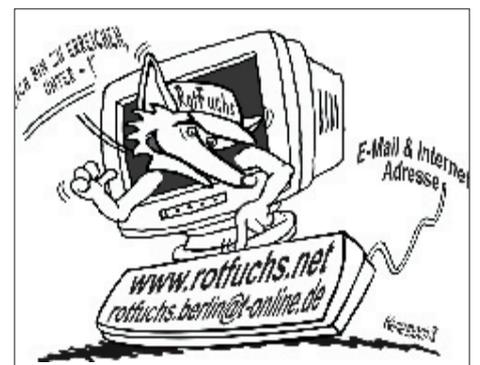
Dr. Rudolf Dix

Unser Autor war u. a. Lehrer an Partei-schulen der SED.

Unser Layouter, Genosse

Egon Schanker

hat eine schwere Operation hinter sich. Redaktion und Verein wünschen ihm gute Genesung und die bestmögliche Wiederherstellung seiner Gesundheit.



Frische Eindrücke von einer Reise nach China

Der Aufenthalt mit einer Touristengruppe des Reisebüros TuK International im Oktober 2003 war wiederum ein besonderes Erlebnis. Wenn man im Alltag in Deutschland doch recht wenig über die Dinge in China erfährt, spürt man bei einem Besuch in diesem Land nicht nur visuell enorme Veränderungen, sondern es geschehen täglich auch Dinge, von denen man üblicherweise nichts hört. Während einer Zugfahrt von Nanjing nach Shanghai sahen wir eine im Bau befindliche Brückenkonstruktion über den Changjiang, die nach Fertigstellung eine 36 km lange Verbindung zwischen dem nördlichen und dem südlichen Gebiet dieses Stromes bildet. In den Abendnachrichten des Fernsehens wurde über die Einweihung einer ersten chinesischen Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Qinghuangdao und Shenyang mit über 400 km Länge berichtet, auf der die Züge mit mehr als 200 km/h Durchschnittsgeschwindigkeit verkehren. Die in Deutschland medienräftige 36 km lange Strecke des Transrapid in Shanghai hat ihren Platz, aber eben nur einen Platz in der infrastrukturellen Entwicklung des Landes.

Es sind erst wenige Monate seit dem XVI. Parteitag der KP Chinas im November 2002 und der Tagung des Nationalen Volkskongresses im März 2003 vergangen. Die auf diesen beiden Beratungen neu gewählte Partei- und Staatsführung mit Hu Jintao als Generalsekretär des ZK der KP und Präsident der Volksrepublik und Wen Jiabao als Ministerpräsident hat für ihre erste Amtsperiode von der chinesischen Öffentlichkeit gute Noten erhalten. Die neue Partei- und Staatsführung hat die zentralen innenpolitischen Fragen, die Lösung sozialer Probleme und die strategischen Themen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit gestellt.

Ein chinesischer Gesellschaftswissenschaftler äußerte in einem Gespräch zur Fragestellung aus unserer Reisegruppe über das Schicksal des Sozialismus nach der Konterrevolution in der UdSSR und den europäischen sozialistischen Ländern, daß trotz dieses großen Rückschlags der Sozialismus nicht besiegt worden sei. Er entwickle sich in China und anderen Ländern und bilde das ideologische und politische Grundprinzip starker Kräfte und Organisationen in aller Welt. Nicht zuletzt sei er Alternative zum gegenwärtig vorherrschenden kapitalistischen System. Das wurde auf unserer Reise auch bei den Besuchen in der Gründungsstätte der KP Chinas in Shanghai, der Gedenkstätte für die Märtyrer der Revolution in Nanjing und an dem liebevoll gepflegten und von vielen Menschen besuchten Marx-Engels-Denkmal in Shanghai bestätigt.

Auf der 3. Tagung des Zentralkomitees, die während unseres Besuchs stattfand, wurde ein Dokument über die Vervollständigung

des Systems der sozialistischen Marktwirtschaft in China verabschiedet. Darin wird auf die weitere Förderung und rechtliche Absicherung der nicht zum Gemeineigentum gehörenden Teile der Wirtschaft orientiert. Das sozialistische Gemeineigentum bleibt unverändert Hauptbestandteil der Wirtschaft, es ist weiter zu festigen und zu entwickeln. Die führende Rolle der staatlichen Wirtschaft soll stärker durchgesetzt werden. In diesem Dokument werden die Erfahrungen der bisherigen Entwicklung des sozialistischen Wirtschaftssystems in der Anfangsphase des Sozialismus zusammengefaßt und die nächsten Schritte hinsichtlich der Ausgestaltung der verschiedenen Eigentumsformen, der Wirtschaft auf dem Lande, des Marktes, der makroökonomischen Steuerung durch die Zentrale, der Geld- und Finanzpolitik, der Außenwirtschaftskonzeption, der Arbeitsbeschaffung, der Verteilung und sozialen Sicherungssysteme, der Entwicklung auf den Gebieten Wissenschaft und Technik, der Kultur und des Gesundheitswesens, der Verwaltung und staatlichen Leitung, der Vervollständigung des Systems der Wirtschaftsgesetzgebung und der Verstärkung und Verbesserung der Führung durch die Partei behandelt. Im Bereich der internationalen ökonomischen Beziehungen wird besonders auf die Gewährleistung der „wirtschaftlichen Sicherheit“ des Landes und auf die Entwicklung starker Wirtschaftsunternehmen mit großer Konkurrenzkraft auf dem Weltmarkt orientiert. Aus der Fülle der Ereignisse sei noch eine gemeinsame theoretische Konferenz des ZK der KP Chinas und des ZK der KP Vietnams zum Thema „Sozialismus und Markt“ erwähnt, die in diesen Tagen stattfand. Fragen der sozialistischen Entwicklung wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet, auch in der Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder, obwohl in den kapitalistischen Staaten davon wenig Notiz genommen wird.

Zu dem herausragendsten Ereignis unserer Reise wurde der Flug des ersten chinesischen Weltraumbezwingers Yang Liwei am 15. und 16. Oktober. Mit besonderem Interesse verfolgte ein Teilnehmer unserer Reisegruppe, der mit Sigmund Jähn gut bekannt ist, diesen Vorgang. Seine Kommentare überzeugten uns noch mehr von der großen Leistung der chinesischen Raumfahrt. Es ist ein bedeutender Schritt auf dem Weg des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der VR China, der auch dadurch nicht herabgemindert werden kann, daß die „jungeWelt“ am 16. 10. 2003 behauptete, „dazu bedurfte es der Einführung des Turbokapitalismus“, die „Volksrepublik China gilt als dynamischste – kapitalistische – Wachstumsregion der Erde“. Können wir es uns wirklich nicht mehr vorstellen, daß ein Staat auf

dem Weg des Sozialismus in der Lage ist, wissenschaftlich-technische Höchstleistungen zu vollbringen? Traut man Fortschritt nur dem „Turbokapitalismus“ zu oder sollte man solche Dinge überhaupt sein lassen?

Zu unserem Besuchsprogramm gehörten neben der Großen Mauer, dem Kaiserpalast in Beijing, der Terrakottafiguren-Ausgrabung in Xian, dem Mausoleum Sun Yatsens in Nanjing oder einer Fahrt auf dem Li Fluss auch von deutschen Touristen kaum besuchte Orte wie die Gedenkstätte für die Opfer des Japanischen Massakers 1937 in Nanjing (s. auch RF Februar 2002). In den sechs Wochen nach der Besetzung der damaligen chinesischen Hauptstadt Ende 1937 haben die japanischen Aggressoren allein in dieser Stadt über 300 000 Menschen ermordet. Einige Hauptverantwortliche dieses fürchterlichen Kriegsverbrechens wurden nach dem Ende des II. Weltkrieges vom Internationalen Tribunal zum Tode verurteilt. Wenn heute Tokioter Politiker im Yasukuni-Schrein japanische „Kriegstote“ ehren, so gilt dieses „Zeremoniell“ nicht zuletzt den damals hingerichteten Kriegsverbrechern.

Im August 2003 stießen Bauarbeiter in der nordchinesischen Stadt Qiqihar auf unbekannte Metallbehälter. Diese enthielten Senfgas und gehörten zu dem bis heute nicht beseitigtem Arsenal von den Japanern zurückgelassener chemischer Waffen. Mehrere Arbeiter wurden tödlich und weitere schwer verletzt. Etliche tausend Tonnen solcher Massenvernichtungsmittel lagern noch in China. Obwohl Japan auch vertraglich verpflichtet ist, diese zu entfernen, ist das Problem bis heute nicht aus der Welt geschafft.

Unsere Reisegruppe gehörte zu jenen, die zahlreiche Gelegenheiten nutzte, Neues über das Land zu erfahren. Wir wurden auch damit konfrontiert, daß deutsche Politiker ihre Reisen nach China zu Versuchen nutzen, sich in die inneren Angelegenheiten der VR einzumischen. Nicht anders kann das Auftreten von Herrn Rau Ende September 2003 vor chinesischen Studenten beurteilt werden. Er verlangte „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte“, wofür „wir Deutsche weltweit“ eintreten. Waren damit etwa die Zustände in Deutschland gemeint? Und weiter: China „könne nicht dauerhaft mit einer autoritären Politik gut regiert werden“. Erläuternd wurde hinzugefügt: Fehlende Gewaltenteilung und die Herrschaft der KP werde es wohl auf unabsehbare Zeit in China geben, „da liegt noch eine lange Strecke vor uns“. Damit wurde schon sehr deutlich gemacht, worum es geht. Es sei hier nur erwähnt, daß es niemandem gut zu Gesicht steht, anderen vorschreiben zu wollen, wie sie ihre Dinge regeln.

Rolf Berthold

Obwohl Karl Marx nie Salsa getanzt hat

Cuba libre heißt das bekannteste Getränk der Karibikinsel. Der darin enthaltene Havana-Rum stimuliert freundschaftliches Beieinander und regt die Lebensfreude an. Sein Name steht zugleich für den Willen eines Volkes, das sich seinen Weg selbstbewußt gewählt hat: „Freies Cuba!“ Auf den Geschmack gekommen sind wir dank dieser Zeitung. Denn der „RotFuchs“ ist nicht nur eine nützliche Plattform zur Verständigung von Kommunisten und Sozialisten, er liefert auch Anregungen zu konkreter Welt-Anschauung. Ich gehörte mit meiner Frau zu denen, die der Anzeige des Reisebüro TuK folgten und das freie Cuba in der zweiten Oktoberhälfte bereisten. Ehe ich zu schwärmen beginne, will ich auf den Kern der Dinge zu sprechen kommen. Dieses Land befindet sich in einem Krieg auf Leben und Tod, einem permanenten Wirtschaftskrieg, der auf seinem Territorium und auf dem Rücken seiner Bewohner ausgetragen wird. Die Spuren davon sind unübersehbar und allenthalben anzutreffen: stillgelegte Zuckerfabriken, die verfallen; Eisenbahngleise, die sich verrostet durch die Landschaft ziehen, weil der Zuckerrohranbau stark reduziert werden mußte; begonnene Autobahn-Trassen, die unvermittelt in schlecht geflickte Landstraßen übergehen; junge, gut ausgebildete Männer, die sich mit selbst zusammengebauten abenteuerlichen Fahrrad-Rikschas die begehrten Dollars als Touristentransporteur verdienen; die verfallende Bausubstanz in den Innenbereichen der großen Städte. Das sind nur einige der Folgeerscheinungen jenes Würgegriffs, mit dem die Yankees das gehaßte System zum Kollaps bringen möchten ...

Aber die Cubaner lassen nicht von dem, woraus sie ihre Kraft schöpfen: der Selbstbestimmung, den Gang der Dinge nach ihrem Willen weiterzutreiben. Das äußert sich darin, daß sie die plötzliche hohe Arbeitslosigkeit, die nach 1990 eingetreten war, inzwischen wieder auf etwa 3 % abgesenkt haben. Zuckerarbeiter wurden nach einer Umschulung in andere Fabrikationszweige umgelenkt oder nahmen ein Fach- oder Hochschulstudium auf. Belegschaften vieler Betriebe, deren Produktion reduziert werden mußte, legten in ihrem Umfeld landwirtschaftliche Plantagen an, auf denen Reis, Kaffee oder subtropische Früchte gedeihen. Entlang der Atlantikküste entstanden Ölförderanlagen, mit denen ein wachsender Prozentsatz der früheren Ölimporte aus der Sowjetunion ersetzt werden konnte. Weil Cuba eine große Zahl gut ausgebildeter Ärzte z. B. nach Venezuela schickte, kann es durch Öleinfuhren von dort seine Energiebasis verbessern. Übrigens gibt es bereits patentierte Verfahren, mit denen Zuckerrohr in Treibstoff umgewandelt werden kann. Oder in Spanplatten für die Möbelherstellung; eine Tüftler-Brigade aus der DDR, als es diese noch gab, hat es vorgemacht.

Vom sozialistischen deutschen Staat wird übrigens nach wie vor mit größter Hochachtung gesprochen. Das liegt nicht nur an dem weiter bestehenden Lehrlingsausbildungszentrum „Ernesto Thaelmann“, sondern auch an den vielfäl-

tigen Erfahrungen, die eine inzwischen herangewachsene Generation von Facharbeitern, Technikern und Akademikern mit diesem Land machen konnte. „Isch hobe in Gormorxschtadd Schlosser gelärnd“, offenbarte uns z. B. ein Rikschafahrer mit strahlendem Gesicht, als er uns bei einem Bummel durch Camagüey seine Dienste anbot.

Unser Bus war ein Mercedes-Typ, von dem die Cubaner etliche selbst zusammenbauen, weil ihnen die Direkteinfuhr durch die US-Handelsblockade verwehrt wird. So besorgen sie sich die Einzelteile aus verschiedenen Ländern: aus Brasilien Motor und Getriebe, aus Frankreich die Fahrstelle usw. Die Transportfrage gehört nach wie vor zu den schwierigsten der zahllosen Probleme des revolutionären Landes, das sich noch immer in einer Sonderperiode seiner Entwicklung befindet. Ein Sekretär für internationale Beziehungen des ZK der PCC erläuterte uns bereitwillig und ohne jede Scheu die komplizierte Lage des Landes, das bemüht ist, die Revolution zu stabilisieren und voranzubringen und gleichzeitig die Vorteile des internationalen Austausches für sich zu nutzen. „Vorang hat: Wir müssen das Volk gewinnen und behalten, wenn wir ein freies Land bleiben wollen. Nur mit dem Volk kann die Revolution siegreich bleiben.“ Solche und ähnliche Worte über die damit benannte Priorität der Parteiarbeit konnten wir mehrfach hören – neben der ungeschönten Offenlegung der binnen- und außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten Cubas. Wenn man außer manchen Gemeinsamkeiten einen Unterschied zu vergleichbaren Herangehensweisen der SED sucht – hier kann man ihn finden. Gesellschaftlich-politische Tabus will man möglichst vermeiden, und ideologischen Selbstbetrug kann und will man sich nicht leisten. Befragt nach den Schlußfolgerungen aus dem Verschwinden des osteuropäischen Sozialismus sagte er: „Natürlich müssen wir weiter gründlich analysieren, was dazu führte. Aber wir werden nicht die Dummheit begehen, etwa die Fehler der Sowjetunion oder der DDR zu untersuchen, sondern wir wollen herausfinden, was wir selber falsch machen und künftig besser machen müssen.“ Zur Haltung der PCC nach dem distanzierenden Interview der ehemaligen PDS-Vorsitzenden Gabriele Zimmer befragt, meinte er, daß er persönlich diese Erklärung als unsolidarisch und prinzipienlos empfinde; die die Partei aber werde sich dazu nicht äußern. Der noch recht jung wirkende Companero, der uns in einem Tagungsraum des Außenministeriums mit Kaffee und einem Erfrischungs-trunk bewirten ließ, bemerkte gegen Ende des Gesprächs: „Und denkt daran: Alles, was ihr bei uns erlebt – betrachtet es nicht mit deutschen, sondern mit cubanischen

Augen! Übrigens“ – und das sagte er augenzwinkernd – : „Karl Marx hat nie Salsa getanzt ...“

Was den Cubanern Tanzen und Singen, was ihnen Musizieren und Lachen bedeutet, konnten wir auf erfrischende Weise bei unserer Reise erleben. In ihrer ansteckenden Lebensfreude und der Leichtigkeit, mit denen sie ihr gewiß nicht einfaches Leben meistern, schwingt außer latein-amerikanischem „manana“ wohl auch das Selbstbewußtsein eines Volkes mit, das – wieder im Unterschied zu uns Deutschen – auf eine Mehrzahl geglückter Revolutionen und erfolgreicher Befreiungskämpfe zurückblicken kann.

Wer in Cuba, wo Martí und Ché Guevara in hohem Ansehen stehen, die christlichen Märtyrer sucht, trifft auf manche verschlossene oder angegraute Kirche. In Camagüey fanden wir die frisch renovierte Kathedrale offen. Hier konnten wir interessiert feststellen, daß die cubanische Nationalheilige „Caridad del Cobre“ in ihrer Nische von der Nationalflagge umgeben ist. Da flogen plötzlich unsere Gedanken wie im Zeitraffer in unsere DDR-Jahre zurück und erweckten die befremdliche Frage: Was wäre wohl passiert, wenn ein DDR-Pfarrer hinter seinem Altarkruzifix die Fahne mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz aufgestellt hätte ... Nachdem wir solche Betrachtungen belustigt beiseite geschoben hatten, führte uns die aufsicht-habende Kirchenoma voller Stolz in eine Seitenkapelle, wo der Thron zu besichtigen war, auf dem Papst Wojtyla 1998 saß, als er seine erste Messe auf cubanischem Boden zelebrierte. Aus anderen Informationen erfuhren wir, welche Aufwertung und internationale Reputation es dem cubanischen Volk damals einbrachte, als Fidel Castro seinem Gast auf der Plaza de la Revolución mit Hunderttausenden seiner Bürger die Aufwartung machte. So konnten auch wir Protestanten vor derlei Devotionalien wenigstens im Geiste unseren Strohhut ziehen, den wir im Bus gelassen hatten.

Ohne alle Eindrücke unserer vierzehntägigen Rundreise hier ausbreiten zu können: Wir besuchten, sachkundig begleitet vom letzten DDR-Botschafter in Havanna, Heinz Langer, zwei Grundschulen, eine Behinderteneinrichtung, eine Brauerei, ein chirurgisches Krankenhaus und wurden dreimal von Mitgliedern einer Provinzregierung bzw. Vertretern der Kommunistischen Partei zu Informationsgesprächen empfangen. Die mitgebrachten Schreibmaterialien sowie Medikamente für die Klinik wurden mit Dank entgegengenommen. Diese Reise offenbarte uns noch mehr, wie wichtig die weiter wachsende Solidarität mit diesem Volk, mit Cuba libre ist.

Peter Franz, ev.-luth.Theologe

U. S. Postal Service bringt Paul-Robeson-Gedenkmarke heraus

In den USA hat eine seit sechs Jahren geführte Basis-Kampagne ihren erfolgreichen Abschluß gefunden: Der für die Emission von Briefmarken zuständige U. S. Postal Service wird in der Reihe „Black Heritage“ (Schwarzes Erbe) ein Sonder-Postwertzeichen zu Ehren von Paul Robeson herausbringen. Schon 1997 wurde die Forderung danach aus Anlaß des 100. Geburtstages des großen afroamerikanischen Sängers, Schauspielers und Sportmannes erstmals erhoben. Damals lehnten die Behörden das ab – offensichtlich mit Blick auf Robesons langjährige Mitgliedschaft in der KP der USA, die erst nach seinem Tode bekanntgegeben worden war. Auf Initiative von Organisationen der Bürgerrechtsbewegung wurde eine Viertelmillion Unterstützer-Unterschriften gesammelt. Doch jahrelang lautete die stereotype Antwort des U. S. Postal Service, das Gesuch werde „geprüft“. Am 29. September 2003 wurde schließlich auf einer Pressekonferenz in der Columbia University, deren Rechtsfakultät Robeson 1923 absolviert hatte, die Ausgabe der 37-Cent-Sondermarke für Februar 2004 angekündigt. Der frühere New Yorker Bürgermeister David Dinkins, ebenfalls ein Afroamerikaner, erklärte bei dieser Gelegenheit: „Wir dach-

ten nicht, daß sich so etwas je ereignen würde. Jahrelang bekamen wir Marken mit Mickey Mouse und Minnie Mouse, aber keinen Paul Robeson.“ Dinkins bezeichnete den Mann mit der unvergleichlichen Stimme als „Giganten des Kampfes für afroamerikanische Gleichheit und gegen Rassenunterdrückung“. „Wir alle stehen auf den Schultern Paul Robesons“, sagte er.

Für die KP der USA nahm deren stellvertretender Vorsitzender Jarvis Tyner an der Pressekonferenz teil. „Der U. S. Postal Service könnte keinen größeren Amerikaner geehrt haben. Jetzt wird jedes Schulkind etwas über Paul Robeson erfahren“, stellte er mit Genugtuung fest. Der Geehrte habe sich „alle fortgeschrittenen Ideen der Kommunistischen Partei zu eigen gemacht“, fügte Tyner hinzu. „Er spielte eine herausragende Rolle bei der Bezwingung des McCarthyismus.“ Dem Künstler, den man auf die Schwarze Liste gesetzt hatte, war lange Zeit der Auftritt in Funk und Fernsehen verweigert worden. Das USA-Außenministerium stellte ihm keinen Paß aus, so daß er die Vereinigten Staaten nicht zu Konzerten verlassen durfte.

Die Sondermarke ist in den Farben schwarz und weiß gehalten. Robeson wird im Beigleittext als „unvergleichlicher Darsteller,

Sänger, Bürgerrechtskämpfer, Gelehrter, Athlet und Verteidiger der Freiheit der Schwarzen“ vorgestellt.

R. F., gestützt auf „People's Weekly World“, New York



Bella figura

Ein Unternehmer, frech und klein
der wollte mal ein König sein.
Und fühlt nach großer Männer Art
sich im Olymp schon aufgebahrt:
im Kopf und in der Seele.
Er sieht sich schon als Stele.

Der große Plan ist bald in Sicht,
die Steuerschuld bedrängt ihn nicht.
Die Untertanen jubeln schon.
Der Silvio muß auf unsern Thron,
denn er hat die Moneten
für Spiele und für Feten.

So hat er sich mit Medienmacht
alleine auf den Weg gemacht,
die Konkurrenten waren bald
verscharrt im dunklen Zeitungswald.
Dort warten ihre Leichen
auf das Erweckungszeichen.

Der molto, molto sympato,
sympa, sympo, sympatico,
der ehrenwerte Potentat
macht italienischen Salat
in seiner Medienküche
für Düfte und Gerüche.

Ein bißchen dies, ein bißchen das
und Panem, Pasta, Pizza, Gras,
circenses, Wein und nackte Frauen,
auch auf die Mafia kann man baun.
Und Loge Zwei für's Grobe,
und Gottes Werk zur Probe!

Man steigt nun in die Wählerschlacht
und balgt sich um vakante Macht
und balgt sich um Cäsarenruhm
und um ein kleines Königtum.
Er weiß: mit offenen Händen
darf man Heroen schänden.

Den Untertanen überall
verspricht er Spaß und für den Fall,
daß er gewinnt: ein Schnippelschnapp
vom süßen Schnippelschnappelpapp
vom großen, großen Kuchen
für Macchios und Eunuchen.

Er macht es allen, allen recht.
Was Silvio macht, ist niemals schlecht.
Er hat am Ende ein Programm
mit Weibern, Aktien und Tamtam,
ein Paradies auf Erden.
Ein Amt auch für Beschwerden.

Dann ist er König, und er herrscht
nicht anders als Mavellis Ferscht.
Er setzt Gerichte außer Kraft,
weil die Justiz ihm Leiden schafft.
Il principe, den kennter
noch aus dem Discount-Center.

Doch alles ist einmal vorbei,
auch Silvios buntes Allerlei.
Die Untertanen denken schon
an einen andern auf dem Thron.
Und das mit ganzer Seele.
Es bleibt nur eine Stele.

Refrain:
Italia, Italia,
O bella, bella patria,
das meine Sinne so betört,
das auf mich hört, das auf mich schwört.
Ich lieb das Kluckern deiner Weine,
ich lieb das Knistern deiner Scheine.
O sole, sole mio.
Ich bin verrückt nach dio!

Gerhard Schmidt

401-Mrd.-Dollar-Militäretat gegen eine Handvoll Terroristen?

Der Washingtoner Senat hat das Budget für 2004 beschlossen. 401,3 Mrd. Dollar werden für Militärzwecke bereitgestellt, obwohl die USA außer diffusen und anonymen „Terroristen“ keinen erkennbaren Gegner haben, der die Sicherheit der Vereinigten Staaten bedroht. Diese Summe ist absoluter Rekord! Damit entfallen auf die USA 40 % aller Militärausgaben der Welt. Der Verteidigungshaushalt der Bush-Administration ist größer als der Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands, Chinas, Japans, Italiens und Saudi Arabiens zusammengenommen.

Schon heute kann man voraussagen, daß der amerikanische Militäretat ab 2009 jährlich die Grenze von 500 Mrd. Dollar überschreiten wird. Der Löwenanteil dieser Summen, soweit er für Rüstung vorgesehen ist, geht an vier gigantische Waffenlieferanten: Boeing, Lockheed, Northrop und General Electric. Aber auch für die europäischen Todeshändler fällt genügend ab, da fast 50 % der vom Pentagon erworbenen Rüstungsgüter ausländischer Herkunft sein dürfen.

Übrigens ist die Privatisierung eines Teils der logistischen Dienste der amerikanischen Streitkräfte vorgesehen. Das hat auch für die Arbeiterklasse Auswirkungen,

da in privaten Militär- und Rüstungseinrichtungen keine Gewerkschaften zugelassen sind.

Neu ist die Aufhebung von Restriktionen bei der Herstellung von minderschweren Nuklearwaffen. Es handelt sich um Atombomben mit einer Sprengkraft bis zu fünf Kilotonnen. (Zum Vergleich: Die Hiroshima-Bombe besaß ein Kaliber von 15 Kilotonnen.) Die Entwicklung solcher Waffen war etwa ein Jahrzehnt lang untersagt. Sie sollen vor allem gegen unterirdische Befestigungen eingesetzt werden. Während des ersten Krieges gegen Irak haben die Amerikaner eine Bombe dieses Typs, wenn auch ohne nuklearen Sprengsatz, auf den Bunker in Amiriyah abgeworfen, in dem sich zivile Flüchtlinge aufhielten. 408 Menschen – Männer, Frauen, Kinder und Alte – wurden buchstäblich pulverisiert.

Die Rede ist auch davon, daß das Projekt der berühmten Neutronenbombe wieder aufgegriffen werden soll, das in den 70er Jahren im Gespräch war. Dabei dreht es sich um eine Waffe, die alles Leben durch Strahlung auslöscht, Gebäude aber unbeschädigt überdauern läßt.

Der ungeheure Rüstungsaufwand der USA wird angeblich betrieben, um den internationalen Terrorismus zu kontern.



Politische Beobachter stellen indes die Frage, ob Kernwaffen, Kriegsschiffe, 70-Tonnen-Geschütze und andere schwere Ausrüstung vonnöten sind, um gegen eine Handvoll Terroristen zu kämpfen.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel



Ein Kumpel sieht dich an

Im Blick dieses Bergmannes liegt das Schicksal der von der Macht vertriebenen, um das Eigentum des Volkes betrogenen Arbeiterklasse Rußlands, die einst gemeinsam mit Bauern und Soldaten die Oktoberrevolution vollzog. Er gehört zu den 44 Bergleuten der Grube „Sapadnaja“ bei Nowoschachtinsk, die durch einen Wassereinbruch abgeschnitten und erst Tage später gerettet wurden. Zwei ihrer Kollegen kamen ums Leben. Eine Woche danach waren bei Partisansk sechs Bergleute durch eine Metangasexplosion getötet worden. Bis Anfang November zählte

man in Rußland 77 im Jahr 2003 unter Tage verunglückte Kumpel.

Die bürgerliche Presse behauptet, die katastrophale Situation in den Minen sei ein Ergebnis „kommunistischer Mißwirtschaft“. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Zählte man vor der Zerschlagung des Sozialismus einen tödlich verunglückten Bergmann auf eine Million Tonnen Kohle, so sind es heute fünf. Zu Zeiten der Sowjetunion erhielt jeder Grubenarbeiter pünktlich seinen Lohn. Er war mit allem ausgerüstet. Einmal in der Woche fanden in jeder Abteilung spezielle Sicherheitsbelehrungen statt. Inspekture

suchten die Bergleute regelmäßig vor Ort auf.

Seit 1996 sind fast alle Bergwerke in Rußland auf Verlangen der Weltbank privatisiert worden. Die Mehrzahl der Schächte wurde geschlossen, die Ausrüstung der verbliebenen mit neuer Technik de facto eingestellt.

Werden wir konkret: In der kleinen Stadt Nowoschachtinsk in Südrußland hat das Ministerium für Energie acht der elf Minen dichtgemacht. Der Unglücksschacht „Sapadnaja“ wurde an die private Gesellschaft Rostowugol verkauft. Seitdem gehen die Kumpel am Zahntag leer aus. Ihren letzten pünktlich gezahlten Lohn erhielten sie im März 2003. Er betrug im Durchschnitt 350 Rubel, also 10 Euro. Die neuen Bosse denken nicht daran, den Arbeitern auch nur ihr jährliches Kohle-Deputat zukommen zu lassen. Wie die Bilder von der Rettungsaktion verriet, waren die Kleidung der eingefahrenen Hilfsmannschaften zerrissen und ihre Schuhe zerfetzt.

Das ist die Realität des Bergbaus im heutigen Rußland. Wie der Vorsitzende der Gewerkschaft der Kohlekumpel, Wladimir Tatarinkow, erklärte, habe er sich mehrere Male mit der dringenden Bitte um Verbesserung der Grubensicherheit an das Energieministerium gewandt. Eine Antwort sei ausgeblieben.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Eine Reportage – 13 Jahre „danach“ (3 und Schluß)

Zwei Wessis auf Osttour

Wir fahren nach Bad Frankenhausen. Da gibt es Außergewöhnliches zu sehen ... und ich kann nur staunen und empfinden, aber nicht beschreiben, was der Maler Werner Tübke da vollbracht hat. Über das, was in einem riesigen Rundbau an Geschichte in Bildern umgesetzt ist, wird man Doktorarbeiten schreiben. Ich möchte nur zwei sachliche Abschnitte aus einem Katalog wörtlich wiedergeben:

„1973–1974: Beschlüsse des ZK der SED und der Regierung der DDR zur Errichtung eines Panoramas auf dem Schlachtberg bei Bad Frankenhausen, das dem deutschen Bauernkrieg und dem revolutionären Wirken von Thomas Müntzer gewidmet ist.

1982–1983: Hängung und Präparierung der 1722 m² großen Leinwand, die vom Textilkombinat Sursk, UdSSR, gewebt und von einer Spezialistenbrigade des Allunionskombinates für künstlerische Gestaltung Podolsk grundiert wurde.“

Natürlich waren wir auch auf dem Hexentanzplatz und dem Kyffhäuser, hätten gern den Harz mit seinen Höhlen und Wasserfällen noch länger durchstreift. Doch durch Dora aufs neue motiviert, hetzen wir weiter gen Norden, wollen unser Vorhaben fortsetzen. Auf dem Weg nach Mecklenburg-Vorpommern biegen wir jedoch für eine unpolitische Erkundung zur Kultur- und Forschungsstätte im Zisterzienserkloster Michaelstein ab; eine Sammlung und Ausstellung historischer Musikinstrumente im restaurierten Westflügel wurde uns empfohlen. „Heute geschlossen!“ Pech, müssen wir uns mit einem Rundgang durch den Klostergarten begnügen. Doch gemacht: Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Eine Tür wird geöffnet, eine Frau mit Putzeimer wischt die letzte Stiege. Sie ist die Leiterin des Museums. Eine nicht mehr erwartete Führung und eine unvermittelte Episode ergeben sich, in der alle ehrfürchtige Scheu vor diesen unschätzbaren wertvollen Instrumenten von mir abfällt, als die Frau mit bebenden Lippen schildert, daß Schalck-Golodkowski vor einem Jahr die wertvollsten Exemplare zum Abtransport bereitstellen ließ. Bei Nacht und Nebel sollten sie in den Westen verbracht werden. „Nicht sichergestellt! Geraubt! Wir konnten es verhindern.“ Die Erzählerin atmet noch einmal erleichtert auf, doch auch ein Rest von Enttäuschung bleibt ihr ins Gesicht geschrieben.

In einem Dorf bei Schwerin wollen wir Verwandte überraschen. Eine Cousine und fünf Nichten. Lilo und ihr Mann Rudi waren mit drei Töchtern in der LPG beschäftigt. Waren! Die drei Mädchen besitzen ein eigenes Haus, eine sogar ein Stück Wald. Alle haben mehrere Kinder, sind unverheiratet und leben mit den Vätern ihrer Kinder zusammen. Alle sind voller Schaffenskraft und arbeitslos.

Unsere Ankunft: Ein braungebrannter muskulöser Mann im Unterhemd kommt durch den Vorgarten. „Bei uns gibt es nichts mehr zu wenden!“

„Warum so barsch? Bist du verwandt mit Lilo und Rudi?“

„Nööh!“

„Wir aber. - Find ich gut, daß du mißtrauisch bist. Wir bringen keine Bananen, haben aber ein paarmal Kaffee geschickt.“

„Kommt mit.“

Abends: Lilo und Rudi haben keine bezahlte Arbeit mehr, aber das Haus mit Stallungen und der Acker sind schuldenfrei. Zwei Pferde und ein Bulle, die neben der LPG-Arbeit außer dem Geflügel und den Kaninchen zu versorgen waren, sind ihr Eigentum. Und ein Batzen Geld ist auch noch da, obwohl der größte Teil des Ersparten unlauter gegen DM umgetauscht wurde. Im Dorf sieht es nicht so rosig aus. Ein neuer Schafstall für eine Riesenherde ist vor einem Jahr fertig geworden. Er zerfällt, wird nicht gebraucht. Keiner weiß, wie es weitergeht. Mähdröser verrotten unter freiem Himmel dutzendweise.

„Es muß weitergehen“, sagt Rudi, kramt aus einer Schublade ein paar Blätter. „Wir machen eine Nerzfarm auf.“ Ich überfliege den Vertrag, mir klappt die Kinnlade runter. „Bei uns drüben sind zigtausend Gehöfte kaputtgegangen, warum hat man diesen Bauern solchen Vorschlag nicht gemacht? Ihr müßt denen jeweils eine Anzahl Tiere abnehmen, aber die nehmen euch keine Felle ab, denn da steht – von euch unterschrieben! – : Von uns begutachtete verwertbare Felle werden aufgekauft. Von wem aufgekauft, Rudi? Keine müde Mark werdet ihr bekommen, denn eure Felle werden einfach nicht verwertbar sein. Wer weiß, ob da nicht eine Briefkastenfirma nur die Anzahlung von dreitausend Mark kassieren will.“ Auch dem Rudi klappt jetzt die Kinnlade runter. Solche Machenschaften sind DDR-Bürgern unbegreiflich; sie haben halt Kapitalismus bisher nur in der Theorie gehabt. Der Rücktrittstermin läuft erst in zwei Tagen ab. Fast hätte ich „Gottseidank“ gesagt. „Wenn einer von den Bauernfängern oder Versicherungsfritten aus dem Westen auftaucht und dir heuchlerisch die Hand entgegenstreckt, dann jag ihn mit der Peitsche oder der Mistgabel vom Hof, Rudi. Du kommst dann höchstens wegen Körperverletzung dran, aber dadurch bist du nicht ruiniert.“

Wir erkunden Schwerin. In der Stadtmitte, die noch nicht „City“ heißt, steht auf einer Metalltafel:

„An dieser Stelle des Straßenbahnleitungsmastes wurde am 2. Mai 1945 die antifaschistische Lehrerin Marianne Grunthal aus Zehdenick (Havel) als letztes Opfer des Hitler-Regimes in Schwerin von SS-Mördern gehenkt.“

Der Bahnhofsvorplatz. Auf Tapeziertischen wird Literatur aus dem Leseland DDR verschleudert. Bibliotheken des Theodor-Körner-Klubhauses und der Eisenbahn-Schwerin-Bibliothek stehen zum Ausverkauf. Wir erwerben einen Band eines BRD-Autoren, der in der DDR verlegt wurde; in meinem Land habe ich mir den als Langzeitarbeitsloser nicht geleistet. Quelle-Niederlassungen schießen wie Pilze aus dem Boden. Was hat man da wohl für langjährige Mietverträge zu DDR-Preisen abgeschlossen? Ich steuere auf einen Streifenwagen der Noch-Volkspolizei zu. „Ich bin aus der BRD, Genossen. Darf ich euch in eurem Lada fotografieren?“ Die Besatzung des VP 02-0628 hat keine Einwände. Die Polizei wird bald mehr Arbeit haben, denn gegen Drogenkriminalität und Kinderprostitution helfen keine Alarmanlagen und Schilder, auf denen ein Boxer droht: Hier wache ich! Massenweise werden diese Utensilien angeboten und gekauft. Man hat also auf diesem Gebiet auch schon Westerfahrung. Und die TV-Schüsseln sind 200 DM teurer als bei uns. Wir schlendern mit wachen Augen weiter, gelangen auf einen Platz, auf dem vor Wohn- und Lastwagen Holztribünen aufgebaut sind. Marktschreier der Banken und Versicherungen in feinem Zwirn sind eingefallen, streuen Werbebesenke unters staunende Volk, locken mit hohen Sparzinsen. „Hyänen, Finanzhaie. Blutsauger, Halsabschneider!“ Ein feindlicher Blick meines gläubigen Nebenmannes trifft mich: „Betonkopf!“ „Aber nicht blauäugig, Kollege, ich kenne die Masche seit die D-Mark aus den USA eingeführt wurde.“ Doch da weckt ein pompöses Auto aller Interesse. Goldfarbener Amischlitten mit Hamburger Kennzeichen. Offen, chrom- und lackblitzend, Weißwandreifen. Der Typ in der Karre ist ein nachgemachter Filmstar: Sonnenbrille, schwarzglänzende Haarwellen, weißer Maßanzug, mit Gold behangen, fingerlose Lederhandschuhe. „Ein Lude in einer Fußgängerzone hier?“ staunt Rosl, „so fahren die nicht mal mehr bei uns rum.“ „Doch, so vertreiben sich bei uns die Arbeitslosen die Zeit!“ grinse ich meinen Nachbarn an. Für einen Moment stiehlt der Zuhälter in seiner Prunkkarosse den Propagandisten und Beutelschneidern der Banken ihre Show. Wir haben für heute die Schnauze voll.

Unser Urlaub neigt sich dem Ende zu. Nach Güstrow und Barlach noch einen Tag zur Ostsee. Wir haben Naturdenkmäler fotografiert, waren bei den Mammutbäumen in Weberin und im Freiluftmuseum Mueß. Ein Bad in der Müritz nicht zu vergessen. Ein radelnder Opa erkannte uns am Nummernschild. „Verfluchte Wessis!“ rief er und drohte mit der Faust. Wo er recht hat, hat er recht; ich habe ihm zugewinkt.

Hans-Dieter Hesse

Leserbriefe an RotFuchs



Ich möchte mich bei Euch für die prompte Zusendung der drei „RotFüchse“ (Oktober–Dezember) ganz herzlich bedanken. Die Anzeige im ND war für mich wie das Aufstoßen einer 13 Jahre lang verschlossenen Tür. Ich habe mit den „RotFüchsen“ und deshalb durch Euch wieder eine politische Heimat, die mir 1989 abrupt entzogen wurde. Ich war zwar nicht in der SED, aufgrund meiner bürgerlichen Abstammung war mir das verwehrt, aber im Herzen und in meinem 40jährigen Handeln war ich immer Kommunistin, und das wird auch bis zu meinem Lebensende so bleiben. (...)

Hildegard Wolff, Halle

Ich habe lange gesucht und endlich gefunden, was meiner Überzeugung, meinen Gefühlen, meinem Wissen gerecht wird. Gegen das herrschende System und nicht einordnen oder es mitgestalten, das entspricht meinem Sinn von marxistischem Suchen nach Wegen aus der agendalen Profitmaximierung. Ich danke Euch für diese starke Arbeit zur Schaffung einer Kraft, um die richtigen Wege in dieser komplizierten Welt voller Opportunismus linker und rechter Protagonisten zu beschreiten. Der „RotFuchs“ scheint mir, nach meinem ersten Kennenlernen, ein nützliches Mittel zur Gewinnung vieler, die, so wie ich, nach Alternativen suchen. Schickt mir bitte regelmäßig die aktuelle Ausgabe der „Iskra“ Deutschlands.

Hans Grimmer, Schlema

Kürzlich empfahl mir ein alter Lehrer, der von mir immer den „Roten Brandenburger“ bekommt, mich weiterzubilden, eine ebenfalls rote Zeitung zu lesen, eine Zeitung von Format in einer ach so verlogenen imperialistischen Welt. Ich tat es und bin sehr dankbar dafür, zwei Freixemplare erhalten zu haben. Leider kann ich, weil mich diese Zeit zum Sozialhilfeempfänger gemacht hat, den „RotFuchs“ nicht ständig lesen, da mir dazu das Geld fehlt, sollten aber weitere Freixemplare übrig sein, wäre ich dankbar, wenn man mir diese schicken würde. Früher war ich mal Sympathisant der PDS. (...) Tief enttäuscht vom Mutualismus, Revisionismus, Reformismus und Sophismus dieser Partei wandte ich mich von ihr ab. Es mußte doch noch ehrliche Genossen geben, die ihre Meinung nicht abänderten, als wäre alles, was sie vorher vertraten, Unwahrheit gewesen. Schließlich war die DDR ein Friedensstaat, ich werde ihr nie den Rücken kehren. In diesem jetzigen Deutschland werde ich niemals ankommen! Auch die Hymne und der Pleitegeier sind mir zutiefst zuwider! (...)

Burkhard Kammhoff, Templin

(...) Die große Anzeige im ND fanden wir ganz toll. Hoffentlich hat sie Erfolg und bringt viele neue Mitstreiter.

Ursel Held, Neu Darchau

(...) Die vielseitige historische und gleichermaßen gegenwärtige Betrachtungsweise der Zeitenläufte, wie sie in allen RF-Beiträgen zum Ausdruck kommt, hat mich sehr beeindruckt. Und nicht nur das: Ich finde in

den meisten (also nicht unbedingt in allen!) Artikeln meine geistige Heimat wieder – ein Faktum, das mir in den letzten Jahre sehr gefehlt hat. (...)

Ich war in Zeiten meiner Berufsfähigkeit (inzwischen habe ich die 80 überschritten) u. a. auch Redakteur bei der Deutschen Lehrerzeitung. (...)

Helmuth Hellge, Berlin

Herzlichen Dank für die schnelle Übersendung der „RotFüchse“ – ich bin begeistert! Durch die sogenannte Wende heimatlos geworden, viermal seitdem umgezogen, war die Suche nach Gleichgesinnten äußerst erschwert, zumal man immer wieder auf Naivität und Verslossenheit der Menschen gegenüber der aktuellen politischen Situation trifft. Da lese ich im ND von der Existenz des „RotFuchs“. Ich fühle mich nicht mehr so einsam!

Wolfgang Flieger, Droßdorf

Herzlichen Dank für die Zusendung der „Tribüne“. Ihre Inhalte bestärken mich in der Zuversicht, daß der 1989 begonnene Leerlauf der Geschichte seinen vorgezeichneten Weg finden wird. Dieser Logik folgend, habe ich beschlossen, dem RF-Förderverein beizutreten.

Hans R. Müller, Hamburg

(...) Regierungsmitglieder und Bundestagsabgeordnete stimmen den Milliardenausgaben für die Um- und Aufrüstung, für die Verlängerung und Ausweitung der Auslandseinsätze der Bundeswehr genauso zu wie der Erhöhung der finanziellen Belastungen der sozial Schwachen dieser Gesellschaft. Ohne Skrupel und Scham erklären diese „Besserverdienenden“, was den Arbeitenden, Rentnern, Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern noch zugemutet werden kann. Entweder haben sie nie einen Mehrpersonenhaushalt mit einem durchschnittlichen Familieneinkommen versorgen müssen, oder sie haben diese Erfahrungen völlig aus ihrem Gedächtnis verbannt. Ihre Vorschläge und Argumente vermitteln fast immer den Eindruck, daß sie abgehoben von der Realität des Lebens ihre Gehälter und Diäten als Maßstab für die Einkommen der meisten Bundesbürger halten. (...)

Generalleutnant a. D. Karl Leonhardt, Berlin

(...) In der Schickeria übertrifft man sich im prahlerischen Wetteifer um neueste Luxusmobile, Luxusyachten, Luxusvillen – aber Luxussteuer?, Vermögenssteuer? Bereichert euch! Im Geleit ihrer High Society können sich Regierung und konforme Opposition nicht genug daran tun, der Armut mit verkniifnem Hohn zynisch Humanität und Solidarität zu salbadern, wenn sie ihnen bis auf den Grund ihre Taschen langen, um noch mit dem Letzten, was drin ist, die Reichen zu bereichern. Bettler, legt Eure Almosen zusammen und spendet sie den Bossen für ihre Mätressen! Altersleidende, Ihr geht sowieso hinüber, opfert Eure Aussterbe-Etats den Millionären zur Linderung seelischen Leids um Renditen, Dividenden, Tantiemen, die zur Erneuerung und Erweiterung standesgemäßer Hofhaltungen nicht ausreichen. (...)

Karl Mundstock, Berlin

Vielen Dank für den „RotFuchs“, der mich durch die Begeisterung eines Mitglieds des Autorenkreises, meines ehemaligen Institutsdirektors Prof. Dr. habil Günter Wilms, jetzt regelmäßig erreicht. Mein Studium und

meine Arbeit am Institut haben meinen Lebensweg entscheidend geprägt. Der „RotFuchs“ ist kein „RotFüchlein“, denn man kann mit vielen darüber diskutieren, debattieren und sich die Haare raufen. Das ist aber gut so. Alles zu lesen ist sicherlich schwer, aber ein echter Streiter und Nachvornbringender für bestimmte Themen ist er jedenfalls. (...)

Dr. Edelgard Klarholz, Leipzig

(...) Ich fühle mich von keiner der bestehenden „linken“ Parteien angezogen. Es fehlt uns das, was die PDS hätte sein können, sein müssen – eine marxistische Partei, die sich gegen die kapitalistische Zerstörung der Menschheit stellt (besser: bewegt!). Nun, was nicht ist, nicht werden sollte, das kann nur bei Linken gedeihen. Deshalb setze ich große Hoffnungen in die Entwicklung der „RotFüchse“ und will sie nach meinen Kräften unterstützen. (...)

Dieter Junge, Dresden

Präsident George Bush will, so ließ er verkünden, seine Truppen aus Irak und Afghanistan erst abziehen, wenn er Saddam Husseins und Bin Ladens habhaft geworden ist. Beide sind unauffindbar und man weiß nicht sicher, ob sie noch leben. Bush sollte einmal zur Hölle fahren, um sich zu erkundigen, ob sie dort etwa schon angekommen sind. Ich wäre nicht traurig, wenn er gleich dablöbe.

Dr. sc. Heinz Malorny, Berlin

„Das Böse steht klar vor uns!“, erklärte George W. Bush – wörtlich – am 27. 11. 2003. Hat er dabei in den Spiegel geguckt?

Artur K. Führer, Bottrop

(...) „Neues Deutschland“ widmete dem Thema Cuba vor geraumer Zeit eine ganze Seite, davon die gute Hälfte dem uruguayischen Schriftsteller Eduardo Galeano, der unter der Aussage „Kuba schmerzt“ der berechtigten Gegenwehr des sozialistischen Staates und der Solidarität mit ihm eine Absage erteilt. Ebenso wie Portugals Literatur-Nobel-Preisträger José Saramago.

Dieser Tage berichtete das ND zweimal kurz hintereinander über bereits verhängte und noch ausstehende Todesurteile gegen Bürger der USA, darunter Behinderte. Ich frage mich, wo bleibt der Aufschrei von Galeano, Saramago und anderen „Menschenrechtlern“? Vergeblich habe ich im ND danach gesucht. (...)

Monika Kauf, Berlin

Eine Bemerkung zum Artikel „Exekution durch Ebert“ von Prof. Schneider. Der Autor hat Recht mit der Hauptlehre, die er aus den Ereignissen vor 80 Jahren gezogen hat, daß „die Ausbeuterklassen niemals freiwillig abtreten“. Diese Einsicht möchte ich noch schärfer formulieren: Auch ein papierner Text hält sie nicht auf. Keine Verfassung, die sie selbst zu anderen Zeiten entsprechend ihren eigenen Bedürfnissen in „Kraft“ gesetzt haben. Wenn sich die Linke auf die Gesetzestreue der Herrschenden verläßt, ist sie verloren und bezahlt einen blutigen Preis für ihre Illusionen. Deshalb würde ich eine Fortsetzung der Geschichtsaufarbeitung begrüßen.

Die KPD hatte in Erwartung des gewaltsamen Eingreifens der Reichswehr in Sachsen und Thüringen beschlossen, in diesem Fall den bewaffneten Aufstand zu wagen. Nachdem klar war, daß die sozialdemokratischen Partner sich nicht beteiligen würden, nahm die Partei den Aufruf zum Aufstand zurück.

Die Hamburger Organisation erfuhr diese Änderung nicht mehr rechtzeitig, und so kam es dort zum Aufstand. Nach drei Tagen erfolgreicher Kämpfe wurde dieser abgebrochen, als klar war, daß die Hamburger isoliert blieben. (...) Wichtig für die Gegenwart fände ich eine Untersuchung der Entscheidungsprozesse, die erst dazu führten, den Aufstand zu beschließen und ihn dann abzusa-gen. Vielleicht könnte ja Prof. Schneider eine Fortsetzung schreiben.

Fritz Dittmar, Hamburg

(...) In Halle wird z. Z. die neugefaßte Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 bis 1944“ im Tschernyschewski-Haus gezeigt. Dazu gab es eine rechte Gegendemonstration, auf die Antifaschisten mit eigenen Kundgebungen reagierte. In der „Mitteldeutschen Zeitung“ vom 1. 12. 03 las man, daß 6 vorläufige Festnahmen und 183 Platzverweise erfolgten – „betroffen davon sind meist linke Jugendliche“. Im MDR info war lediglich zu hören, „800 Gegendemonstranten und 600 Befürworter der Ausstellung“ hätten sich eingefunden. In den Nachrichten des Deutschlandfunks war darüber nichts zu erfahren. (Einen Fernseher besitze ich nicht.)

Beunruhigend ist die Tatsache, daß hinter dem Fronttransparent „STOPPT GESCHICHTSFÄLSCHER!“ nur junge Menschen aus ganz Deutschland liefen, während deren (verzweifelte) Widersacher hauptsächlich alte Leute waren. (Seit 1990 ist Halle; ehemals eine 300000-Einwohner-Stadt, auf ca. 230000 zusammengeschrumpft. Der Grund liegt auf der Hand: Abwanderung der Jugend.)

K. Reinhold, Halle

Die bayerische Wirtschaft wünscht künftig eine Einschulung bereits der Vierjährigen ... im Interesse frühzeitigen Ausbildungsabschlusses und entsprechenden Arbeitsbeginns. Und das bei fast fünf Millionen Erwerbslosen! Ein neuer Blick aus dem Mistbeet des (real existierenden) Kapitalismus.

Hansjörg Schupp, Appetshofen

(...) Ich vermag die Sicht des von mir überaus hochgeschätzten Erich Buchholz auf die KSZE-Schlußakte als eines insgesamt positiv einzuschätzenden Dokuments, das „für die Friedenssicherung und Entspannung von großer Bedeutung war“, dessen „Korb 3“ aber „von der westlichen Seite als eine ideologische und politische Waffe gegen die sozialistischen Länder mißbraucht wurde, nicht zu teilen. Zur Erklärung möchte ich auf mein Buch „Wider den Revisionismus“ (S. 328–330) verweisen und folgendes daraus zitieren: „Die Unterzeichnung der KSZE-Akte durch die Vertreter der sozialistischen Länder zeigte an, daß der Revisionismus in ihrer Außenpolitik in entscheidenden Fragen bereits dominierte. Sie glaubten, mit der Festschreibung der Grenzen die größten Gefahren für ihre Länder abgewendet zu haben, anscheinend ohne jede Vorstellung darüber, in welcher tödlichen Schlinge ihre Unterschrift unter den ‚Korb 3‘ verwandelt werden konnte. Indem Verpflichtungen unterschrieben wurden, von denen klar war, daß man sie nicht würde einhalten können, kam zum Ausdruck, daß die Gefahr, bei der eigenen Bevölkerung ungläubwürdig zu werden, geringer geschätzt wurde, als der ‚Gewinn‘ der äußerlichen Anerkennung als gleichberechtigter Vertragspartner imperialistischer Mächte. (...) Die Unterschrift unter das so

viel gerühmte Helsinki-Abkommen durch die sozialistischen Staaten war in Wirklichkeit eine Unterschrift unter den eigenen Totenschein. Völlig zu Recht haben einige der imperialistischen Sieger auf der letzten KSZE-Tagung in Helsinki erklärt, daß sie mit dem Verschwinden des Sozialismus in Europa genau das Ziel erreicht hätten, das sie mit dem Abschluß des KSZE-Abkommens zu erreichen hofften.“

Dr. Kurt Gossweiler, Berlin

Der Aufsatz zur „Dialektik von Reform und Revolution“ in RF 71 beschränkt sich auf das Verhältnis beider Begriffe im Kapitalismus, speziell im gegenwärtigen Sprachgebrauch linker Kräfte. Das dialektische Problem ist umfassender. „Reform“ wurde in der Geschichtsschreibung bisher – salopp formuliert – für Erscheinungen unterhalb von „Revolution“ eingesetzt. Reformen in der Geschichte betrachtete man in aller Regel als etwas Erfreuliches, als das Positive, wenn Revolution nicht möglich war. Begriffe wie Reformation, Dessau-Wörlitzer Reformwerk, Stein-Hardenbergsche-Reformen zeigen das. (Anders jedoch Reformismus in der Arbeiterbewegung)

Jetzt aber müssen wir lernen, „Reform“ ganz neu zu verstehen. Eine positive Wertung verbietet sich von selbst, wenn Sozial-„Reformen“ auf zahlreichen Gebieten hinter die Bismarcksche Sozialgesetzgebung zurückführen. Den neuen negativen Klang im Ohr, werden Historiker zukünftig viel vorsichtiger formulieren müssen!

Dr. Hartmut Ross, Oranienbaum

So wenig man den Talkshows der modernen kapitalistischen Unterhaltungsindustrie auch Wertbedeutung zubilligen kann, war doch die Sendung zur Suche nach „unseren Besten“ im ZDF in mehrerer Hinsicht aufschlußreich. Daß Dieter Bohlen und Küblböck nicht in die engere Wahl kamen, mag mancher für selbstverständlich halten, obwohl man bei der heutigen Medien-„Vielfalt“ Schlimmes befürchten konnte. Daß Adenauer Sieger und Marx „nur“ Dritter wurde, ließ bei den vielen Verleumdungen über ihn – „Focus“-Chefredakteur Markwort wollte ihn sogar zum Stammvater des Terrorismus machen – aufhorchen. (...) Daß Marx – vor allem im Osten – aber nicht vergessen und aktuell ist, läßt hoffen. **Gerhard Rosenberg, Berlin**

Ich schreibe diesen Brief mit dem Gefühl, einen politischen Gesinnungsgenossen gefunden zu haben. Der „RotFuchs“ mit seinen vielfältig Hintergründe beleuchtenden Beiträgen entspricht auch meiner Auffassung von der Entlarvung des Kapitalismus. Leider befassen sich viele Bürger viel zu wenig mit Politik und wundern sich am Ende, wenn ihnen das Fell über die Ohren gezogen wird. (...) Ob eine SPD- oder eine CDU-Regierung, Kapitalismus mit seiner Tendenz zur Vergesellschaftung der Verluste und zur Privatisierung aller Gewinne bleibt immer Regierungspolitik. Die PDS scheint mir dabei nicht wirklich Opposition zu sein, zumal sie oft mit sich selbst beschäftigt ist und die positiven Ansätze der 40 Jahre DDR nicht genügend hervorhebt.

Reinhard Heyne, Spremberg

Diesmal bin ich auf die Nr. 1 der „Iskra“ vom Dezember 1900 gestoßen, die bekanntlich in Leipzig gedruckt wurde. Bezogen auf unsere Zeit und auf den lieben „RotFuchs“

schreibt Lenin über die „Dringenden Aufgaben unserer Bewegung“. Danach ist es unsere wichtigste und hauptsächlichste Aufgabe, „zur politischen Entwicklung und zur politischen Organisation der Arbeiterklasse beizutragen“, wobei unter dieser heute wohl so ziemlich alle Lohnabhängigen zu verstehen sind. Und weiter: „Keine Klasse konnte in der Geschichte die Herrschaft erringen, wenn sie nicht ihre politischen Führer hervorbrachte, ihre fortschrittlichen Vertreter, die in der Lage sind, die Bewegung zu organisieren und zu leiten.“ (...)

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

(...) Inhalt und Verlauf der 2. Zentralen Mitgliederversammlung zeigen das Ansehen und das Wachstum jener Kräfte, die ihr Bestes geben, um die Menschen über den Charakter des Imperialismus und dessen Wirkungen aufzuklären. (...) Ich lege Euch einen Artikel aus der Freien Presse Chemnitz bei, der mich mehr als erschüttert hat. Bei uns im Werdauer Stadtpark wurden Bäume mit Hakenkreuzen beschmiert, und an der Musikschule brachten Neonazis ihr „NS Werdau“ an. Wir müssen die Menschen wachrütteln, damit die braune Brut keinen Boden gewinnen kann.

Günter Bauch, Fraureuth

Von Beginn an bekomme ich den „RotFuchs“. In dieser Zeit ist er für mich nicht nur ein politischer Freund geworden, sondern auch zu einem beachtlichen Nachschlagewerk angewachsen. Ich bin stolz darauf, daß ich noch jedes Exemplar besitze. Ich möchte mich von ganzem Herzen für Eure Treue bedanken, dafür, daß Ihr mich nicht vergessen habt und mir den „RotFuchs“ immer pünktlich zuschickt. (...)

Jens Wunderlich, Stecklenberg/Harz

In der heutigen Zeit ist Eure Zeitung eine starke Waffe. Sie liefert mir überzeugende Argumente für den Kampf. Vieles vom Inhalt Eures RF habe ich schon weiterverbreitet und dabei festgestellt, daß die Argumente ankommen und überzeugend wirken. Ich selbst bin seit zehn Jahren arbeitslos und der Euro ist bei mir nicht gerade dick gesät. Der Artikel von Konrad Strehl über die DKP hat mir gefallen. Er wirft viele Fragen auf: Warum gibt es keinen Weg, eine gemeinsame Strategie aller Kommunisten zu entwickeln? Warum war die DKP so schlecht auf die Arbeit nach 1990 vorbereitet? Und: Nach 12 Jahren gibt es immer noch Überlegungen zum Programm, aber keine gültigen Ergebnisse.

Rolf Krauß, Erfurt

Über eine Beilage in der jungen Welt erfuhr ich vom 40jährigen Bestehen der Marxistischen Blätter. In dem Material standen allerdings auch sonderbare Dinge. Als Mitglied des „RotFuchs“-Fördervereins und der KPf der PDS spüre ich, daß bestimmte Äußerungen unakzeptable Positionen zum Ausdruck bringen, die es leider in der DKP gibt. Wenn Lothar Geisler, ein verantwortlicher Funktionär dieser Partei, auf Seite 8 der Beilage unter der Überschrift „Vorsichtig optimistisch“ erklärt, die geringe Bezieherzahl der MBI im Osten hänge mit „nachwirkenden alten Führungsansprüchen“ zusammen, dann halte ich das nicht nur für eine Fehlformulierung. Er läßt damit die Katze aus dem Sack und spricht der Arbeiterklasse bei der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung die Führungsrolle ab, bzw. zieht diese ins

Lächerliche. Das müssen wir Genossen aus der DDR uns nicht bieten lassen, schon gar nicht von einem Sprecher der DKP. (...) Die SED war trotz aller Defizite die Führerin der Arbeiterklasse in einem Teil Deutschlands und sie tat nicht wenig, um „unseren Besten“ – Karl Marx und Friedrich Engels“ – gerecht zu werden. Daran kommt Lothar Geisler nicht vorbei. (...)

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Natürlich ist es richtig, wenn sich der „RotFuchs“ und die Mitteilungen der KPF in erster Linie mit den aktuellen politischen Problemen aus unserer Sicht als Kommunisten und Sozialisten befassen. Erfreulich ist für mich die Tatsache, daß der Dezember-RF auch Informationen über das Leben in der DDR (z. B. „Zum 50. Pioniergeburtstag“, „Asbest und Kolonialpolitik“, „Eine typische DDR-Biographie“) und die Zustände im „Rechtsstaat“ BRD brachte.

Aus meiner Sicht ist es gerade für junge Leute wichtig zu erfahren, wie wir in der DDR gelebt haben und mit welchen Problemen wir uns auseinandersetzen mußten. Als Agrarwissenschaftler und ehemaliger LPG-Vorsitzender wie auch als wissenschaftlicher Berater im Ministerium für Landwirtschaft der Republik Cuba könnte ich einiges zu dieser Problematik beitragen. (...)

Von 1973 bis 1990 war ich Mitglied in einem Campingplatz-Beirat. 1993 wurde ich 2. Vorsitzender eines Camping-Clubs und kämpfte gemeinsam mit anderen um die Erhaltung unseres Platzes. Dabei spielten eine Gemeindeverwaltung, ein Forstamt, die Fraktionen von PDS und CDU im Landtag, die TLG-Potsdam, das Finanzministerium der BRD sowie verschiedene Regierungsbehörden des Landes Brandenburg unterschiedliche Rollen. Am Ende entschieden die Gerichte 2002 diesen Kampf. Es wäre sicherlich für viele Leser des RF interessant zu erfahren, wie „demokratisch“ es in diesem Land zugeht, wenn Gerechtigkeit von unten gefordert wird. (...)

Dr. Manfred Graichen, Berlin

Diesen Leserbrief hätte ich gern der „Roten Fahne“ geschickt, aber ich bin nicht sicher, ob er dort veröffentlicht würde. Also wende ich mich an den „RotFuchs“.

Liebe Genossen der DRF, Ihr habt den Kampf unter den Linken eröffnet, was ganz, ganz schlimm ist; nun müßt Ihr auch mit Reaktionen rechnen. Zu erkennen, wer sich dabei die Hände reibt, bedarf keiner großen politischen Weitsicht.

Man kann über die „Radieschen“, als die ihr die Genossen des RF bezeichnet habt, nicht einfach so hinweggehen wie das auf Seite 2 der DRF-Dezember-Ausgabe geschah. Es handelt sich um einen Ausdruck, der von der alten KPD gegenüber den SPD-Genossen gebraucht wurde und der schon damals der Aktionseinheit geschadet hat. Man kann nicht diese wollen und gleichzeitig solche Worte gebrauchen. Für eine solche Haltung gibt es den Begriff der Doppelzüngigkeit.

Wenn der Vorsitzender der KPD erklärt, daß sich der RF-Chefredakteur auf die Seite der PDS gestellt und den Leninismus vergessen habe, (...) so bleiben das Behauptungen, die er beweisen müßte. Das betrifft auch ein von der DKP verfaßtes Papier über das Verhältnis zur KPD, das der „RotFuchs“ nicht veröffentlicht habe. Warum sollte er es bringen? Der RF ist parteiunabhängig. Wir überlassen das der „Roten Fahne“. Der RF hat ein anderes

Niveau. Artikel zum Parteienstreit findet man dort nicht. Übrigens auch keine Artikel über die „Einheit und Reinheit des Marxismus-Leninismus“ – Wortgeprassel ohne faßbaren Inhalt.

Dr. Martin Dressel, Berlin

Als ehemaligen Mitgliedern der KPD ist es uns sehr peinlich, daß man die Dezember-Ausgabe der „Roten Fahne“ erneut für eine primitive, weit unter der Gürtellinie liegende Kampagne gegen Euch mißbraucht. Wir bitten Euch sehr: Seid darüber erhaben, geht nicht darauf ein. Wer beide Zeitungen (RF und DRF) liest, wird sich auch ohne Worte ein Bild machen. Der „RotFuchs“ hat andere Aufgaben und sollte sich auf Schlamm-schlachten nicht einlassen. Wir vertrauen Euch, daß Ihr im Kollektiv gemeinsam mit den Lesern den richtigen Weg findet, um mit dieser unerfreulichen Geschichte fertig zu werden.

Zum Dezember-RF: Es freut uns, daß Ihr Euch verstärkt innenpolitischen Themen wendet. Das ist auch notwendig, ohne daß die außenpolitischen Informationen, die man in dieser Qualität nur im „RotFuchs“ erhält, verlorengehen.

Rosi und Wolfgang Nicolas, Brandshagen

(...) Die größte angenehme Überraschung von heute ist mir, daß es auch in den alten Bundesländern viele Vereine gibt, die nicht auf Profit aus sind, sondern das Wohl der Bevölkerung – wenn auch meist nur auf Einzelgebieten – im Auge haben. Ich trat daher in nicht wenige Vereine ein – darunter in den Museumsstraßenbahnverein Wuppertal, der – wie der vergangene Sozialismus in der DDR – für vorrangige Förderung des Schienenverkehrs ist. (...)

Karl-Fritz Zillmann, Freiberg

Ich empfinde es als Schande, wie der Fernsehsender MDR die Geschichte nach eigenem verkorksten Gusto aufarbeitet. Im Morgenprogramm vom 5. 12. 03 gab es z. B. wirklich wahre Begebenheiten, die rührend vorgetragen wurden. Aber dieser Sender verpaßt es nie, mit Lügen und Halbwahrheiten zu arbeiten. Da werden keine positiven Menschen gelobt, sondern jene, die man als Nestbeschmutzer, als Nutznießer des Großkapitals oder einfach nur als Gewinner der politischen und wirtschaftlichen Konterrevolution bezeichnen kann! Auf wessen starken Arm stützt sich so ein Sender? (...)

Peter Leder, Dresden

Ich möchte mich bei Klaus Kukuk für seine „Eindrücke eines Diplomaten“ bedanken. Sie erschienen in der September-Ausgabe. Ich bekam sie von einem Getreuen unserer Bündnis-Mahnwache in Erfurt. In meinen Wertungen zum „Prager Frühling“ von 1968 bin ich durch eigene Erfahrungen geprägt. Bei einem früheren Urlaubsaufenthalt in Südmähren hatten wir vielfältige Kontakte mit der einheimischen Bevölkerung. Dabei wurden wir oft gefragt, aus welchem Deutschland wir kämen. Fast immer stellten wir Freude fest, daß wir aus der DDR waren. Manchmal gab es auch weitere Fragen. Am Ende unseres Aufenthalts lernten wir einen tschechischen Ingenieur kennen. „Ich habe mich immer gut mit den Deutschen verstanden“, sagte er. „Immer?“ war unsere Gegenfrage. Er zog schnell und ohne Abschied von dannen. „Patrioten“ dieser Art durften während des „Prager Frühlings“ dann

Rede-, Druck-, Organisations-, und Straßenfreiheit nutzen! (...)

Welche Heuchelei und Arroganz stecken hinter der Politik von Rosa-Grün und den Medien, trotz des eigenen Sozialkahlschlags noch immer das Wort vom „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, um den es damals angeblich gegangen sei, in den Mund zu nehmen? **Günter Wagenszink, Erfurt**

(...) Zu einer inhaltlichen Frage: Durch monetäre Verbesserungen war es den Arbeitskraftgebern möglich, ihren Lebensstandard zu erhöhen und für die Erreichung größerer Ziele in der Zukunft zu sparen. Dieses Sparpotential bedeutete eine gewaltige Umwälzung der kapitalistischen Realität. Plötzlich war auch der kleine Mann für jene interessant, die vorher Kredite an Arbeiter nur äußerst ungern vergeben hatten. Das führte zu enormen Mittelzuflüssen für die Banken und Sparkassen, die wiederum zur Erhöhung des eigenen Mehrwertes in Aktien und Beteiligungen angelegt werden konnten. Durch die steigenden Ersparnisse vermochten sich die Arbeitskraftgeber zum ersten Mal in der Geschichte auch auf der anderen Seite des Wirtschaftsprozesses, nämlich als Kapitalgeber, zu beteiligen. Von den Massenmedien mit vermeintlichen Renditeversprechungen und dem Traum vom schnellen Geld geködert, investierten viele Arbeiter ihre Ersparnisse in dieser schönen neuen Aktienwelt, wo man ohne jegliche Arbeit oder sonstige Leistung Geld verdient.

In der heutigen Zeit, wo jeder Arbeiter, der drei Porsche-Aktien gekauft hat, sich selbst wie ein kleiner Kapitalist fühlt und täglich in der Zeitung nach „seinen“ Kursen sieht, ist es sehr schwer, ein neues Bewußtsein zu schaffen, um eine Umsteuerung dieses globalen Wirtschaftsprozesses hin zu einem menschlicheren und gerechteren System zu erreichen.

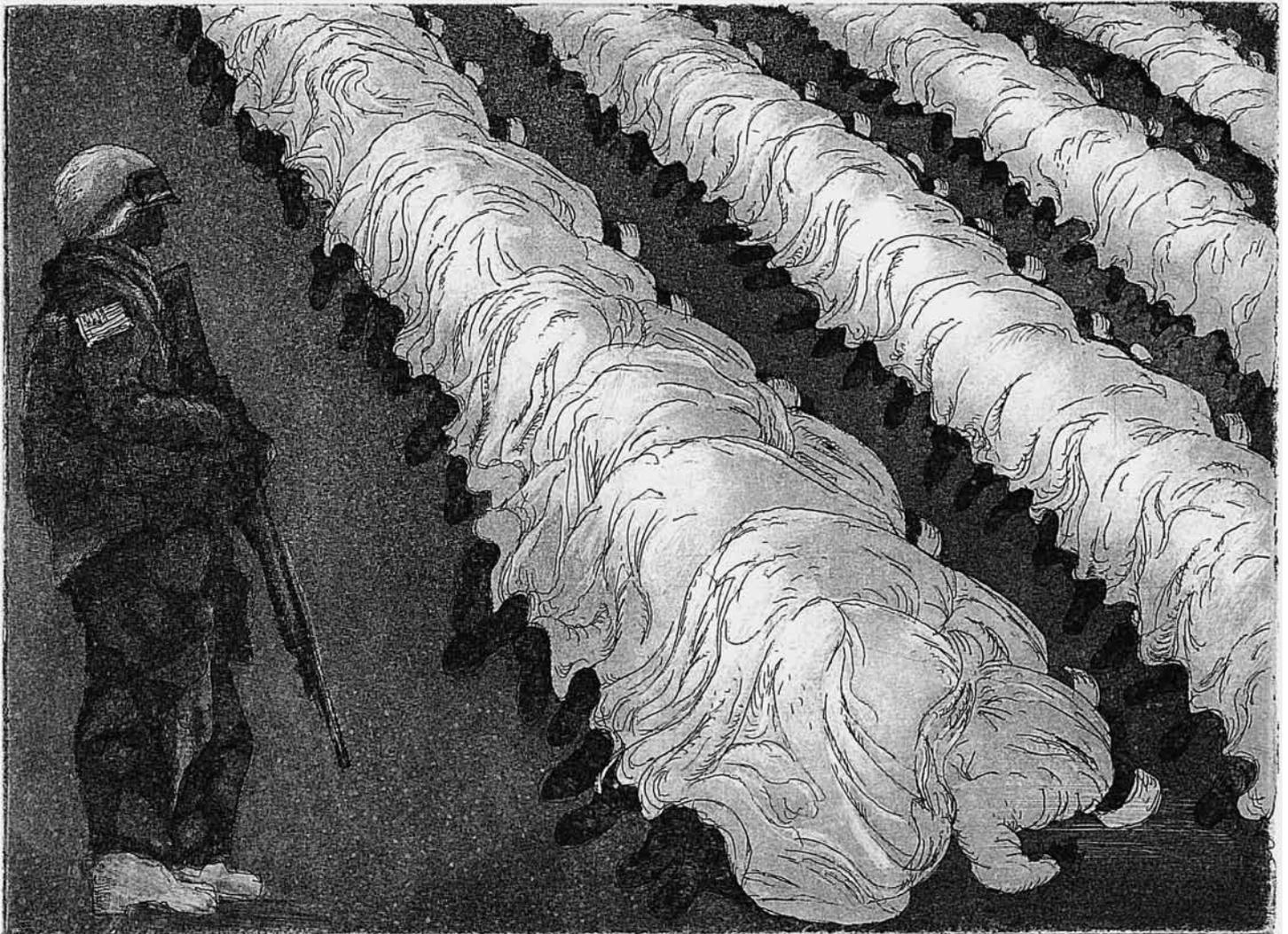
Auch die Politiker mit ihren weitverzweigten Verbindungen zur Wirtschaft (im 14. Bundestag saßen 297 Abgeordnete aller Parteien neben ihrer Parlamentstätigkeit auch noch in Aufsichtsräten oder Vorständen von Unternehmen) sind nicht willens, dem globalen Markt Einhalt zu gebieten. (...)

Martin Uebelacker, Eichenzell

Dem Reformismus und Revisionismus zuwider, bei gleichzeitigem Impuls für Offenheit, Prinzipientreue zu den Idealen ohne Dogmatismus, könnte „RotFuchs“ in die Gesetzmäßigkeit von Bewegung kommen. Von Seiten der allgemeinen Linken gibt es kaum noch Anstöße, die Widersprüche in der Gesellschaft werden nicht marxistisch aufgegriffen, analysiert und volkstümlich in die Massen zurückbeantwortet.

„RotFuchs“ wird immer mehr ein Anziehungspunkt für Ehrlichkeit und Tatendrang, die Menschen warten auf ehrliche Antworten! Steigt weiter die Abonnentenzahl, wird der Förderverein größer, muß „RotFuchs“ in die Öffentlichkeit gehen. Vorerst sammelt er die Aufrechten mit Verstand und Mut. Aus der Entwicklung und dem Esprit der Zeitung ist jedoch schon zu ahnen, daß daraus etwas mehr werden kann als ein linkes kleines Blatt der Gedanken. Deswegen weiter: Heraus aus dem Sektierertum der Linken!

Dieter Schütt, Hamburg



Irakische Ansichten – Amerikanische Aussichten

Grafik: Klaus Parche

Die **Regionalgruppe Berlin des RF-Fördervereins** lädt Mitglieder und Interessenten zu einer Veranstaltung am 16. Januar 2004, um 16.30 Uhr, in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität Torstraße 203–205 herzlich ein.

Der Autor, Sportjournalist und Verleger **Dr. Klaus Huhn** stellt den **Spotless-Verlag** vor.

Stuhlgeld: 1 Euro

Die in Gründung befindliche **Regionalgruppe Magdeburg** veranstaltet am

29. Januar 2004, um 16.00 Uhr, eine Leserkonferenz unter Teilnahme der RF-Vorstandsmitglieder Dr. Klaus Steiniger, Armin Neumann und Dr. Hartwig Strohschein, zu der Leser und Sympathisanten der Zeitung herzlich eingeladen sind.

Die Zusammenkunft findet in der **Sportgaststätte FSV 1895** am Platz der Freundschaft in Magdeburg statt.

Marx – Werk und Wirkung. Was bleibt?

Zu diesem Thema spricht **Manfred Neuhaus** Mitarbeiter an der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA)

am 29. Januar 2004 um 19.30 Uhr, in der Neuköllner Galerie „Olga Benario“ Richardstraße 104 (U 7 bis Karl-Marx-Str., Ausgang Neuköllner Oper und durch die Passage)

I M P R E S S U M

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin Nordost begründet, ist seit dem 1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Publikation.

Herausgeber: „RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.) Teterower Ring 37, 12619 Berlin, Tel. 030/561 3404, Fax 030/56493965 (Redaktionsadresse, an die bitte auch alle Post zu richten ist)

Layout: Egon Schanser

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

E-Mail-Adresse: rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Böhrer (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Prof. Dr. Werner Roß
Rainer Rupp
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:
Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR

Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph

Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Sylvia Feldbinder,
Bernd Koletzki